



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Oligarchische Staatlichkeit: Die Ukraine am Weg zur  
Energiewende“

verfasst von / submitted by

Tetiana Pasiuta

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt / UA 066 824  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt / Politikwissenschaft  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

Dipl. Kulturw.- Univ. Dr. Christina Plank



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>1. EINLEITUNG.....</u></b>	<b><u>6</u></b>
1.1. FRAGESTELLUNG UND THESEN .....	7
1.2. AUFBAU UND GLIEDERUNG .....	8
1.3. METHODISCHE VORGEHENSWEISE .....	10
<b><u>2. THEORETISCHER ZUGANG .....</u></b>	<b><u>13</u></b>
2.1. POLITISCHE ÖKOLOGIE .....	13
2.1.1. GESELLSCHAFTLICHE NATURVERHÄLTNISSE .....	16
2.1.2. POLITISCHE ÖKOLOGIE DES POSTSOZIALISMUS .....	17
2.2. KRITISCHE STAATSTHEORETISCHE ANSÄTZE.....	18
2.3. THEORETISCHE ANSÄTZE IM HINBLICK AUF DEN UKRAINISCHEN STAAT .....	21
2.4. ZWISCHENFAZIT .....	22
<b><u>3. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER ENERGIEPOLITIK IN DER UKRAINE. 24</u></b>	
3.1. DIE ENERGIEPOLITIK IN DER SOWJETISCHEN ÄRA: WIRTSCHAFTSWACHSTUM ÜBER ALLES? 24	
3.2. SOZIAL-ÖKOLOGISCHE AUSWIRKUNGEN DER SOWJETISCHEN ENERGIEPOLITIK.....	33
3.2.1. TSCHERNOBYL KATASTROPHE .....	34
3.2.1.1. Gesundheitliche und ökologische Auswirkungen .....	36
3.2.1.2. Soziale und politische Auswirkungen .....	38
3.2.1.3. Politisch-institutionelle Auswirkungen.....	41
3.3. ZWISCHENFAZIT .....	44
<b><u>4. DIE ENTWICKLUNG DER OLIGARCHISCHEN STAATLICHKEIT IN DER UKRAINE.....</u></b>	<b><u>45</u></b>

4.1. ETABLIERUNG DES OLIGARCHISCHEN SYSTEMS UNTER KUTSCHMA.....	46
4.2. DIE ORANGENE REVOLUTION .....	51
4.3. DIE HERRSCHAFT DER „FAMILIE“ VON JANUKOWITSCH UND DER EUROMAIDAN .....	54
4.4. „DEOLIGARCHISIERUNG“ NACH DEM EUROMAIDAN? .....	57
4.5. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UNTER SELENSKYJ.....	61
4.6. ZWISCHENFAZIT .....	62
<b><u>5. DER WEG ZUR ENERGIEWENDE IM LICHT DER OLIGARCHISCHEN STAATLICHKEIT .....</u></b>	<b>65</b>
5.1. DIE UKRAINE IM RAHMEN DER INTERNATIONALEN VERPFLICHTUNGEN ZUR EMISSIONSREDUKTION.....	65
5.1.1. RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN .....	66
5.1.2. KYOTO-PROTOKOLL.....	67
5.1.3. PARISER KLIMAABKOMMEN .....	68
5.2. DIE ROLLE DER EU IN DER ENERGIEPOLITIK DER UKRAINE .....	70
5.3. DIE ROLLE VON OLIGARCHEN IN DER ENERGIEPOLITIK DER UKRAINE.....	75
5.3.1. INTERESSENBEREICHE DER OLIGARCHEN IM ENERGIESEKTOR .....	76
5.3.1.1. <i>Stromsektor</i> .....	76
5.3.1.2. <i>Gas und Öl</i> .....	79
5.3.2. DER OLIGARCHISCHE EINFLUSS AUF DIE GESTALTUNG DER ENERGIEPOLITIK .....	79
5.4. MÖGLICHE MAßNAHMEN UND HINDERNISSE AM WEG ZUR ENERGIEWENDE .....	87
5.5. ZWISCHENFAZIT .....	93
<b><u>6. SCHLUSSFOLGERUNGEN.....</u></b>	<b>95</b>
<b><u>7. QUELLENVERZEICHNIS .....</u></b>	<b>100</b>
<b><u>8. ANHANG.....</u></b>	<b>119</b>

<b>8.1. ABSTRACT DEUTSCH .....</b>	<b>119</b>
<b>8.2. ABSTRACT ENGLISH.....</b>	<b>120</b>

## 1. Einleitung

Unser Planet befindet sich schon längst in einer globalen Klimakrise. Sichtbar ist dies vor allem dadurch, dass die globale Durchschnittstemperatur seit Beginn der Industrialisierung um etwa 1°C angestiegen ist. Um unwiderrufliche Folgen des Klimawandels verhindern zu können, wurde bei der Pariser Klimakonferenz eine globale Strategie verabschiedet, dessen Ziel es ist, die Erderwärmung durch eine starke Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen auf deutlich unter 2°C zu begrenzen (Seidl 2016: 20). Dies ist als eine Kollektivaufgabe vorgesehen, die sich in nationalen Beiträgen zur Emissionsreduktion, die von allen beteiligten Staaten alle fünf Jahre präsentiert und kontinuierlich gesteigert werden müssen, zeigt (ebd.).

Bei der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens hat sich die Ukraine, als eine der energieintensivsten Volkswirtschaften Europas, zum Ziel gesetzt, bis 2030 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 nicht zu überschreiten (UNFCCC 2015). Dabei ist aber wichtig zu beachten, dass sich das Land nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 infolge der Prozesse der Deindustrialisierung und des Produktionsrückgangs in einer tiefen Wirtschaftskrise befand, wodurch die Treibhausgasemissionen zurückgegangen sind. Dies bedeutet, dass das gesetzte Ziel eigentlich eine mögliche Steigerung der Emissionen vorsieht. Der Energiesektor macht etwa 30 Prozent der ukrainischen Volkswirtschaft aus und ist auch der Bereich, der den größten Anteil der CO<sub>2</sub> Emissionen aller Wirtschaftssektoren verursacht (Heinrich Böll Stiftung 2019). Genau deswegen ist es für die Ukraine so wichtig, ambitionierte Reformen des Energiesektors und die notwendige Energiewende umzusetzen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können.

Unter der Energiewende wird „der Übergang von einem vorwiegend mit fossilen Energieträgern (Kohle, Öl und Gas) und Kernenergie gedeckten Energiebedarf zu einem System steigender Anteile erneuerbare Energiequellen (Windenergie, Photovoltaik, Biogas, Tiefengeothermie, Wasserkraft)“ (Holstenkamp/ Radtke 2018: 407) verstanden. Zu den notwendigen Schritten der Energiewende gehören neben der Umstellung auf erneuerbare Energieträger die Steigerung der Energieeffizienz und Energieunabhängigkeit, was die Schlüsselemente eines nachhaltigen Energiesystems sind (ebd.).

Der Energiesektor wird in der Ukraine zum Großteil durch die großen oligarchischen Kapitalgruppen dominiert (Andrusiv et al.: 2018). Ihre Interessen liegen vor allem im fossilen Energiesektor (ebd.), was mit den internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Energiewende schwer vereinbar ist. Da die Oligarchen einen großen Einfluss auf den Staatsapparat (Becker 2015) und damit auf die Entscheidungsträger haben, können sie ihre ökonomischen Interessen durchsetzen und die Politikgestaltung beeinflussen. Die Energie- und Klimapolitik der Ukraine wurde durch das zentralistische Energiesystem der Sowjetunion (UdSSR), durch die Prozesse der Industrialisierung, der Planwirtschaft sowie durch das Verhältnis Umwelt-(sowjetischer) Mensch stark geprägt (Schöning/ Zubaka 2018).

Die oligarchische Herrschaft konnte sich im Zuge der kapitalistischen Transformation im Zusammenhang mit den Privatisierungsprozessen unter dem zweiten Präsidenten der unabhängigen Ukraine Leonid Kutschma im ukrainischen Staat fest etablieren. Dabei konnten sich einflussreiche oligarchische Clans mit den Zentren in Dnipropetrowsk, Donezk und Kiew entwickeln (Matuszak 2012). Diese Etablierung der oligarchischen Herrschaft im ukrainischen Staat ist eng mit der historischen Entwicklungsdynamik, mit den politischen und sozioökonomischen Transformationsprozessen sowie mit dem ausländischen Kapital verbunden.

### **1.1. Fragestellung und Thesen**

Das Ziel meiner Arbeit ist es herauszufinden, inwieweit die oligarchische Herrschaft in der Ukraine die Energie- und Klimapolitik und damit die Energiewende im Hinblick auf die globale Klimakrise beeinflusst und prägt.

Daher lautet meine *Forschungsfrage*: Wie wird die Energiewende in der Ukraine durch die oligarchische Staatlichkeit beeinflusst?

Um meine Forschungsfrage beantworten zu können, ergeben sich folgende weitere Fragen: Wie hat sich die Energiepolitik in der Sowjetunion manifestiert und welche Rolle spielte dabei die ukrainische Sowjetrepublik? Welche politisch-ökologische Auswirkungen hat das sozialistische Erbe auf die heutige Ukraine? Wie konnte sich die oligarchische Staatlichkeit in der Ukraine entwickeln und durch welche Interessen und welche Mechanismen konnte sich diese etablieren? Welche internationalen

Verpflichtungen in der Energie- und Klimapolitik des Landes prägen den Weg zur Energiewende? Durch welche Mechanismen und Instrumenten beeinflusst die oligarchische Herrschaft die Energiepolitik des Landes und damit die Energiewende?

Dabei leiten meine Arbeit die folgenden Thesen:

1. Die oligarchischen Kapitalgruppen bestimmen seit dem Zerfall der Sowjetunion die Kräfteverhältnisse des Landes.
2. Finanz- und Industriegruppen konnten sich vor allem in den Regionen etablieren, in denen sich in der ukrainischen Sowjetrepublik die Zentren der Kohleindustrie sowie der Metallurgie befanden
3. Die ökonomischen Interessen der oligarchischen Finanz- und Industriegruppen, die insbesondere im Energiebereich liegen, bestimmen die Energiepolitik und damit auch die Klimapolitik in der Ukraine.
4. Die Finanz- und Industriegruppen sind so tief mit den fossilen Energien verbunden, dass sie nur bedingt Interesse an erneuerbaren Energien haben.
5. Der ukrainische Staat befindet sich in einem Spannungsverhältnis zwischen den internationalen Verpflichtungen zur Energiewende auf der einen Seite und den oligarchischen Interessen im fossilen Energiebereich auf der anderen Seite.

## **1.2. Aufbau und Gliederung**

*Im ersten Kapitel* meiner Arbeit gebe ich einen Überblick über meinen Forschungsgegenstand, erläutere die Relevanz des Themas und die Problempunkte, die damit verbunden sind, und formuliere meine Fragestellung und meine Thesen. Außerdem beschreibe ich den Aufbau meiner Arbeit und fasse die wichtigsten Inhalte jedes Kapitels zusammen. Schließlich erkläre ich in diesem Kapitel meine methodische Vorgehensweise.

*Im zweiten Kapitel* führe ich in die theoretischen Grundlagen meiner Arbeit ein. Ich analysiere die Ansätze der Politischen Ökologie und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die für das Verständnis des Klimawandels im Zusammenhang mit den sozial-ökologischen Prozessen zentral sind. Dabei stütze ich mich auf die Erweiterungen des Konzepts der Politischen Ökologie nach Schmidt (2016), der diese aus den Leerstellen der westlichen Debatten im Hinblick auf die Politische Ökologie

entwickelte. Dabei schlägt er ein Konzept des Politischen Ökologie des Postsozialismus vor, bei dem die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Erbe für das Verständnis der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wichtig ist. Da der Staat eine wichtige Rolle in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen einnimmt, analysiere ich die kritischen staatstheoretischen Ansätze und stütze mich dabei auf das Verständnis des Staates als ein soziales Verhältnis nach Poulantzas (1978), in dem sich verschiedene soziale Dynamiken und Interessen verdichten. Ich analysiere außerdem unterschiedliche Staatsverständnisse in Hinblick auf die Ukraine und fokussiere mich auf die oligarchische Staatlichkeit nach Plank (2016). Dabei spielt die Rolle ausländischen Kapitals bei der Analyse der oligarchischen Herrschaft eine große Rolle. Anknüpfend an Plank (2016) und Becker (2015) verstehe ich den ukrainischen Staat als (semi-)Peripherie, womit auch der Staat im Zusammenhang mit den Prozessen seiner historischen Konstitution und der politisch-ökonomischen Transformation analysiert werden sollte.

Danach untersuche ich *im dritten Kapitel* die historische Entwicklung der Energiepolitik in der Ukraine, indem ich auf die zentralistische Energiepolitik der Sowjetunion eingehe. In diesem Zusammenhang analysiere welche sozial-ökologischen Auswirkungen diese hatte und wie sich diese in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen der Ukraine wiederfinden. Eine zentrale Bedeutung hat dabei die Tschernobyl Katastrophe, die eine große Rolle auf die weiteren sozial-ökologischen und politischen Entwicklungen hatte.

*Das vierte Kapitel* ist der Entstehung und Entwicklung der Oligarchischen Herrschaft gewidmet. In diesem Kapitel analysiere ich die Entstehung der Oligarchen-Clans und wie sich diese unter der Präsidentschaft von Leonid Kutschma etablieren konnten. Als nächstes untersuche ich die Veränderung der Kräfteverhältnisse unter dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko, der als Vertreter des pro-europäischen Lagers als Symbol großer Hoffnung am Weg zur Demokratisierung und Liberalisierung der Ukraine galt, und daher auch aus dem Westen aktiv unterstützt wurde. Danach berichte ich über den Wechsel der Kräfteverhältnisse unter Wiktor Janukowitsch, der ein vertikales Herrschaftssystem des Donezk-Kapitals schuf, welches große politische und wirtschaftliche Auswirkungen hatte. Schließlich erläutere ich die Phase nach dem bedeutsamen zivilgesellschaftlichen Durchbruch in Form des Euromaidans und wie sich der Einfluss der oligarchischen Fraktionen veränderte.

*Im fünften Kapitel* untersuche ich vor dem Hintergrund der oligarchischen Staatlichkeit die Energie- und Klimapolitik der Ukraine im Rahmen der Energiewende. Dabei gebe ich einen Überblick über die internationalen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion, die die Energiewende in der Ukraine ermöglichen sollen und beschreibe die Rolle der Interessen der EU bei der ukrainischen Energiepolitik. Außerdem analysiere ich die Interessen der oligarchischen Kapitalgruppen im Energiebereich sowie die Mechanismen und Instrumente, durch welche sie ihre Interessen im Energiebereich durchsetzen können. Schließlich diskutiere ich mögliche Maßnahmen, die für die Energiewende umgesetzt werden sollen und die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Abschließend fasse ich *im sechsten Kapitel* die Ergebnisse der durchgeführten Analyse zusammen und beantworte die Frage, wie die Energiewende in der Ukraine durch die oligarchische Staatlichkeit beeinflusst wird.

### **1.3. Methodische Vorgehensweise**

Meine empirische Analyse basiert neben der Sekundärliteratur auf der Analyse von Gesetzen, Strategien, Abkommen sowie Berichten und Statistiken in den Bereichen der Energie- und Klimapolitik und journalistischen Untersuchungen über die Beteiligung von Oligarchen in Korruptionsschemen im Energiebereich.

Bei der Untersuchung der historischen Entwicklung der Energiepolitik in der Sowjetunion und der ukrainischen Sowjetrepublik sowie der sozialen, politischen und intentionellen Auswirkungen dieser Politik, stütze ich mich auf die Arbeiten von Yuri Sinyak (1991), Klaus Gestwa (2003), Lutz Mez (1987), Mikhailo Kalnytsky (2020), Leonid Rudenko/ Claudia Dathe (2010) sowie auf Berichte der Vereinten Nationen, des Europäischen Parlaments, der Internationalen Atomenergie-Organisation, des Ministeriums für Energie der Ukraine, etc. Meine Analyse der oligarchischen Herrschaft in der Ukraine basiert vor allem auf den Werken von Slavomir Matuszak (2012), Yulia Yurchenko (2012), Georgij Kasyanov (2009), Serhiy Kudelia (2012), Joachim Becker (2015) sowie Medienberichten und journalistischen Untersuchungen.

Bei der Analyse der Energiepolitik im Lichte der oligarchischen Staatlichkeit fokussiere ich mich auf die Gesetze, die die Energiepolitik regulieren, wie beispielsweise das Gesetz „Über Energieeinsparung“ von 1994, das Gesetz „Über alternative

Energiequellen“ von 2003, das Gesetz „Über Änderungen des Gesetzes der Ukraine „Über Elektrizität“ zur Förderung der Nutzung alternativen Energiequellen“ von 2009 und das Gesetz „Über den Strommarkt“ von 2017. Außerdem analysiere ich die Energiestrategie des Energieministeriums aus dem Jahr 2017 für den Zeitraum bis 2035 sowie das Konzept der Energiewende bis 2050 (Ukraine Green Deal) aus dem Jahr 2020. Darüber hinaus stütze ich mich auf die wichtigsten Klimaabkommen, die eine Grundlage für die Klimapolitik der Ukraine bildeten, wie das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, das Kyoto-Protokoll und das Pariser Klimaabkommen. Einen wichtigen Teil bilden auch die Klima- und Energieberichte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), des Ministeriums für Energie, der Heinrich Böll Stiftung etc.

Bei der Untersuchung der aktuellen Entwicklungen der ukrainischen Energie- und Klimapolitik beziehe ich mich neben den oben genannten Quellen auf die Inhalte der fünf durchgeführten Interviews mit ExpertInnen für Klima- und Energiepolitik, für die Energiewende und nachhaltige Entwicklung. Die ExpertInnen stammen aus NGOs im Bereich der grünen Energie, der nachhaltigen Entwicklung, sowie aus lokalen Vereinen zur Steigerung der Energieeffizienz von ukrainischen Städten und einem Unternehmen zur Implementierung des Systems der Community Energy.

Bei der Analyse von Dokumenten und ExpertInneninterviews stütze ich mich auf die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2000). Die qualitative Inhaltsanalyse basiert auf vier Prinzipien (ebd: 3). Das erste Prinzip ist die Einordnung in ein Kommunikationsmodell, in welchem die Analyseziele festgelegt werden sollen; das zweite Prinzip ist die Regelgeleitetheit, nach welchem das Material auf einzelne Einheiten aufgeteilt und schrittweise bearbeitet wird; das dritte Prinzip ist das Arbeiten mit Kategorien, nach welchem die Analyseneinheiten in Kategorien gefasst werden; das vierte Prinzip sind die Gütekriterien, was bedeutet, dass das Verfahren „intersubjektiv nachvollziehbar“ sein soll. Bei der Dokumentenanalyse ist es vor allem wichtig, die Entstehungssituation und den sozio-kulturellen Hintergrund des Materials sowie die Erfahrungen und Einstellungen der Textproduzenten zu berücksichtigen (ebd.).

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring bezieht sich auf deduktive und induktive Ansätze. Bei der deduktiven Analyse handelt es sich um die Methode, nach der die

Kategorien basierend auf die Theoriekonzepte bereits vor der Analyse entwickelt werden und dann an das Material angepasst werden (Mayring 2000: 3f). Bei der induktiven Analyse, die von Mayring auch als zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse genannt wird, werden die Kategorien ausgehend vom Material gebildet (ebd.).

Für meine Dokumentenanalyse habe ich das Material hinsichtlich meiner Ziele der Analyse und Forschungsfrage ausgewählt. Mit Hilfe der Verbindung von deduktiven und induktiven Ansätzen habe ich das Material den vorher formulierten Kategorien zugeordnet, wobei ich die Kategorien im Laufe der Analyse angepasst und aus dem Material, wo es notwendig war, neue Kategorien entwickelt habe.

Bei meinen ExpertInneninterviews wurden von mir Interviews mit fünf ExpertInnen der Klima- und Energiepolitik, der Energiewende und der nachhaltigen Entwicklung durchgeführt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnten die Interviews nicht persönlich durchgeführt werden, sondern wurden mit Hilfe von Videokonferenzen per Skype und Zoom durchgeführt. Die Interviews dauerten jeweils zwischen 30 Minuten und einer Stunde. Die Grundlage der Interviews war der im Vorhinein vorbereitete Leitfaden.

Bei der Auswertung der durchgeführten Interviews orientiere ich mich auf den induktiven Ansatz der Inhaltsanalyse. Dabei habe ich die einzelnen Teile jedes Interviews mit Hilfe der Reduzierung wiedergegeben, um den Fokus auf die inhaltsrelevanten Punkte zu legen. Danach wurde die Generalisierung des Inhalts in Codes zusammengefasst und schließlich der Kategorie zugeordnet.

## **2. Theoretischer Zugang**

Der durch die anthropogenen Einflüsse verursachte Klimawandel wird durch die globale Erderwärmung aufgrund der Steigerung der CO<sub>2</sub> Emissionen durch die Verbrennung fossiler Energien als Folge der Industrialisierung charakterisiert (UNFCCC 2011). Ohne die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion der CO<sub>2</sub> Emissionen, die zum Großteil vom Energiesektor verursacht werden, werden unwiderrufliche Folgen auf die natürlichen Ökosysteme und die Gesellschaft nicht verhindert werden können (ebd.). Seit der Anerkennung des globalen Charakters der ökologischen Krise in den 1970-er Jahren werden Umweltprobleme aktiv diskutiert (Brad/ Brand 2016). Im Laufe der globalen Debatten über die Entstehung der ökologischen Krise, entstanden die Ansätze der Politischen Ökologie und gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die ich weiter in diesem Kapitel erkläre. Da diese Debatten die ökologische Krise im Rahmen der Kritik an Kapitalismus und westlicher Hegemonie betrachten, schlägt Schmidt (2016) einige Erweiterungen des Konzepts im Hinblick auf die postsozialistischen Staaten vor, die ich hier erläutere.

Da der Staat eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse spielt, analysiere ich außerdem in diesem Kapitel, welche Staatsverständnisse für den ukrainischen Staat im Rahmen der wissenschaftlichen Debatten diskutiert werden und fokussiere mich dabei auf das Konzept der oligarchischen Staatlichkeit nach Plank (2016). Dabei stütze ich mich auf kritische staatstheoretische Ansätze und verstehe den Staat als soziales Verhältnis nach Poulantzas (1978). In diesem Hinblick diskutiere ich die zentralen Merkmale, die für die Analyse der oligarchischen Staatlichkeit wichtig sind und die bei meiner Untersuchung des Einflusses der oligarchischen Herrschaft auf die Energiewende hilfreich sein können.

### **2.1. Politische Ökologie**

Die ökologische Krise, die heutzutage eines der zentralen Themen des internationalen politischen Diskurses ist, wurde erst in den 1970er Jahren als reales Problem diskutiert und thematisiert (Brad/ Brand 2016). Die Anerkennung des globalen Charakters der ökologischen Krise und damit auch die systematische Diskussion über mögliche Gründe, Folgen und Lösungen erfolgt erst in den 1990-er Jahren (ebd.).

Im Rahmen der Anerkennung der globalen ökologischen Krise entstand die Erkenntnis, dass die Gründe dafür nicht nur auf der Ebene der Natur liegen könnten, sondern viel tiefergehender, nämlich auf der Ebene von der in der Gesellschaft verankerten Lebensweise sowie politischen Entscheidungen und ökonomisch verursachter Aneignung von Natur (Brad/ Brand 2016: 5f). In diesem Zusammenhang entstand eine neue kritische Forschungsperspektive, die uns jetzt als Politische Ökologie bekannt ist. Die grundlegende Definition stammt von Piers Blaikie und Harold Brookfield (1987), in der die Politische Ökologie als die Vereinigung der Prinzipien von Ökologie und Politische Ökonomie gesehen wird.

„The phrase ‚political ecology‘ combines the concerns of ecology and a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and land-based resources, and also within classes and groups within society itself.“ (Blaikie/Brookfield 1987: 17 zit. nach Brad/ Brand 2016: 6).

Daher werden die Umweltprobleme als Resultat der historischen, politischen und ökonomischen Entwicklung dargestellt. Das bedeutet, dass Gesellschaft und Natur in gegenseitiger Verbindung verstanden werden sollen und Umweltprobleme durch soziale, ökonomische, politische Machtverhältnisse sowie Prozesse der Aneignung von Natur verursacht werden.

Der Begriff „political ecology“, der im englischsprachigen Raum geprägt wurde, fokussiert sich auf die Untersuchung der ökologischen Krise aus der Süd-Nord Perspektive (z.B. Bailey, Bryant, 1997/ Robbins 2004). Die ersten Ansätze der Politischen Ökologie entstanden als Kritik der neo-malthusianischen Sicht auf die Entstehung der ökologischen Krise. Der Grund der ökologischen Krise ist, laut der neo-malthusianischen Theorie, das Bevölkerungswachstum und die damit entstehende Ressourcenknappheit in den Ländern des Globalen Südens (Brad/ Brand 2016: 6). So spielen im Bericht „The limits to growth“ des Club of Rome (Meadows et al. 1972) unter anderem das Bevölkerungswachstum sowie die Industrialisierung und der Ressourcenverbrauch die wichtigste Rolle bei der Transformation der Umwelt. Dies wird laut den Autoren zweifelslos zu „limits to growth“ und somit zum Zusammenbruch des ganzen Gesellschaft-Natur Systems führen, wenn richtige und rasche Maßnahmen nicht gesetzt werden (ebd.).

„If the present growth trends in world population, industrialization, pollution, food production, and resource depletion continue unchanged, the limits to growth on this planet will be reached sometime within the next one hundred years. The most probable result will be a rather sudden and uncontrollable decline in both population and industrial capacity“ (Meadows et al. 1972: 26).

Bei der Etablierung der Politischen Ökologie spielte auch die radikale Entwicklungsgeographie, die als kritische Strömung zum Neo-malthusianismus entstand, eine große Rolle. Obwohl der Gegenstand der Untersuchung der Theoretiker der radikalen Entwicklungsgeographie natürliche Katastrophen und Gefahren war, stellte sie bei ihrer Forschung die Frage der Wechselwirkung von ökologischen und politisch-wirtschaftlichen Prozessen, was auch ein einflussreicher Ausgangspunkt für die Entwicklung der Politischen Ökologie war (Bailey/ Bryant 1997).

Zum Theorieausbau der Politischen Ökologie leisteten auch marxistische und neomarxistische Ansätze, aus denen sich der Ökomarxismus als Teil der Politischen Ökologie herausbildete, einen wesentlichen Beitrag. Die Ökomarxisten, stützend auf die Kritik der neo-malthusianischen Sicht auf die ökologische Krise, vermittelten „den sozialen Charakter dieser Krise sowie den politischen Charakter der Krisendefinitionen“ (Dietz/ Wissen 2009: 352). So entstand die ökologische Krise, dem Ökomarxismus nach, unter der Zugrundelegung der Grenze der kapitalistischen Produktionsweise (ebd.).

Selbst Marx bringt in seiner Theorie das Thema Natur und ökologische Krise auf. In seinem Werk „Das Kapital“ hebt er die den Doppelcharakter der Arbeit hervor und ist davon überzeugt, dass „die kapitalistische Produktion gleichzeitig Arbeits- und Verwertungsprozess, abstrakte, Wert schaffende Arbeit und konkrete, Natur transformierende und Gebrauchswert schaffende Arbeit, ist“ (Dietz/ Wissen 2009: 354). In diesem Zusammenhang stellte Marx vor allem die Frage der ökologischen Folgen des Kapitalismus und stellte fest, dass Kapitalismus mit nachhaltigen Wirtschaften unvereinbar ist. So ermittelten Dietz und Wissen, dass Marx einen Begriff der ökologischen Krise entwickelte, wobei ihm aber „eine ökologische Theorie der Krise der kapitalistischen Produktionsweise“ (ebd: 355.) fehlte.

### **2.1.1. Gesellschaftliche Naturverhältnisse**

Im deutschsprachigen Raum wurde in den 1980-er Jahren der Begriff „gesellschaftliche Naturverhältnisse“, der sich in der Tradition der älteren Kritischen Theorie in Verbindung mit den Ansätzen aus der kritischen Geographie sowie der Regulations- und Staatstheorie entwickelte und dem breiten Paradigma Politische Ökologie eingeordnet wird, geprägt (Brand/ Wissen 2011).

Der zentrale Punkt des Konzeptes der gesellschaftliche Naturverhältnisse ist die „konstitutive Vermitteltheit von Gesellschaft und Natur“ (Görg 2003b: 119 zit. nach Köhler/ Wissen 2010: 219). Dies wird dadurch erklärt, dass Natur sozial – in physisch-materialer und sprachlich-symbolischer Auffassung – produziert ist (Köhler/ Wissen 2010: 220). Physisch-materielle Produktion von Natur weist darauf hin, dass Menschen ohne die Naturaneignung mit dem Ziel der Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht existieren können. Die sprachlich-symbolische Produktion auf der anderen Seite deutet darauf hin, dass Natur erst dann eine gesellschaftliche Bedeutung bekommt, wenn sie in Hinsicht auf spezifische Interpretationen und Konzepten gesehen wird. So sind beispielsweise natürliche Ressourcen wie Wasser, Erdöl und Kohle nicht von sich selbst natürliche Ressourcen, sondern entwickeln sich historisch in Bezug auf gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen zu solchen (ebd.).

„Natur existiert eigenständig und wird gleichzeitig erst dadurch zugänglich, dass sie gesellschaftlich wahrgenommen und bearbeitet wird. Damit ist sie gestaltbar, jedoch nicht umfassend kontrollierbar. Das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Natur wird dann als eine durchaus kontingente, durch soziale Auseinandersetzungen hegemonial konstituierte Beziehung von materiellen und kulturellen (kognitiven, normativen und symbolischen) Aspekten begriffen“ (Brad/ Brand 2016: 7).

Die Ursache der ökologischen Krise liegt laut der Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in bestimmten Macht- und Eigentumsverhältnissen sowie sozialen Ausbeutungs- und Subjektivierungsprozessen (Brand/ Wissen 2011: 21). Darüber hinaus deuten Köhler und Wissen in ihrer Arbeit auf das Ignorieren der Eigenständigkeit von Natur als eine zentrale Ursache der ökologischen Krise hin (Köhler/ Wissen 2010: 222). Einer der zentralen Begriffe des Konzeptes der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist die „Naturbeherrschung“, die sich aus der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule entwickelte und die Unterordnung der Natur unter den gesellschaftlichen Zwecken zum Ziel setzt (ebd.).

### 2.1.2. Politische Ökologie des Postsozialismus

Matthias Schmidt betont in seinem Werk „Politische Ökologie des Postsozialismus“ die Wichtigkeit, die Politische Ökologie des ehemaligen Ostblocks in Bezug auf der Kategorie des Postsozialismus zu betrachten (Schmidt 2016). Dies ist vor allem deswegen wichtig, weil der Westen und der Osten des 20. Jahrhunderts sich nicht nur in ihren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen, sondern auch in dem Mensch-Umwelt-Verhältnis unterschieden (ebd.: 263). Deswegen ist die Analyse des heutigen Mensch-Umwelt-Verhältnis des postsowjetischen Raums ohne die Berücksichtigung der „Socialist Legacies“ (ebd.) ziemlich problematisch. Diese sind die Auswirkungen der sozialistischen Modernisierung, katastrophaler Umweltschäden durch die Planwirtschaft sowie die Umgestaltung von Institutionen.

„Eine Politische Ökologie des Postsozialismus kann und sollte auf den bisher geführten zentralen Ansätzen und Debatten der Politischen Ökologie aufbauen. Allerdings erfordert sie Ergänzungen und Modifikationen sowie stellenweise Neujustierungen von Prämissen. Prinzipiell sollte sie den Fokus auf Strukturen und Prozesse in Politik, Ökonomie und Gesellschaft ebenso legen wie auf poststrukturelle Aspekte wie die Konstruktion von Umwelt Narrativen, Naturschutzkonzepte oder Diskurse zum Umweltwandel“ (Schmidt 2016: 265).

Dabei hebt Schmidt (2016) also hervor, dass im Rahmen der politischen Ökologie des Postsozialismus anknüpfend an die zentralen Ansätze der politischen Ökologie, auch das Ressourcenmanagement in der Industrialisierung, der Umweltwandel aufgrund der Planwirtschaft, die Auswirkungen der sozialen Modernisierung, die Transformation der Institutionen in den postsozialistischen Staaten analysiert werden sollten. Diese „Socialist Legacies“ sind nämlich in den gesellschaftliche Naturverhältnissen postsozialistischer Gesellschaften immer noch sehr stark geprägt und sollen daher untersucht werden. Zu den „Socialist Legacies“ gehören laut Schmidt der hohe Institutionalisierungsgrad und die starke staatliche Kontrolle über Land- und Naturre Ressourcen im Sozialismus und die Auswirkungen dieser auf die postsozialistische Gesellschaft. Hier geht es vor allem um die Schwächung des Staates bei den Transformationsprozessen und den damit verbundenen „Rückgang des Staatseinflusses, zur Unfähigkeit territorialer und gesellschaftlicher Kontrolle sowie zu einer deutlichen Kürzung von Staatsausgaben für Bildung, Gesundheit und andere Sozialleistungen“ (Schmidt 2016: 264).

Darüber hinaus ist bei der Analyse des Mensch-Umwelt-Verhältnisses im Postsozialismus die sozialistische Modernisierung, die in der Sowjetunion bereits 1920 von Lenin gestartet wurde und sich in der Industrialisierung, der Emanzipation und im Ausbau materieller und institutioneller Infrastrukturen zeigte, zu beachten. Hier ist auch wichtig zu berücksichtigen, dass der Fokus auf das „[...] Einbringen individueller Fähigkeiten und Bemühungen in ein Kollektiv – mit all ihren Folgen für das Mensch-Umwelt-Verhältnis“ (Schmidt 2016: 264) in den sozialistischen Gesellschaften gelegt wurde. Ein weiterer Punkt, der in der Politischen Ökologie des Postsozialismus zu beachten ist, ist die Entstehung modernisierter heterogener Gesellschaften. Schmidt meint, dass externe Interventionen in einem hierarchisch aufgebauten System im Realsozialismus zu einem „Mangel an Verantwortungsbewusstsein und Eigeninitiative sowie eine Entfremdung von der umgebenden Natur bzw. den lokalen Naturressourcen“ (ebd.: 264) führten. Und schließlich ist es aus der politisch-ökologischen Perspektive wichtig, Umwelt narrative und hegemoniale Naturdiskurse in Betracht zu ziehen, da diese die Naturschutzdiskurse in den postsozialistischen Staaten stark prägten (ebd.). Ausgehend von diesen Besonderheiten der Politischen Ökologie des Postsozialismus unterscheidet Schmidt folgende Prinzipien: Sozialistische und postsozialistische Modernisierung im Diskurs, Dekonstruktion sozialistischer und postsozialistischer (Umwelt) Narrative, Nüchternheit statt Romantisierung, Berücksichtigung institutioneller Rekonfigurationen, differenzierter Blick auf Akteure und regionale Zusammenhänge (Schmidt 2016: 265-268).

„Materielle und institutionelle Infrastrukturen, Naturräume und Gesellschaften wurden im Zuge der sozialistischen Modernisierung im 20. Jahrhundert maßgeblich gestaltet, geprägt und transformiert. Die heutigen postsozialistischen Gesellschaften lassen nicht nur Spuren dieser Prozesse erkennen, sondern bauen auf diesen Strukturen auf“ (Schmidt 2016: 262).

## **2.2. Kritische staatstheoretische Ansätze**

Die oligarchische Staatlichkeit bezieht sich auf die Ansätze der kritischen Staatstheorie und auf das Verständnis des Staates als ein soziales Verhältnis nach Poulantzas. Die Staatsmacht wird als „die Verdichtung eines Kräfteverhältnisse“ der gesellschaftlichen Klassen verstanden (Poulantzas 2002: 159 zit. nach Sauer 2011:

345), was bedeutet, dass der Staat „eine Arena für verschiedene soziale Dynamiken und Interessen“ und „eine flexible Institutionalisierungsform der bürgerlichen Gesellschaft“ sei (Sauer 2011: 345).

„Therefore, it [state] is a central site or “strategic field” (Poulantzas 1978, 168) on which to deal with manifold conflicts and to facilitate the creation of consensus and social cohesion, as well as to organize the power bloc through stabilized and shifting relations of forces and compromises, using its means of force, law and regulations, discourses and legitimacy, and material and immaterial resources“ (Brand 2013: 432).

Der Staat als soziales Verständnis wird auch nicht als gegeben verstanden, sondern es werden seine historische Konstitution, Krisenhaftigkeit sowie Transformation von Staat und Staatsystem in Betracht gezogen (Brand 2010: 146). Der Staat wird nicht als eine zentrale Instanz der Problemlösung und Entscheidungsfindung, sondern als eine zentrale Instanz, „um die bestehenden, herrschaftsförmigen, gesellschaftlichen Verhältnisse abzusichern“ (ebd.) verstanden.

Gramsci erweitert kritische staatstheoretische Ansätze mit dem Begriff der Hegemonie, der die Aspekte politischer Führung und Konsens umfasst und als Fähigkeit der herrschenden Klasse ihre Interessen durchzusetzen verstanden wird (Brand 2010: 149). Herrschaft kann aber dabei nicht nur auf der Durchsetzung von Interessen innerhalb der herrschenden Kräfte basieren, sondern „benötigt ein *national populäres Programm* (Gramsci), in dem sich auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen wiederfinden“ (ebd.). Die Arena für den Kampf um Hegemonie ist dabei die Zivilgesellschaft, die „aus privaten formellen und informellen Gruppen, aus privatkapitalistischen Organisationen, aber auch aus kleinen Initiativen, formalisierten Nichtregierungsorganisationen (NGOS) sowie aus fest verankerten sozialen Institutionen wie der Familie“ (ebd.) besteht.

Ein wichtiger Punkt der kritischen Staatstheorie, auf dem ich mich ebenfalls bei der Analyse der oligarchischen Staatlichkeit stütze, ist neben der Berücksichtigung der inneren Kräfteverhältnisse, im Rahmen der Internationalisierungsdebatten, die Analyse der äußeren Kräfteverhältnisse. Hier geht es vor allem um „die ‚Interiorisierung‘ (Poulantzas 1975, 1977, 1978) von internationalen Policy-Restriktionen im Zuge ihrer Integration in die Policy-Paradigmas und kognitiven Modelle von einheimischen Politikern“ (Jessop 1999: 488). Im Rahmen der

Internationalisierung entwickelte Poulantzas den Begriff „innere Bourgeoisie“. Diese ist mit dem Verständnis verbunden, dass herrschende Klassenfraktionen nicht mehr nur auf der nationalen Ebene lokalisiert sind, sondern mit den „ausländischen“ Kapitalen verbunden sind (ebd: 474).

Becker (2008, 2015) analysiert anschließend auf kritisch-staatstheoretische Ansätze Staatlichkeit aus der Perspektive (Semi-)Peripherie-Zentrum. Ausgehend vom Begriff der Hegemonie von Gramsci hebt er hervor, dass die Staaten der (Semi-)Peripherie nur durch begrenzte Hegemoniefähigkeit, welche auf die schwache Zivilgesellschaft hinweist, charakterisiert sind (Becker 2008: 19-26). Begrenzte Hegemoniefähigkeit bedeutet für Becker, „dass gesellschaftliche Normen, die staatlicher Politik eine Leitvorstellung geben, nur begrenzt vereinheitlicht werden“, wodurch „uneinheitliche oder gar widersprüchliche Politik verschiedener Staatsapparate wahrscheinlicher, die Tendenzen ökonomischer Instabilität noch verstärkt“ (ebd.: 24).

Bei der Analyse der oligarchischen Herrschaftsverhältnisse am Beispiel von osteuropäischen semi-periphereren Kapitalismus, hebt Becker (2015) hervor, dass ökonomische und politische Macht in der oligarchischen Herrschaft eng verbunden sei, was dazu führt, dass Kapitalgruppen „einen relativ direkten Zugriff auf den Staatsapparat“ haben (Becker 2015: 409). Becker betont: „Ein zentraler Transmissionsriemen zwischen Staatsbürgern und Staatsapparat und Zugangsmechanismus zum Parlament als einer wichtigen staatlichen Arena stellen Parteien dar“ (ebd.: 410). Hier ist also bei der Untersuchung des Einflusses der oligarchischen Gruppen wichtig zu analysieren, welche Parteien sie in welcher Weise kontrollieren.

Wobei oligarchische Strukturen in (semi-)peripheren Staaten auf die Schwäche der Zivilgesellschaft hinweisen, spielen die zivilgesellschaftlichen Strukturen eine große Rolle in der oligarchischen Staatlichkeit (Becker 2015: 410). Das kann dadurch erklärt werden, dass oligarchische Gruppen über die zivilgesellschaftlichen Strukturen „ihre Herrschaft über Elemente des Konsenses, der Normbildung und der zumindest selektiven Kooptierung abstützen“ (ebd.) können. Hier kann im ukrainischen Kontext die Kontrolle der oligarchischen Gruppen über Medien als Institution der Normbildung untersucht werden.

Außerdem weist Becker auf die Rolle des ausländischen Kapitals hin und hebt hervor, dass „das Verhältnis von Auslandskapital und einheimischer (gelegentlich aber auch teils internationalisierter) Oligarchie (...) durch Elemente von Kooperation und Konkurrenz geprägt“ sei, „wobei, abhängig von der jeweiligen Konjunktur, mal das eine und mal das andere Element an Bedeutung gewinnt“ (Becker 2015: 410)

Becker hebt außerdem hervor, dass bei der Analyse oligarchischer Strukturen die Genese oligarchischer Herrschaftsformen sehr wichtig sei, weil „die osteuropäischen Formen oligarchischer Herrschaft nicht, wie in Westeuropa, aus dem Fordismus, sondern aus dem Staatsozialismus heraus“ (Becker 2015: 412) entstanden sind.

### **2.3. Theoretische Ansätze im Hinblick auf den ukrainischen Staat**

Um den ukrainischen Staat im Laufe der Transformationsprozesse im Land nach dem Zerfall der Sowjetunion sowie das oligarchische System in der Ukraine zu verstehen, analysiere ich verschiedene Konzepte, die in der Verbindung mit der Analyse des ukrainischen Staates, angewendet werden. In diesen Konzepten wird der ukrainische Staat als „incomplete state“ (Kudelia 2012), „captured state“ (Hellmann/Kaufmann 2001), „blackmail state“ (Riabchuk 2009a) und „oligarchische Staatlichkeit“ (Plank 2016) verstanden.

Der Theorieansatz des „Incomplete State“ von Kudelia geht davon aus, dass dem ukrainischen Staat wichtige Elemente eines funktionierenden Staates, wie beispielsweise die Rechtsstaatlichkeit, fehlen (Kudelia 2012). Außerdem existiert ein großes ineffizientes bürokratisches System im Land (ebd: 417-419). Diese Elemente könnten entscheidend dazu beitragen, dass Transformationen und Reformen unmöglich werden und Oligarchen an die Macht kommen (ebd.).

Hellmann und Kaufmann hingegen sprechen vom „Captured State“, unter dem die Übernahme des Staates durch große Wirtschaftsoligarchen verstanden wird, die durch Klientelismus, fehlende Rechtsstaatlichkeit und Korruption an die Macht kommen (Hellmann/Kaufmann 2001).

Riabchuks „Blackmail State“ Modell bezieht sich auf die Untersuchung des ukrainischen Staates durch die Prozesse des Klientelismus, gepaart mit

Spionagetätigkeiten, Korruption und Erpressung, sowie die Generierung von politischer Macht durch diese Möglichkeiten (Riabchuk 2009a).

Der ukrainisch-britische Politologe Kuzio spricht von einer schwachen Zivilgesellschaft in der Ukraine, die sich durch die schwache Staatskapazität und fehlende nationale Integration gebildet hat (Kuzio 2002). Um eine starke Zivilgesellschaft zu bilden, fehlen der Ukraine neben der Staatskapazität und nationalen Integration Faktoren, wie die Wertgemeinschaft und starke Eliten, die sich für das Gemeinwohl und das Vertrauen in der Gesellschaft einsetzen (ebd.:73). Ukrainischer Staat wird laut Kuzio „von nomenklatura-korporativen Clans in einer Symbiose aus Oligarchie und Autoritarismus“ (ebd.: 67) dominiert.

Plank (2016) basierend auf dem Verständnis des Staates als soziales Verhältnis nach Poulantzas, kritisiert die oben genannten Konzepte dafür, dass sie sich auf ein Staatsverhältnis beziehen, unter dem der westliche Staat als der „ideale“ Staat verstanden wird, wodurch die inneren und äußeren Machtverhältnisse nicht analysiert werden können und daher die Interaktion der Oligarchen mit den ausländischen Akteurinnen nicht in Betracht genommen wird (Plank 2016a: 28-34). Sie stellt den ukrainischen Staat als oligarchischen Staat in der Semi-Peripherie dar, in dem neben den oligarchischen Kapitalgruppen, die inneren Kräfteverhältnisse des ukrainischen Staats dominieren, die Rolle des ausländischen Kapitals eine wichtige Rolle spielt. Dabei schlägt sie vor, sich auf die politisch-ökonomische Interaktion der ukrainischen Oligarchen zu fokussieren, die als „innere Bourgeoisie“ verstanden werden kann (Plank 2016b: 221). Basierend auf Poulantzas kann die „innere Bourgeoisie“ als herrschende Klasse verstanden werden, die zwar mit dem internationalen Kapital verwoben ist, aber keine starke materielle Basis im Land hat. Hier kann eine Parallele mit den ukrainischen Oligarchen gezogen werden, weil sie einen starken Einfluss auf den postsowjetischen Raum haben, den ukrainischen Staat bilden und gleichzeitig mit dem Weltmarkt verwoben sind (ebd.).

#### **2.4. Zwischenfazit**

Basierend auf den sozial-ökologischen und staatsrechtlichen Ansätzen lässt sich feststellen, dass die Herausforderungen der Energie- und Klimapolitik im Rahmen der Energiewende eng mit den gesellschaftlichen Natur- und Kräfteverhältnissen

verbunden sind und sie deswegen in diesem Zusammenhang untersucht werden müssen. Außerdem ist es wichtig zu beachten, dass sich die Ansätze der politischen Ökologie und gesellschaftlicher Naturverhältnisse aus der Debatte aus dem Westen entwickelten, weshalb im Fall der Ukraine, sozialistische Entwicklungen und Auswirkungen in diesem Hinblick beachtet werden müssen.

Da der Staat eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse spielt, knüpfe ich an den vorhandenen Debatten zum Verständnis des ukrainischen Staates an und fokussiere mich auf die Analyse des ukrainischen Staates als einen oligarchischen Staat nach Plank (2016). Hier stütze ich mich auf das Verständnis der ukrainischen oligarchischen Fraktionen als „innere Bourgoise“, die innere Kräfteverhältnisse des ukrainischen Staates dominieren, und mit dem ausländischen Kapital verwoben sind, wie diese Plank (2016) basierend auf Poulantzas diskutierte. Dabei untersuche ich das Verhältnis des ukrainischen Staates zu externen Akteuren, insbesondere zur EU. Daran anschließend analysiere ich welche ökonomischen Interessen die EU durch die Kooperation mit der Ukraine im Energiebereich verfolgt, und wie diese mit den oligarchischen Interessen zusammenspielen.

Basierend auf den Thesen, dass die Genese oligarchischer Herrschaftsformen, die aus dem Staatsozialismus entstanden, bei der Analyse der oligarchischen Staatlichkeit wichtig ist (Becker 2015), sowie, dass gesellschaftliche Naturverhältnisse im Zusammenhang mit „Socialist Legacies“ untersucht werden sollten (Schmidt 2016), analysiere ich die Entwicklung des ukrainischen Staates im Rahmen der Transformation aus dem sozialistischen zentralisierten System mit dem Fokus auf die Industrialisierung und die Ziele der Planwirtschaft. Dabei analysiere ich die Rolle der oligarchischen Herrschaft bei der Gestaltung der Energiepolitik in der Ukraine im Hinblick auf die sozial-ökonomischen und politisch-ökonomischen Transformationsprozesse nach dem Zerfall der Sowjetunion und analysiere wie diese Prozesse gesellschaftliche Natur- und Kraftverhältnisse im Land prägen. Hierbei folge ich der These, dass die oligarchischen Kapitalgruppen „einen relativ direkten Zugriff auf den Staatsapparat“ (Becker 2015: 409) haben. In diesem Zusammenhang untersuche ich, welche Institutionen und Mechanismen sie für die Durchsetzung ihre Interessen im Energiebereich nutzen.

### **3. Historische Entwicklung der Energiepolitik in der Ukraine**

Während der 69 Jahre als Teil der Sowjetunion entwickelte sich die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) unter den Prinzipien der Industrialisierung, der Planwirtschaft und des beschleunigten Wirtschaftswachstums. Ökologische Probleme wurden dabei oft vernachlässigt (Gestwa 2003). Um konkurrenzfähig gegenüber dem Westen zu bleiben und die Ziele der Planwirtschaft zu erreichen, kam es im Rahmen der Wachstumspolitik der Sowjetunion zu einer starken Ausbeutung der Natur (ebd.). Wasser- und Luftverschmutzung durch schädliche Industrieabfälle, Bodenausbeutung und erhöhte Radioaktivität nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl waren das ökologische Erbe, das der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion hinterlassen wurde (Rudenko/ Dathe 2010: 303f). Dies hatte massive sozial-ökologische Auswirkungen, die einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Energiepolitik der unabhängigen Ukraine hatte.

Vor diesem Hintergrund analysiere ich in diesem Kapitel, wie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Ukraine, durch die sozial-ökologischen Auswirkungen der Energiepolitik der Sowjetunion, insbesondere in Hinblick auf die Tschernobyl Katastrophe, geprägt wurden und wie diese sich auf der gesetzlich-institutionellen Ebene verankerten.

#### **3.1. Die Energiepolitik in der sowjetischen Ära: Wirtschaftswachstum über alles?**

„The present shape of Ukraine’s energy market mainly results from the fact that energy was a quasi-public good during the Soviet era, provided at low or no cost by the state. Access to artificially cheap energy sources significantly affected the development of Ukrainian industries, resulting in energy dependency on Russia and high energy intensity as well as inefficiency.“ (Schöning/ Zubaka 2018: 5).

Bereits nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki unter der Führung von Lenin wurde die Eroberung von Natur und die Entwicklung von Naturverhältnisse unter dem Prinzip, dass die Natur als eine Ressource dem Menschen dienen sollte, verstanden. Dabei waren die Eroberung und die Bearbeitung der Natur tief mit der Schaffung eines

neuen (sowjetischen) Menschen verbunden (Bolotova 2006: 70). Die ökologische Krise wird dabei als das Resultat des kapitalistischen Systems verstanden und kann nur überwunden werden, indem ein Übergang zum Sozialismus und zur Planwirtschaft durchgeführt wird (Busch-Lüty 1987: 2f). Laut der Lehre des Marxismus-Leninismus werden Naturausbeutung und Produktionsergebnisse im Kapitalismus ausschließlich an private Interessen und Profit orientiert, während im Sozialismus Natur als Allgemeingut und „rationale Naturnutzung“ als Allgemeininteresse verstanden wird (ebd.).

Mit dem Ziel der Aneignung der Natur verkündete Lenin 1920 einen Elektrifizierungsplan (GOERLO), laut dem der Bau großer Kraftwerke und Verbundnetze vorgesehen war (Gestwa 2003: 350). Dabei entwickelte er die Formel „Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung“ (Mez 1987: 99). Bedeutend war für die USSR im GOERLO-Plan, dass der Bau von neuen Kraftwerken, darunter Wasser- und Kohlekraftwerke, vorgesehen war (Weselova 2004). Das größte und das bedeutendste Kraftwerk war das Aleksandrowsk Wasserkraftwerk, das 1932 nach langjähriger Bauzeit in der Nähe der Stadt Aleksandrowsk (heute Zaporizhja) in Betrieb genommen wurde und als Europas größtes Wasserkraftwerk zum „krönende[n]r Abschluss des GOELRO-Plans“ (ebd.: 351) gehörte.

Nach Lenins Tod 1924 und der Übernahme der Macht durch Stalin stieg die Stromerzeugung weiter an (Mez 1987: 99). Der GOERLO-Plan in der USSR wurde übererfüllt und als Resultat stieg die Kapazität aller Kraftwerke bis zum Jahr 1935 um das Siebenfache (Weselova 2004). Ab 1928 begann die Phase der Industrialisierung, die sich durch ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und durch die Transformation der Sowjetunion von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat auszeichnete (Schröder 2018: 8ff). Das starke industrielle Wachstum wurde mit Hilfe einer „Mischung von Massenmobilisierung, Enthusiasmus und Repression“ (ebd.: 9) erreicht. Gemeinsam mit den Prozessen der Industrialisierung und der Verstaatlichung und Kollektivierung des Agrarsektors wurde auch ein Repressionsapparat aufgebaut (ebd.).

Politisch hielt Stalin die Macht in eigenen Händen und formierte ein stark zentralisiertes politisches System, das sich durch die Verschmelzung der Regierungsbehörden und der kommunistischen Partei charakterisierte (Government

Portal of Ukraine o. D.). Die USSR sowie auch die anderen Sowjetrepubliken wurden dabei stark der Obersten Sowjetmacht untergeordnet, ohne jegliche Zeichen von Autonomie. In der USSR wurde der Fokus des ersten Fünfjahresplans (1928-1932) der Industrialisierung auf die Entwicklung von Bergwerken, Kraftwerken und metallurgische Anlagen gelegt, während im zweiten Fünfjahresplan (1933-1937) die Entwicklung von Maschinenbauanlagen und im dritten Fünfjahresplan (1938-1942) die Entwicklung von Militärprodukten im Vordergrund stand. Die Erfolge im Industriebau der USSR während der ersten zwei Fünfjahrespläne waren sehr beeindruckend, was man vor allem dadurch erkennen konnte, dass die USSR Im Bereich des Kohleabbaus auf dem vierten Platz weltweit lag (ebd.).

Nach Stalins Tod 1953 begann Chruschtschow mit der Tauwetterpolitik (*Chruschtschowskaja оттеpel*) und der Entstalinisierung. Eine der größten Reformen Chruschtschows in der Wirtschaft war die Dezentralisierung des Industriemanagements und die Übertragung von Befugnissen der großen Unternehmen von Moskau auf die einzelnen Sowjetrepubliken (Government Portal of Ukraine o. D.). Eine wichtige Rolle bei der Dezentralisierung des Energiesektors spielte die Schaffung des Ministeriums für Energie und Elektrifizierung der UdSSR sowie auch der Ministerien für Energie und Elektrifizierung der einzelnen sowjetischen Republiken im Jahr 1962 (Kalnytsky 2020: 102f)). Die Ministerien der sowjetischen Republiken beschäftigten sich mit den Fragen der Bereitstellung des Energiebedarfs in ihren Gebieten (ebd.). Yuri Sinyak kritisierte die führende Rolle der Ministerien für Energie und Elektrifizierung bei der Gestaltung der Wirtschaft und der Ressourcenverteilung im Rahmen der Planwirtschaft. Er meinte, dass dies dazu führte, dass sie sich auf den Ausbau der Energieerzeugungssektoren konzentrierten, anstatt auf die Einsparung der Energie für die Endnutzer, was im Endeffekt, als einer der Faktoren, zur niedrigen Energieeffizienz der UdSSR führte (Sinyak 1991: 128).

Die Struktur des Ministeriums der USSR mit dem Zentrum in Kiew bestand aus der Hauptabteilung für den Betrieb des Stromversorgungssystems (Golowenergo), der Hauptabteilung für den Betrieb der Kraftwerke und Stromnetze (Golowmiskenergo), der Hauptabteilung für ländliche Elektrifizierung (Golowsilenergo) und der Hauptabteilung für Stromnetzbau (Golowenergositkobud) (Kalnytsky 2020: 103). Die ersten zwei Abteilungen wurden später durch die Hauptabteilungen für den Betrieb des Stromversorgungssystems der westlichen und östlichen USSR ersetzt (ebd.). Die

Hauptbefugnisse des Ministeriums erstreckten sich auf das produktionstechnische und wirtschaftliche Management von Energiesystemen und der Elektrifizierung, wobei beispielsweise die Kernkraftwerke über die Kompetenz der einzelnen Sowjetrepubliken hinausgingen und fast völlig von der Hauptabteilung für den Betrieb von Kernkraftwerken des Ministeriums für Energie und Elektrifizierung der UdSSR in Moskau geführt wurden (ebd.: 120).

Ein großes Problem des sowjetischen zentralisierten Energiesystems und der Planwirtschaft war die geringe Energieeffizienz. Dies hat unterschiedliche Gründe, wie beispielsweise das Desinteresse der Unternehmensleiter zur Minimierung der Produktionskosten und Mangel an Innovationen und technologischen Fortschritt (Sinyak 1991: 128.). Auch im Wohnungssektor war die Energiepolitik ineffizient und führte zu starken Energieverlusten. So wurde der Bau einer großen Reihe von Wohnungen in den 1950er und 1960er Jahren durchgeführt, der Fokus wurde aber dabei auf die Anzahl der Wohnungen und nicht auf die Qualität und Energieeffizienz gelegt (ebd.). Ein großer Teil dieser Wohnungen existiert bis heute in der Ukraine und wird weiterhin bewohnt.

Die Versuche zur Vermeidung von Umweltproblemen auf der gesetzlichen und institutionellen Ebene in den 1970-er Jahren, die nach der intensiven Industrialisierung von Stalin bereits zu erkennen waren, konnten politisch nicht durchgesetzt werden und waren in Wirklichkeit nicht mehr als ein Teil der ideologischen Kampagnen (Gestwa 2003: 355f). Der Umgang mit der Krise von entstehenden Umweltproblemen wurde in der Sowjetunion durch eine strenge Geheimhaltungspolitik in den Bereichen von Umweltkatastrophen und Vorfällen der Umweltverschmutzung verfolgt (Kalinina 2011: 37). Der Grund dafür war der strategische Charakter von Umweltinformationen, die eine verteidigungsrelevante Bedeutung in der Sowjetunion hatten. Wie Natalia Kalinina berichtet, wurden die wichtigsten Entscheidungen in der UdSSR auf autoritäre Weise getroffen, wovon umweltrelevante Entscheidungen, die meist strategische Entscheidungen in Bereichen der Kernenergie oder des militärisch-industriellen Komplex waren, keine Ausnahmen darstellten (ebd.).

Ein Beispiel dafür ist die Geheimhaltungspolitik über die Ereignisse einer großen Atomkatastrophe im Kernkraftwerk Mayak, die trotz der schädlichen Auswirkungen für den Umwelt und die Gesundheit von Menschen, vom Staat, bereits während der

Tauwetterpolitik von Chruschtschow, vertuscht wurde. Neben der Umweltkatastrophe von Tschernobyl war der sogenannte „Kyshtym-Unfall“, der am 29. September 1957 in der Nähe von der Stadt Kyshtym in der Chelyabinsk Region in Russland, geschah, einer der größten ökologischen Unfälle der sowjetischen Ära (Akleyev et al.: 20). An diesem Tag wurden 20 mCi (Milli-Curie) Radionuklide durch eine chemische Explosion in einem Lagertank für radioaktive Abfälle freigesetzt. Dieser radioaktive Unfall ist im Vergleich zur Tschernobyl Katastrophe weltweit weniger bekannt, obwohl er von der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse als der drittschwerste nukleare Unfall der Welt nach Tschernobyl und Fukushima bewertet wurde. Der Grund dafür liegt darin, dass die Informationen über den Unfall über 30 Jahre lang nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Wissenschaftler nicht zugänglich waren (ebd.). Die ersten einzelnen Berichte über den Atomunfall in Russland wurden zwar bereits 1958 veröffentlicht: so berichtete eine Kopenhagener Zeitung 1958 über einen "katastrophalen Unfall", der mit sowjetischen Atomwaffentests verbunden ist und im Jahr 1959 informierte eine österreichische Zeitung über einen schweren Vorfall in einem „Sowjetischen Atomkraftwerk“ (Sorani/Stillmann 1982 zit. nach Buttinger 2017). Diese enthielten aber nur Verdachtsinformationen und keine offiziellen Fakten und wurden von der sowjetischen Regierung immer wieder abgelehnt (Buttinger 2017). Die erste Forschung mit neuen Fakten über den Unfall sowie den Verdacht, dass die Regierung die Informationen über den Kyshtym-Unfall verschleierte, wurde 1976 in der britischen Zeitschrift „New Scientist“ (Digges 2017) und später, 1980, in einem Buch „Nuclear Disaster in the Urals“ vom Dissidenten-Wissenschaftler Zhores Medvedev (Buttinger 2017) veröffentlicht. Trotz alledem bestritten die Regierungsbeamten der UdSSR weiterhin alles (Digges 2017) und erst im Juni 1989 wurde die Information über den Nuklearunfall vom damaligen stellvertretenden Minister Lev Riabew auf einer Sitzung des Obersten Sowjet der UdSSR bestätigt (Hauray 2007).

Bereits im Jahr 1965 nach der Machtübernahme von Breschnew wurden alle Dezentralisierungsreformen von Chruschtschow im Bereich des Industriemanagements abgeschafft und der Großteil des Industriesektors verlor seine Autonomie und wurde wieder dem Zentrum stark untergeordnet (Government Portal of Ukraine o. D.). Breschnew halbierte außerdem den Anteil von Investitionen der gesamten Sowjetunion an die UdSSR, was zu einem Rückgang des industriellen

Wachstumes in der Ukraine führte. Die Ausnahme bildete nur die Stromerzeugung, die sich im Zeitraum von 1965 bis 1985 mehr als verdoppelte (ebd.).

Der Energiebereich blieb auch unter Breschnew einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren in der Sowjetunion. Bereits in den 1980-er Jahre wurde die Sowjetunion zu einem der größten Energieerzeuger und zum zweitgrößten Energieverbraucher der Welt (Sinyak 1991: 123). Der größte Fokus im Energiebereich wurde auf die Gas- und Ölförderung gelegt. Dies ist vor allem darin erkennbar, dass der Anteil der Sowjetunion an der gesamten Weltförderung ist im Jahr 1985 bei Erdgas 35 Prozent und bei Erdöl 21,5 Prozent erreichte, was die Sowjetunion zum größten Erdöl- und Erdgasförderer der Welt machte (Mez 1987: 101). Die Erdölförderung wurde von 1950 bis 1970 im Vergleich zur Stalin Ära verzehnfacht (Spiegel 1973). Stand 1970 kamen 90 Prozent des Öls aus Baku und aus dem Wolga-Ural-Gebiet und 10 Prozent aus Westsibirien (ebd.). Öl wurde im Wolga-Ural-Gebiet erstmals 1929 gefunden (Ermolaev 2017). Große Lagerstätten wurden 1944 gefunden, die meisten Arbeiten begannen aber erst 1955. Als Resultat konnte sich die Ölproduktion der Sowjetunion im Zeitraum von 1955 und 1960 fast verdoppeln und die Sowjetunion wurde zum zweitgrößten Ölproduzenten nach den USA. Der Höhepunkt der Ölproduktion wurde im Wolga-Ural-Gebiet 1975 erreicht, danach kam es aber zu einem Rückgang, welcher zur Steigerung der Ölproduktion in Westsibirien führte (ebd.)

Um den steigenden Strombedarf der UdSSR zu decken, wurde in der ukrainischen Sowjetrepublik aktiv die Wärme- und Atomenergie gefördert. Im Zeitraum von 1960-1970 stieg die Rolle der Wärmenergie in der ukrainischen Sowjetrepublik stark an (Kalnytsky 2020: 109). Während dieser Entwicklungsetappe wurde eine Reihe von neuen Wärmekraftwerken gebaut, wie beispielsweise die Kraftwerke Zmijiwska (Kharkiw Oblast), Wuglegirska (Donbass Region) und Zaporizhska, rund um welches die Stadt Energodar errichtet wurde (ebd.). Bereits im Jahr 1965 lieferten die Wärmekraftwerke etwa 88 Prozent der installierten Leistung aller Kraftwerke der ukrainischen Sowjetrepublik und etwa 93 Prozent der Energieerzeugung (ebd.). Darüber hinaus wurde auch seit den 1970-er Jahren die Atomenergie in UdSSR gefördert (Kalnytsky 2020: 121ff). Der Bau des ersten Kernkraftwerks auf dem Territorium der Ukraine begann im Jahr 1970 in Prypjat in der Nähe von Tschernobyl. Der erste Block des Tschernobyl Kernkraftwerks wurde 1977 in Betrieb genommen,

der zweite Block 1979. In den ersten zwei Betriebsjahren des Kernkraftwerks nahm der Einsatz der fossilen Brennstoffe in der Energieerzeugung der USSR stark ab, was auf die Effizienz und das Potential der Kernenergie hinwies. Deswegen stieg auch der Bau neuer Kernkraftwerke in der ukrainischen Republik rasant an. Im Jahr 1973 begann der Bau des Westukrainischen (jetzt Riwneńska) Kernkraftwerks, dessen erster Block 1980 in Betrieb genommen wurde und die zwei weiteren 1981 und 1986 (ebd.). Das Westukrainische Kernkraftwerk war das erste Kernkraftwerk in der Sowjetunion, das die Sicherheitskontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bestand. Im Jahr 1975 begann außerdem der Bau des Mykolaiwska Kernkraftwerkes, das auf die Sicherstellung des Strombedarfs der südlichen Regionen der USSR und auf die Exportlieferung gezielt war. Der Bau des größten Kernkraftwerkes Europas, das Zaporizhska Kernkraftwerk, begann 1980. Der erste Block wurde 1984 in Betrieb genommen. Später im Jahr 1987 wurde auch der erste Block des Khmelnytsky Kernkraftwerks in Betrieb genommen. Dies zeigt, dass die Kernenergie eine große Rolle im Energiesektor der ukrainischen Sowjetrepublik in den 1970-er und 1980-er Jahren spielte und bereits in sowjetischen Zeiten für einen großen Anteil der Energieerzeugung verantwortlich war (ebd.).

Im Jahr 1985 wurde Michail Gorbatschow der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der die Perestroika (Umbau) und Glasnost (Offenheit) Politik, die die ersten Schritte am Weg zur Liberalisierung und Demokratisierung waren, umsetzte. Der Energiesektor bleibt auch unter Gorbatschow einer der wichtigsten strategischen Bereiche für das Wirtschaftswachstum. Im Jahr 1985 wurde der Großteil des Stroms in der Sowjetunion, und zwar 74,4 Prozent, in Wärmekraftwerken erzeugt, der Anteil der Stromerzeugung aus den Wasserkraftwerken lag bei 13,9 Prozent und aus den Atomkraftwerken bei 10,8 Prozent (Mez 1987: 106). Sektorale wurde der Großteil des Stroms mit einem Anteil von etwa 67 Prozent in der Industrie verbraucht, was auf die energieintensive Produktion hinweist. Zum Vergleich lag der Anteil des Stromverbrauchs in den Haushalten bei etwa 15 Prozent, in der Landschaft bei etwa 10 Prozent und im Verkehr bei knapp 10 Prozent (ebd.).

Am 26. April 1986 wurde ein Test im Kernkraftwerk Tschernobyl durchgeführt, was zum größte Atomunfall in der Geschichte führte. Trotz der Glasnost Politik wurde das Ausmaß der Tschernobyl Katastrophe am Anfang geheim gehalten, was später zu

einem tiefen Misstrauen an die sowjetische Macht seitens der Bevölkerung führte (Gestwa 2003: 377). Die Tschernobyl Katastrophe, gepaart mit Mängeln beim Bau und bei der Renovierung von Kraftwerken führten außerdem zu einer schwierigen Lage der Energiewirtschaft im Rahmen der Wirtschaftsreformen von Gorbatschow (Schröder 1987: 615).

Das Scheitern der Wirtschaftspolitik von Gorbatschow hatte aber mehrere Gründe. Einer war, dass das politische und wirtschaftliche System der Sowjetunion, für die Liberalisierungsreformen nicht geeignet war und nicht angepasst werden konnte. Ein weiteres großes Problem, konnte man in der sowjetischen Energiepolitik finden, welche aufgrund des administrative Planungssystems und dem Konflikt zwischen dem langfristigen und kurzfristigen Management nicht optimal funktionierte (Sinyak 1991: 127). Das langfristige Management war oft auf kostengünstigen Energielösungen fokussiert, während das kurzfristige Management auf die Erfüllung von Plänen mit allen möglichen Mitteln abzielte. Außerdem entwickelte sich dieses Planungssystem im Rahmen eines doppelten Energiepreissystems: staatliche Kraftstoff- und Energiepreise basierend auf Durchschnittskostberechnungen auf der einen Seite und Grenzenergiepreise auf der anderen. Da sich die Preise, die sich aus den zwei Systemen ergeben, sehr stark unterschieden, konnten neue Technologien durch die Verwendung von Grenzenergiepreisen mit den staatlichen nicht konkurrieren und nicht angewendet werden, was zu einem ineffektiven Energiesystemmanagement führte (ebd.). Generell war die sowjetische Energiepolitik darauf gezielt, den Energieverbrauch im Inland mit Hilfe der künstlichen Verbilligung zu fördern (Foders 1991: 158). So waren die Verbraucherpreise viel niedriger als die Produktionskosten und die Weltmarktpreise (ebd.). Das zentralisierte System der Planwirtschaft gemeinsam mit niedrigen Energiepreisen führte dazu, dass die Endnutzungseffizienz und die Energieeinsparung in der Sowjetunion nicht gefördert wurde (Sinyak 1991: 128).

Die seit der Industrialisierungspolitik von Stalin nicht veränderte Struktur der sowjetischen Politik führe in den 1980er Jahren dazu, dass Gorbatschow eine Reform und Innovation des Wirtschaftsbereichs nicht erfolgreich umsetzen konnte (Foreign Policy Research 2017). So sind die drei wichtigsten strategischen Bereiche der sowjetischen Politik seit der Industrialisierungspolitik von Stalin - der militärisch-industrielle Komplex, der Kraftstoff- und Energiekomplex (Gas und Öl Pipelines) und

der Agroindustrielle Komplex – auch bei der Liberalisierungspolitik von Gorbatschow unverändert geblieben. Zum Teil kann das damit erklärt werden, dass die Interessengruppen, die in der sowjetischen Politik dominierten, sich im Laufe der Zeit nicht veränderten. So lobbyierten die Interessengruppen in den 1980-er Jahren die gleiche Interessen, wie auch schon in den 1930-er, 1940-er, 1950-er und 1960-er Jahren: die Interessengruppen des Energiebereichs drängten auf mehr Ausgaben für Öl- und Gaskomplex, das Militär für mehr Ausgaben für den Militärkomplex und die Interessengruppen des Agrarbereiches lobbyierten für mehr Agrarsubventionen. Dies verhinderte die Weiterentwicklung der Sowjetunion und das Wirtschaftswachstum und führte am Ende der 1980er Jahre zum Zusammenbruch des Wirtschaftssystems (ebd.).

Durch die Dezentralisierungspolitik von Gorbatschow entstanden Ende der 1980er Jahre zusammen mit den anderen Fraktionen in der Nomenklatura politische Gruppen, die ihre politischen Karrieren mit allen davon ausgehenden wirtschaftlichen Vorteilen, auf den lokalen Ebenen der einzelnen Sowjetrepubliken aufbauten (Yurchenko 2013: 70ff). Diese politischen Gruppen mobilisierten sich politisch am stärksten am Anfang und in der Mitte der 1990-er Jahre, wie beispielsweise der Machtaufstieg der regionalen Neonomenklatura, wie Lazarenko oder Zvyahilsky. Im Rahmen der wirtschaftlichen Liberalisierung von Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, entstanden auch die ersten Kapitalgruppen, die sich später nach dem Zerfall der Sowjetunion im Zuge der Privatisierungen zu großen oligarchischen Finanzindustriegruppen etablieren konnten. Die Privatisierungsprozesse begannen 1987 mit der Verabschiedung des Gesetzes „Über das staatliche Unternehmen“, das ermöglichte, dass drei beliebige Personen ab 16 Jahren eine Genossenschaft gründen konnten und damit die Unabhängigkeit der Unternehmen rasant erhöhte und die Kontrolle des Staates über wirtschaftliche Prozesse einschränkte. Dies ermöglichte den Weg zur Anhäufung von Kapital durch eine kriminell-politische Verbindung der Nomenklatura, roten Direktoren und Komsomol, was die Institutionalisierung der herrschenden und Klassenfraktionen der unabhängigen Ukraine startete. Die Anhäufung großer Geldmengen durch Unternehmen, wurde durch gesetzliche Grauzonen und illegale Aktivitäten ermöglicht (ebd.).

### **3.2. Sozial-ökologische Auswirkungen der sowjetischen Energiepolitik**

Die Ausbeutung der Natur im Rahmen der Industrialisierung und Planwirtschaft, das energieintensive Volkswirtschaftssystem sowie ein fehlendes Konzept für den Umweltschutz in der sowjetischen Ära führte zu einer tiefen ökologischen Krise, mit der die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, einschließlich der Ukraine, immer noch zu kämpfen haben. Neben den größten Umweltkatastrophen der sowjetischen Ära – die Reaktorunfälle von Kyschtym und Tschernobyl – ist auch auf weitere ökologische Katastrophen, wie den ausgetrockneten Aralsee, die radioaktive Verseuchung von Nowaja Semlja und Semipalatinsk sowie unzählige Leckagen bei der Öl- und Gasförderung in Nordrussland, hinzuweisen. (Schmidt 2016: 263).

In der ersten Hälfte der 1990-er Jahren, nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem daraus folgenden Produktionsrückgang, befand sich die Ukraine in einer tiefen Wirtschaftskrise. Alle Bemühungen der Regierung waren deswegen in erster Linie darauf konzentriert, die sozioökonomische und politische Transformation im Land durchzuführen und aus der Wirtschaftskrise herauszukommen (Gestwa 2003: 377). Die Frage des Umweltschutzes war also für die Regierung sowie auch für die Bevölkerung in den ersten Jahren der Unabhängigkeit nicht prioritär. Nichtsdestotrotz wurde bereits am 26. Juni 1991 das „Gesetz zum Umweltschutz“ verabschiedet, das wichtige Prinzipien zum Umweltschutz, wie die Priorität von ökologischen Sicherheitsanforderungen, die verpflichtende Einhaltung ökologischer Normen und Grenzen der Nutzung natürlicher Ressourcen bei der Realisierung wirtschaftlicher, administrativer und anderer Aktivitäten, die Demokratie bei der Entscheidungsfindung, und die Einführung der Umweltsteuer beinhaltet (Verhovna Rada of Ukraine 1991). Außerdem reguliert das Gesetz Finanzierungsquellen für Umweltschutzmaßnahmen, wie den Staatshaushalt, Haushalt der Autonomen Republik Krim, lokale Haushalte, Fonds von Unternehmen, Institutionen und Organisationen, Umweltschutzfonds und freiwillige Beiträge (ebd.).

Eines der größten ökologischen Probleme, das die Ukraine als das Zentrum der Kohlegewinnung, der Wärmeenergie, der Metallurgie und dem Maschinenbau, nach dem Zerfall der Sowjetunion erbt, ist die Luftverschmutzung (Rudenko/ Dathe 2010: 303f). Seit dem Zerfall der Sowjetunion sind die Schadstoffemissionen zwar deutlich gesunken, sie bleiben aber weiterhin hoch. Vor allem sind die Gebiete von Donezk,

Lugansk, Dnipropetrovsk und Zaporizhzhya sehr stark betroffen, da sie in der Sowjetischen Ära, aber auch in der unabhängigen Ukraine, ein Zentrum großer Industriekonzerne mit veralteter Ausrüstung und mangelnder ökologischer Modernisierung waren (ebd.). „Angesichts der niedrigen Kosten für Wasser, Energie- und Rohstoffe hatten die Betriebsdirektoren und Wirtschaftsfunktionäre auch kaum Interesse daran, zu sparsameren, intensiveren und abfallarmen Technologien überzugehen“ (Gestwa 2003: 364), schreibt Klaus Gestwa über die Produktionsweise in der Sowjetunion. Außer der Luftverschmutzung tragen auch verschmutzte Oberflächengewässer, von denen der Großteil unter Versauerung, Versalzung, beziehungsweise toxischer und radioaktiver Belastung leidet, bei (Rudenko/ Dathe 2010: 302).

Zu den ökologischen Problemgebieten der post-sowjetischen Zeit gehören auch die Asowsches Meer- und Schwarzmeer-Regionen, die mit dem Problem des Abwassers aus den Industriegebieten (insbesondere aus der Donbassregion) in den Einzugsgebieten zu kämpfen haben. Die industriellen Schadstoffe in den Einzugsgebieten des Schwarzen Meeres verursachten einen bedeutenden Rückgang der Fischpopulation in der ersten Hälfte der 1990-er Jahre (Nazarov et al. 2001: 76f). Dies förderte die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den anderen Küstenländern, wie Bulgarien, Georgien, Rumänien, der Türkei und Russland und führte 1992 zur Unterzeichnung eines Übereinkommens zum Schutz des Schwarzen Meeres vor Verschmutzung (Doussis 2006 zit. nach Thomas et al. 2013: 169) sowie später zur Unterzeichnung eines Notfallplanes zum Schutz des Schwarzen Meeres (Thomas et al. 2013: 169).

Darüber hinaus erbt die Ukraine massive sozial-ökologische Probleme, die infolge erhöhter Radioaktivität nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl entstanden und mit denen die Ukraine aber auch andere betroffene Länder immer noch zu kämpfen haben. Diese beschreibe ich ausführlicher im nächsten Unterkapitel.

### **3.2.1. Tschernobyl Katastrophe**

“Chernobyl is a word we would all like to erase from our memory.[...] Yet there are two compelling reasons why this tragedy must not be forgotten. First, if we

forget Chernobyl we increase the risk of more such technological and environmental disasters in the future. [...]. Secondly, more than seven million of our fellow human beings do not have the luxury of forgetting. They are still suffering, every day, as a result of what happened 14 years ago. Indeed, the legacy of Chernobyl will be with us, and with our descendants, for generations to come." (Annan 2000)

Fast 35 Jahren sind seit einer der größten Atomexplosionen der Geschichte vergangen. Die Tschernobyl Katastrophe als Resultat von schlechten politischen Entscheidungen und der Fahrlässigkeit einzelner Personen veränderte die natürliche Umgebung – die Luft, die Flora und Fauna, die Flüsse, die Böden mehrerer Regionen nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Belarus, Russland und anderen Ländern – und das Leben von Millionen Leuten, die infolge der erhöhten radioaktiven Strahlung mit Gesundheitsproblemen zu kämpfen haben, für immer (IAEA 2006).

Das Kernkraftwerk Tschernobyl wurde in den 1970-80er Jahren in der Nähe der Stadt Prypyat gebaut. Am 25. April 1986 wurde der vierte Block für die jährliche Revision heruntergefahren, im Laufe deren ein Experiment für die Überprüfung der Auswirkung eines Stromausfalls auf den Reaktionsbetrieb unter der Leitung von Anatolij Djatlov durchgeführt wurde (global2000 2017). Dafür wurde die Leistung langsam reduziert, damit der Reaktor auf ein Viertel seiner Kapazität für die Durchführung des Tests herunterfahren konnte (Spiegel 2016). Nach dem Beginn des Tests ist die Leistung des Reaktors unkontrolliert gestiegen, infolgedessen die Notabschaltung des Reaktors durchgeführt wurde (ebd.). Doch durch die gestartete Kettenreaktion stieg die Reaktivität sehr stark an, was zum Schmelzen der Brennelemente und schlussendlich zu zwei großen Explosionen führte, durch die eine große Menge radioaktiver Elemente in der Luft freigesetzt wurde (ebd.).

Doch die Entscheidung, die Bevölkerung aller betroffenen Zonen zu evakuieren, wurde nicht gleich getroffen. Um Panik in der Bevölkerung zu vermeiden, wurde am 27. April nur die Bevölkerung der Stadt Prypyat evakuiert. Erst am 5. Mai wurde die Bevölkerung der 30 Kilometer Sperrzone über ihre bevorstehende Evakuierung informiert (Fajzulin 2020). Das Ausmaß der Katastrophe und die möglichen Konsequenzen der Explosion wurde aber von der Öffentlichkeit noch lang geheim gehalten, was später zu einem Misstrauen der Bevölkerung an den Behörden und

damit an der sowjetischen Macht führte (Gestwa 2003: 377). Die Messstationen in Finnland, Schweden und Norwegen zeigten bereits am 28. April einen auffallenden Anstieg der Radioaktivität, womit der Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl der Weltgemeinschaft bekannt wurde (Spiegel 2016). Die Tatsache einer Atomexplosion konnte also nicht lange geheim gehalten werden, das Ausmaß der Katastrophe und die Auswirkungen waren aber noch lange unter Verschluss. Erst nach 1991 wurden die besonders geheimen Dokumente und die Dekrete der sowjetischen Führung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (Jaroschinskaja 2006: 40f). Eines dieser Dokumente, das das Ausmaß der Geheimhaltungspolitik zeigt, ist die Anweisung der dritten Hauptabteilung des Gesundheitsministeriums der UdSSR vom 27. Juni 1986 „Über die verschärfte Geheimhaltung bei der Ausführung der Arbeiten an der Beseitigung der Folgen der Havarie im AKW Tschernobyl“ (ebd.: 39). Laut dieser Anweisung sind „Informationen über den Unfall“, „Informationen über medizinische Behandlungsergebnisse“, „Informationen über den Grad der radioaktiven Verseuchung des an der Beseitigung der Folgen des Unfalls im AKW Tschernobyl beteiligten Personals“ geheimzuhalten (ebd.).

### **3.2.1.1. Gesundheitliche und ökologische Auswirkungen**

Laut einem Bericht der Vereinten Nationen von 2000 waren in der Ukraine fast 3,5 Millionen Menschen, 1,5 Millionen davon Kinder, von der Tschernobyl Katastrophe direkt betroffen (OCHA 2000: 3). Basierend auf den Berichtszahlen sind rund 73.000 Menschen in der Ukraine aufgrund von Tschernobyl dauerhaft Invaliden geworden. Mehr als 50.000 km<sup>2</sup> des Landes wurde in Folge des Unfalls kontaminiert und 91.200 Menschen mussten aus diesem Grund aus der 30 km Sperrzone umsiedeln (ebd.). In einem Bericht des Europäischen Parlaments vom Jahr 2016 – 30 Jahre nach der Tschernobyl Katastrophe – wurden kurzfristige und langfristige Auswirkungen auf die Gesundheit und auf die Umwelt analysiert (European Parliament 2016). Zu kurzfristigen Gesundheitsauswirkungen gehören Strahlenkrankheiten und Katarakten (ebd.: 6). Dies hat vor allem das Reaktorpersonal und die Rettungskräfte getroffen. Zu den langfristigen Auswirkungen gehören Schilddrüsenkrebs, Leukämie und mögliche nicht-maligne Erkrankungen (ebd.).

Außer den Auswirkungen auf die Gesundheit wurden auch die negativen Auswirkungen auf die Umwelt festgestellt. Laut dem Bericht des Tschernobyl Forums aus dem Jahr 2006 hatte der Tschernobyl Unfall wesentliche Auswirkungen sowohl auf natürliche als auch auf landwirtschaftliche Ökosysteme in der Ukraine, Belarus und Russland (IAEA 2006). Einer der langfristigen Gefahren der Tschernobyl Katastrophe ist das Vorhandensein von Radionukliden im Boden (ebd.: 56)., was vor allem deswegen gefährlich ist, weil Radionuklide von der Vegetation absorbiert werden können (European Parliament 2016: 3). Die Absorption hängt von der Art des Radionuklids, von den Bodeneigenschaften sowie vom Ökosystemtyp ab (ebd.). So ist beispielsweise die Absorption in naturnahen Ökosystemen, wie Wälder oder extensive Landwirtschaft höher als in intensiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Ökosystemen (ebd.: 3f). Das ist der Grund, warum Waldnahrungsmittel wie z. B. Pilze oder Beeren besonders stark kontaminiert werden, was auch für Menschen und Tiere gefährlich sein kann. Außerdem können Radionuklide (vor allem Cäsium-137) über Milch von Kühen, Ziegen und Schafen sowie auch Fleisch auf den Menschen übertragen werden. Der hohe Gehalt an Radionukliden war aber vor allem in den ersten Jahren nach dem Tschernobyl-Unfall zu sehen (ebd.). Laut des Berichts des Tschernobyl Forums von 2006 ist die Konzentration von Cäsium-137 in landwirtschaftlichen Lebensmitteln, die in betroffenen Gebieten hergestellt werden, unter der nationalen und internationalen Grenze (IAEA 2006: 25). In manchen Gebieten wie beispielsweise in den Regionen Gomel und Mogilev in Belarus, Brjansk in Russland sowie Regionen Zhytomir und Riwne in der Ukraine kann es vorkommen, dass Milch immer noch mit einer höheren Konzentration von Cäsium-137 produziert wird (ebd.).

Dies hatte auch einen großen Einfluss auf die lokale Wirtschaft, weil der Großteil der betroffenen Regionen ländlich und daher die Landwirtschaft die Haupteinnahmequelle der lokalen Bevölkerung war (IAEA 2006: 34f). Die Lebensmittel aus diesen Regionen wurden daher aufgrund des niedrigen Vertrauens wenig bis gar nicht nachgefragt, was bis heute einen ökonomischen Einfluss auf die lokale Bevölkerung der Regionen hat.

Im Bericht des Europäischen Parlaments wurden auch starke Auswirkungen auf Pflanzen in der Sperrzone erwähnt, beispielsweise erhöhte Mortalität von Nadelpflanzen, wirbellosen Bodentieren und Säugetieren sowie eine Fortpflanzungsstörung bei Pflanzen und Tieren (European Parliament 2016: 4).

Darüber hinaus wurde auch von genetischen Anomalien von Pflanzen und Tieren in der Sperrzone sowie auch außerhalb der Sperrzone berichtet. Unter den naturnahen Ökosystemen wurden auch Wälder stark kontaminiert. Es wird angenommen, dass natürliche Dekontamination von Wäldern mit weniger als ein Prozent pro Jahr sehr langsam verläuft. Darüber hinaus besteht infolge der langsamen Biomassenzersetzung und der Ansammlung vom toten Holz durch die radioaktive Kontamination die Gefahr von Waldbränden mit der Freisetzung von Radionukliden in den kontaminierten Zonen (ebd.).

### **3.2.1.2. Soziale und politische Auswirkungen**

Die Tschernobyl Katastrophe hatte neben den ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen vor allem auch einen großen Einfluss auf die Weiterentwicklung der Atomenergie in der Ukraine und in der Welt. Weltweit führte die Tschernobyl Katastrophe zur Verlangsamung des Bauens von Kernkraftwerken und zu einem internationalen Diskurs über die Fragen der Sicherheit der Kernreaktoren und der Entsorgung von Atommüll (Markevitch/ Omelchenko 2015: 5). Außerdem wurde 1986 als Reaktion auf die Tschernobyl Katastrophe der Begriff der „Sicherheitskultur“ eingeführt, welcher die Rolle des menschlichen Faktors bei der Bedienung des Reaktors in Betracht zieht (Reaktor-Sicherheitskommission 2002). Er wird als „die Gesamtheit von Merkmalen und Einstellungen bei Organisationen und Individuen, die durchsetzt, dass Sicherheitsfragen von Kernkraftwerken die ihre Bedeutung als oberste Priorität entsprechende Aufmerksamkeit erhalten“ (ebd.) verstanden. Des Weiteren wurde 1994 ein Übereinkommen über nukleare Sicherheit verabschiedet, das 1996 in Kraft trat (IAEA 2020.). Das Übereinkommen zielte darauf ab, die weltweite nukleare Sicherheit im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu erhöhen (ebd.).

Die Tschernobyl Katastrophe und das damit verbundenen Misstrauen an den sowjetischen Behörden wurde außerdem zu einem Katalysator der ökologischen Proteste in den Sowjetrepubliken (Gestwa 2003: 377). Als Resultat bildeten sich 1987 und 1988 die ersten Umweltinitiativen, die Gorbatschow selbst als „Manifestation der Demokratisierung der Gesellschaft und als Schlüsselfaktor der Perestrojka“ (ebd.: 378f) definierte und viele ExpertInnen als die erste Etappe der Entstehung einer

„sowjetischen Zivilgesellschaft“ (ebd.) sahen. Laut Meinungsumfragen der Jahre 1988 und 1989 zählten die Umweltprobleme zu den drei wichtigsten Problemen für die Sowjetbürgern (ebd.: 379). Da die Umweltinitiativen die einzige Plattform für die Artikulierung von Interessen der Bürger während der Perestrojka war, erhielten sie die Unterstützung anderer informeller Protestgruppen und wurden deswegen stark politisiert: „Der ökologische Protest erwies sich als wichtiges gesellschaftspolitisches Surrogat und stellte einen Stellvertreterkonflikt zwischen Gesellschaft und Staatsbürokratie dar“ (ebd.: 379f). Durch die Beteiligung der nationalen Kräfte an den Umweltbewegungen, wurden die Umweltzerstörungen als „Symbol der Moskauer Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohlergehen peripherer Regionen und nichtrussischer Nationalitäten“ (ebd.: 380) gesehen. Mit der Akkumulierung der nationalen Kräfte in den Umweltbewegungen entstand später der Öko-Nationalismus, der in der Ukraine, aber auch in anderen Sowjetrepubliken, separatistische Bewegungen mit sich brachte, die das Moskauer imperiale Zentrum für „ökonomisches Diktat“ und „ökologischer Analphabetismus“ verantwortlich machten, was von ihnen als der Grund aller Umweltprobleme gesehen wurde (ebd.).

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Entstehung neuer Parteien, verloren die grünen Bewegungen das Attribut der Plattform für die Akkumulierung von bürgerlichen Interessen (Gestwa 2003: 381). Es gab zwar auch neu gegründete grüne Parteien, sie konnten sich aber im politischen System der Ukraine nicht etablieren. Außerdem führten starke wirtschaftlichen Probleme in den ersten Jahren der Unabhängigkeit dazu, dass die Umweltproblemen aus dem zivilgesellschaftlichen Diskurs verdrängt wurden (ebd.). So gehörten die Umweltproblemen, laut Meinungsumfragen von 1991 nicht mehr zu den wichtigsten Problemen, die den Bürgern Sorgen bereiten, und wurden auf den Plätzen zwischen sechs und acht verschoben (ebd.: 382). Nichtsdestotrotz behielt die Gesellschaft ihre anti-nukleare Position (ebd.: 377).

Die anti-nukleare Position der Bevölkerung nach der Katastrophe führte zu einem großen politischen Diskurs zur Frage des nicht-nuklearen Staates (Riabchuk 2009b: 98): „The legacy of the Chernobyl disaster was one of the reasons that the Ukrainian people supported independent Ukraine’s rejection of nuclear weapons.“ (Cheban o. D.). Am 16. Juli 1990 nahm die Werhowna Rada der Ukraine eine Souveränitätserklärung an, die auch der Wunsch der ukrainischen Nation erklärte, ein neutraler und nicht-nuklearer Staat werden zu wollen (Riecke 2002: 72). Nach der

Unabhängigkeitserklärung von 24. August 1991 wurde die Ukraine zum Land mit dem drittgrößten Nuklearwaffenarsenal der Welt (Riabchuk 2009b: 95). Als Resultat der langen Verhandlungen unterzeichnete die Ukraine am 23. Mai 1992 das Protokoll von Lissabon, in dem sie sich verpflichtete, die Nuklearwaffen abzubauen (ebd: 87). Am 5. Dezember 1994 wurde das Budapest Memorandum unterzeichnet, in dem die USA, Russland und Großbritannien sich verpflichteten, die Souveränität der Ukraine als Kompensation für die Nuklearwaffenverzicht zu achten (ebd.: 100). Die Annexion der Krim 2014 und die Nichteinhaltung des Budapest Memorandums seitens Russlands führte in der Ukraine zu einem erneuten politischen Diskurs seitens einzelner politischen Akteure über die Notwendigkeit der Wiederherstellung des nuklearen Potentials (Sukha 2019).

Auch die Position der Bevölkerung zur Kernenergie veränderte sich von einer starken Ablehnung am Ende der 1980-er Jahre und am Anfang der 1990-er Jahre bis zum notwendigen Akzeptieren (Radiosvoboda 2019). Nach den Ergebnissen der 2015 vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie durchgeführten Studie betrachten 83 Prozent der Befragten die Kernenergie bei strengen Sicherheitsvorschriften als eine akzeptable Energiequelle, dabei sind 70 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass es unmöglich ist, eine vollständige Sicherheit auf den Kernkraftwerken zu gewährleisten (National Ecological Centre of Ukraine 2015: 5). Der Großteil der Bevölkerung ist einerseits der Ansicht, dass die Ukraine auf die erneuerbaren Energiequellen umsteigen sollte (65 Prozent), andererseits meinen 57 Prozent der Befragten, dass es derzeit keine akzeptablen Alternativen für die Verwendung der Kernenergie gibt. Einen vollständigen Verzicht auf die Kernenergie in der Zukunft unterstützen nur 38 Prozent, während 41 Prozent dagegen sind. Gleichzeitig ist der Großteil der Befragten (54 Prozent) davon überzeugt, dass die Möglichkeit, billigen Strom aus Kernkraftwerken zu erhalten, die mit der Kernenergie verbundenen Risiken nicht rechtfertigt. Wenn es um die Zukunft der Kernenergie in der Ukraine geht, befürworten 60 Prozent der Bevölkerung die Erhaltung der Kernenergie in einer oder anderer Form, einschließlich des Baus neuer Reaktorblöcke (19 Prozent), neuer Kernkraftwerke (11 Prozent) und die Beibehaltung der vorhandenen Leistung (29 Prozent) (ebd.).

Trotz des teilweisen Akzeptierens der Kernenergie seitens der Bevölkerung, wird der Bau neuer Kernkraftwerke oder neuer Reaktorblöcke eher kritisch gesehen, vor allem seitens der direkt betroffenen Bevölkerung, die in den Regionen rund um die Kernkraftwerke wohnen. So wurde beispielsweise die lange Diskussion zum Bau der dritten und vierten Reaktorblöcke des Khmelnytska Kernkraftwerks seitens der lokalen Bevölkerung kritisch aufgenommen (National Ecological Centre of Ukraine 2011: 2). Im Mai 2011 fanden in den Siedlungen der 30 Kilometer-Zone öffentliche Anhörungen, die Besorgnis und mehrdeutige Haltung der Bevölkerung zeigten gegenüber dem Bau neuer Reaktorblöcke auf der Khmelnytska Kernkraftwerk zeigten. In manchen Regionen wie Ostrog und Khmelnytskij war die Bevölkerung stark gegen die Erhöhung der Kapazitäten des Kraftwerkes eingestellt (ebd.).

Ein weiterer Grund einer negativen Einstellung der Öffentlichkeit bei der Frage der Fertigstellung der Reaktorblöcke von Khmelnytska ist die Abhängigkeit von Russland (Ecoaction 2018). Der Vertrag mit dem russischen Unternehmen „Atomstrojexport“ von 2008 für die Lieferung von Reaktoren wurde 2015 nach der russischen Aggression aufgelöst. Später wurde ein neuer Vertrag mit dem tschechischen Unternehmen „Skoda JS“ unterschrieben, bei dem der Großteil der Aktien aber dem russischen Unternehmen „United Heavy Machinery“ gehört, welches wiederum im Besitz des russischen Unternehmens „Gazprom“ ist und gemeinsam mit dem „United Heavy Machinery“ auf der Sanktionsliste der Ukraine steht. Außerdem ist die Ukraine immer noch von den russischen Brennstoffen für die Kernenergie abhängig und die Inbetriebnahme der zwei weiteren Reaktoren diese Abhängigkeit weitervertiefen wird (ebd.)

### **3.2.1.3. Politisch-institutionelle Auswirkungen**

Außerdem hatte die Tschernobyl Katastrophe auch institutionelle und gesetzliche Auswirkungen. Die Werhowna Rada der Ukraine verabschiedete im August 1990 ein Moratorium für den Bau und die Inbetriebnahme neuer Kraftwerke, wodurch der Bau der neuen Reaktoren an den Khmelnytsky, Riwenska und Zaporizhska Kernkraftwerken ausgesetzt wurde (Energeministerium der Ukraine 2014). Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Stromausfälle in der Ukraine führten aber zu

einem erzwungenen Akzeptieren und Weiterentwicklung der Kernenergie (Radiosvoboda 2019). Im Oktober 1993 wurde das Moratorium von 1990 aufgehoben, infolgedessen die Arbeiten auf den Zaporizhska, Riwenska und Khmelnytska Kernkraftwerken wieder aufgenommen wurden (ebd.). Der zweite Reaktorblock des Tschernobyl Kernkraftwerks wurde 1991 nach einem Feuer in der Turbinenhalle abgeschaltet, später 1996 wurde der erste Reaktorblock und im Jahr 2000 der dritte Reaktorblock vom Netz genommen, nachdem das Tschernobyl Kernkraftwerk stillgelegt wurde (Energieministerium der Ukraine 2014). Der sechste Reaktor des Zaporizhska Kernkraftwerkes wurde 1995 in Betrieb genommen, was das Kernkraftwerk zum größten in Europa machte, und der vierte Reaktor des Riwenska und der zweite Reaktor des Khmelnytska Kernkraftwerke wurden erst 2004 in Betrieb genommen (Kalnytsky 2020: 122f).

Die Versuche zur Fortsetzung der Bauarbeiten der zwei weiteren Reaktorblöcke des Khmelnytska Kernkraftwerks wurden 2005 nach langen Diskussionen unternommen (Ecoaction 2018). Im Jahr 2011 wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit mit dem russischen Unternehmen „Rosatom“ sowie die Zusammenarbeit zwischen der russischen und ukrainischen Regierung im Bereich der Entwicklung der Atomenergie unterschrieben, die aber 2015 nach dem Konflikt mit Russland aufgelöst wurden. Bis jetzt sind die Reaktorblöcke drei und vier nicht fertig gebaut, während sich die Kosten für die Fertigstellung des Reaktors seit Beginn der Bauarbeiten mehr als verfünffacht haben, was bereits mehrere Diskussionen zur Notwendigkeit des Projektes seitens der ExpertInnen aber auch der Bevölkerung führte (ebd.).

Die Kernenergie wurde am Anfang der Unabhängigkeit auch als eine Chance der Energieunabhängigkeit von Russland gesehen, wobei sie immer noch zum Großteil von russischen Kernbrennstoffen abhängig ist. Im Zeitraum von 2014-2015 wurden einige Schritte am Weg zur Unabhängigkeit von Russland in der Kernenergie unternommen (Markevitch/ Omelchenko 2015: 20). So wurde im Dezember 2014 ein Vertrag über die Lieferung von Kernbrennstoffen an ukrainische Kernkraftwerke mit dem amerikanischen Unternehmen Westinghouse unterzeichnet, was ein großer Schritt für die Diversifikation Kernbrennstoffversorgung war (ebd.). Trotz der Unterzeichnung des Vertrages mit Westinghouse, importiert die Ukraine etwa 68 Prozent der Kernbrennstoffe aus Russland und nur 32 Prozent aus den USA, was das Problem der Abhängigkeit von Russland nur teilweise löste (Ecoaction 2018). Im

Dezember 2015 wurde außerdem eine Zusatzvereinbarung zum Vertrag über den Bau eines zentralen Zwischenlagers abgebrannter Brennelemente in der Ukraine zwischen dem ukrainischen Unternehmen Energoatom und dem amerikanischen Unternehmen Holtec International unterzeichnet, was zu einer Verringerung der Kosten, die die Ukraine für die Aufbewahrung in Russland bezahlt, führen könnte (ebd.).

Ein großer Schritt, der den Zivilschutz änderte, war 1996 die Schaffung eines Ministeriums für Notfälle und für den Schutz der Bevölkerung vor den Folgen des Tschernobyl-Unfalls (Staatsdienst der Ukraine für Notfälle o. D:). Das Ministerium war das zentrale Exekutivorgan für die Umsetzung staatlicher Politik im Bereich des Zivilschutzes, der Rettung, der Entsorgung radioaktiver Abfälle, der Prävention und des Schutzes der Bevölkerung vor Notfälle sowie zur Beseitigung der Folgen der Tschernobyl-Katastrophe. Das Ministerium wurde 2010 in das Ministerium für Notfälle und 2012 in den Staatsdienst der Ukraine für Notfälle umstrukturiert (ebd.).

Im Jahr 1996 wurde das staatliche Unternehmen „National Nuclear Energy Generating Company Energoatom“ gegründet, das die Kernenergie in der Ukraine vertritt und vier Kraftwerken mit 15 Kernreaktoren betreibt (Energieministerium der Ukraine 2014). Das Hauptziel des Unternehmens besteht darin, den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken und der Bau neuer Stromkapazitäten zu gewährleisten, die Energieversorgung und Effizienz von Kernkraftwerken zu verbessern sowie die Beschaffung neuer Brennstoffe und den Transport gebrauchter Brennstoffe zu beschaffen (World Nuclear Association 2021). Das Unternehmen Energoatom ist dem Ministerium für Energie unterordnet und befindet sich aus Sicherheitsgründen völlig unter staatlicher Kontrolle (OECD 2019: 51).

Die ukrainische Gesetzgebung zur nuklearen Sicherheit basiert auf dem Gesetz „Über die Nutzung der Kernenergie und die Strahlenschutzsicherheit“, das 1995 verabschiedet wurde und später geändert und ergänzt wurde (IAEA 2020). Dieses Gesetz legt die Grundlagen vor, die die Nutzung von Kernkraftwerken und ionisierten Bestrahlungsquellen regeln, sowie festlegen, dass die Sicherheit von Menschen und Umwelt im Bereich der Kernenergienutzung die oberste Priorität hat (ebd.).

Trotz der Verringerung der Entwicklung der Kernenergie in den ersten Jahren der Unabhängigkeit, bleibt also die Ukraine heute von der Kernkraftenergie stark

abhängig. Der Anteil der Kernkraftwerke bei der gesamten Stromerzeugung ist von 25,5 Prozent im Jahr 1990 auf 53,9 Prozent im Jahr 2019 gestiegen (IAEA 2020). Damit liegt die Ukraine in Bezug auf die nukleare Energieerzeugung im System der gesamten Stromerzeugung am zweiten Platz weltweit (Kopishinska/ Shyrokova 2019: 350).

### **3.3. Zwischenfazit**

Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Sowjetischen Ära entwickelten sich durch die Aneignung von Natur und Formierung eines neuen sowjetischen Menschen, der die Natur zur Ressource machte und diese damit erobert werden konnte. Natürliche Ressourcen (wie Kohle, Öl, Gas etc.) wurden im Rahmen der Prozesse der Elektrifizierung und Industrialisierung zu einem Schlüsselement der Bildung eines starken sowjetischen Staates und sowjetischen Menschen am Weg zum Sozialismus. Der Fokus auf die Industrialisierung im Rahmen der Planwirtschaft führte zum Aufbau eines energieintensiven Wirtschaftssystems. Das Energiesystem in der UdSSR konnte sich als ein zentralisiertes System entwickeln, bei dem der ukrainische Energiesektor dem Zentrum, mit nur wenigen Ausnahmen unter Chruschtschow und später durch Gorbatschow, stark untergeordnet war. Die ukrainische Sowjetrepublik konnte sich vor allem als das Zentrum für die Kohlegewinnung, Wärmeenergie, Kernenergie und Metallurgie entwickeln, was die Energiepolitik der unabhängigen Ukraine stark prägte.

Als Resultat der intensiven Energiepolitik und des fehlenden Umweltschutzkonzepts kam es zu einer tiefen ökologischen Krise in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die falsche Regulierung und die Fahrlässigkeit einzelner Personen führten zur Tschernobyl Katastrophe, welche nicht nur große ökologisch-gesundheitliche Auswirkungen mit sich brachte, aber vor allem auch zum Katalysator einer großen Protestwelle in der Bevölkerung wurde und die gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Ukraine stark prägte und zur Schaffung einer rechtlich-institutionellen Basis für die Entwicklung der Kernenergie, unter der Priorität „der Sicherheit von Menschen“ führte.

#### 4. Die Entwicklung der oligarchischen Staatlichkeit in der Ukraine

„When analysing the Ukrainian state one has to first and foremost take the interests and the strategies of the Ukrainian oligarchs into account. For this reason, it is not enough to concentrate only on the official policy process and its outcome but the role of the oligarchs, how they shape and make use of policies has to be understood“  
(Plank 2016a: 191).

Die oligarchische Herrschaft in Form des direkten Einflusses der Oligarchen auf den Staatsapparat für die Durchsetzung eigener ökonomischer Interessen, zählt zu einem der größten Hindernisse am Weg zur Demokratisierung und Reformierung der Ukraine. Die Entstehung des oligarchischen Systems geht auf die letzten Jahre der Sowjetunion zurück, als die Mitglieder der kommunistischen Nomenklatura nach dem Beginn der „Perestroika“ begannen, Kapital anzuhäufen (Matuszak 2012: 13). Der Zerfall der Sowjetunion und die damit verbundenen Privatisierungsprozesse ermöglichten ihnen, mit diesem Kapital Industrieanlagen zu niedrigen Preisen zu kaufen (ebd.). Zwar entstanden die oligarchischen Gruppen nach dem Zerfall der Sowjetunion in vielen postsowjetischen Staaten, jedoch haben die Oligarchen in keinem anderen osteuropäischen Land einen so großen Einfluss auf die Politik, wie in der Ukraine (ebd.: 9). Laut 2013 veröffentlichten Zahlen umfasste das Vermögen der 50 reichsten Menschen der Ukraine über 45 Prozent des BIPs des Landes, während es vergleichsweise in Russland weniger als 20 Prozent und in den USA weniger als 10 Prozent sind (Wilson 2016: 3).

In diesem Kapitel erläutere ich daher, wie sich die oligarchische Staatlichkeit in der Ukraine entwickeln und durch welche Mechanismen sie sich etablieren konnte. Außerdem zeige ich wie sich die Kräfteverhältnisse im Land durch die von Oligarchen unterstützten politischen Kräfte veränderten und welchen Einfluss dies auf die Außenpolitik der Ukraine hatte. Darüber hinaus erörtere ich, welche Energiebereiche für die oligarchischen Finanz- und Industriegruppen wichtig waren und wie sich die Kräfteverhältnisse in diesem Bereich entfalteten und in Hinblick auf die politischen Machtwechsel veränderten.

#### **4.1. Etablierung des oligarchischen Systems unter Kutschma**

Die Ukraine befand sich in den 1990-er Jahren in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Konzentration auf den Bau des Staates und der Nation in den ersten Jahren der Unabhängigkeit führte zu einer Verzögerung der Marktreformen bis Ende 1994, als die Wirtschaft zusammenbrach (Aslund 2009 zit. nach Mykhnenko/ Swain 2010: 145). Die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems der Ukraine wurde bis zur zweiten Hälfte der 1990-er Jahre nicht durchgeführt, wodurch die Industrie weiterhin der wichtigste Bereich in der Wirtschaftsstruktur blieb (Redlich 2018: 251). Im Jahr 1993 wurde eine Rekordinflation von rund 10.000 Prozent erreicht (ebd.: 228). Mit der steigenden Armut und Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung in der Mitte der 1990er Jahre, kam es zu einer skeptischen Stimmung gegenüber der marktwirtschaftlichen Transition des Landes (ebd.: 244f). Erst während der Präsidentschaft von Kutschma Ende der 1990-er Jahre konnte die Inflation auf rund 20 Prozent und 2001 auf unter 10 Prozent gesenkt werden (ebd.: 228). Mit der weiteren Marktliberalisierung konnten aber im Zuge der Privatisierungswellen Kapitalgruppen entstehen, die sich mit Hilfe einiger Mechanismen, die ich in diesem Kapitel darstelle, zu einflussreichen oligarchischen Clans etablieren konnten.

Der ukrainische Historiker und Wissenschaftler Georgiy Kasyanov (2009) unterscheidet vier Etappen der Bildung des oligarchischen Systems in der Ukraine. Die erste Etappe beginnt in der ersten Hälfte der 90-er Jahre mit der Einführung der Privatisierungsreform 1992 (ebd.:161). Zu diesem Zeitpunkt entstehen die ersten Kapitalgruppen im Land. Den größten Einfluss hatten die aus der Sowjetzeit stammenden Agrar- und Industriewirtschaftseliten – die sogenannten „roten Direktoren“ sowie „Kolkhoz- und Sovkhoz- Baronen“ – , die sich durch die Nutzung vom Staatseigentum (Rente) bildeten und sich durch günstige staatliche Kredite und dem Handel mit Fremdwährungen in Zeiten von hoher Inflation bereichern konnten (ebd).

Während die ersten oligarchischen Strukturen bereits in den ersten Jahren der Unabhängigkeit gebildet wurden, konnte sich das oligarchische System erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, während der Präsidentschaft von Leonid Kutschma – dem „Gründungsvater“ der Oligarchie in der Ukraine - fest etablieren (Matuszak 2012: 13). Genau ab diesem Zeitpunkt beginnt die zweite Etappe der Entwicklung der

oligarchischen Herrschaft in der Ukraine (Kasyanov 2009: 172). Das Staatseigentum wurde zwischen den ehemaligen „rote Direktoren“ und den, neu durch die von Kutschma gestartete Privatisierungswelle, entstandenen Kapitalgruppen, die später zu einflussreichen Clans geworden sind, aufgeteilt (ebd.: 166). Ein wichtiges Merkmal dieser Etappe ist die enge Zusammenarbeit der gebildeten Gruppe mit dem Präsidenten und die Entstehung des Systems des Klientelismus (ebd.: 166f).

Yulia Yurchenko beschreibt die Privatisierungsmethoden unter Kutschma in der Ukraine als Mutationen der traditionellen westlichen Akkumulierungsmechanismen, die bereits in der Regulierung des globalen Handels angewendet werden, wie beispielsweise die Verkäufe an strategische Investoren, internationale Ausschreibungsverfahren, Börsengänge etc. (Yurchenko 2012: 131ff). In den 1990-er Jahren wurden in der Ukraine die traditionellen westlichen Akkumulierungsmechanismen gemeinsam mit den außergesetzlichen Methoden, wie Bestechung, persönliche Netzwerke, administrative Beschränkungen, Drohungen und Erpressung angewendet. Die Schemen, die im Rahmen der Privatisierungsprozesse genutzt wurden, führten zur Etablierung der Finanz-Industrie-Gruppen und zur Bereicherung der Oligarchen. Ein Beispiel dafür war der Verkauf der staatlichen Unternehmen im Rahmen der Auktionen und Ausschreibungsprozesse zu „Schnäppchenpreisen“ an die bevorzugten Gruppen, die häufig persönlichen Netzwerke innerhalb des Fonds für das Staatseigentum hatten (ebd.). Dies war oft durch die verspätete Verkündung von Auktionen umgesetzt, was die Teilnahme von Nicht-Insidern und ausländischer Investoren verhinderte. Die weiteren Schemen waren das „lease-buy-out“ und die Voucherprivatisierung. Das oligarchische Kapital bildete und entwickelte sich um die Unternehmen, die mit den folgenden Warenketten verbunden waren: Kokskohle-Koks-Blech/ Rohre; thermisches Kohle-Energie-Metall und die profitabelste davon Gas-Metall-Gasleitungsrohre (ebd.).

Zu diesem Zeitpunkt bildeten sich die einflussreichsten regionalen Oligarchen-Clans mit den Zentren in Dnipropetrowsk, Donbass und Kiew (Kasyanov 2009: 167). Der Dnipropetrowsk-Clan bildet sich zum Großteil aus dem Kader der ukrainischen Kommunistischen Partei und war besonders eng mit Leonid Kutschma verbunden (Becker 2015: 418), insbesondere während der Amtszeit von Pavlo Lazarenko als Premierminister von 1996 bis 1997 (Matuszak 2012: 14). Pavlo Lazarenko zählte gemeinsam mit seiner engen Verbündeten Julia Tymoschenko zu den ersten Öl- und

Gasoligarchen der Ukraine (Becker 2015:418). Während die russischen Öl- und Gasoligarchen zum Großteil im Export- und Rohstoffbereich tätig waren (Becker 2015: 414ff), fokussierten sich die ukrainischen Öl- und Gasoligarchen auf Import- und Transport (ebd.: 418). Während seiner kurzen Amtszeit gelang es Pavlo Lazarenko, die Kontrolle über das Unternehmen „United Energy Systems of Ukraine“ (YESU), dessen Generaldirektor zu diesem Zeitpunkt Julia Tymoschenko war, zu erlangen, und das Unternehmen zum größten privaten Importeur von russischem Gas zu machen (Matuszak 2012: 15). Dies führte zu einem Interessenskonflikt nicht nur mit einflussreichen Kapitalgruppen, sondern vor allem mit Kutschma selbst, der in einem solchen Monopol von Lazarenko eine Gefahr für seine politische und wirtschaftliche Macht sah (ebd.) Lazarenko wurde entlassen und floh aufgrund der Strafanzeigen gegen ihm aus dem Land (Kudelia 2012: 421). Dies führte zum Zerfall des Dnipropetrowsk-Clans in mehrere Gruppen, wobei sich die wichtigste von ihnen um Viktor Pinchuk – Kutschmas Schwiegersohn – der sein Kapital in der Metallurgie durch die Gründung des Unternehmens „Interpipe“ erwarb, bildete (Matuszak 2012: 14). Später gewann auch die „Privat-Gruppe“ von Ihor Kolomoyskyi und Henadiy Boholyubov an Bedeutung, die sich durch den Besitz der ersten großen Privatbank der Ukraine und später durch zusätzliche Industrieanlagen bereichern konnte (Kudelia 2012: 421).

Konkurrierend zum Dnipropetrowsk-Clan entstand der Donezk-Clan, dessen Entstehung mit organisiertem Verbrechen verbunden war und dessen Hauptgeschäft die Metallurgie bildete (Becker 2015: 418). Aufgrund der geografischen Konzentration der Kohle- und Metallurgieindustrie in der Donezk-Region konnten sich die Vertreter der Donezk Kapitalgruppe bereits in den sowjetischen Zeiten politisch und ökonomisch etablieren (Kovaleva 2007: 65 zit. nach Yurchenko 2013: 83). So berichtet Taras Kuzio, dass Donezk bereits in den 90er Jahren zu einer Region geworden ist, wo das organisierte Verbrechen eng mit Staatsbeamten, Geschäftsleuten und Strafverfolgungsbehörden verbunden war (Kuzio 2012: 413). Die bedeutendsten Fälle waren dabei die Ermordung der zwei einflussreichsten Oligarchen der Donbass-Region Yevgenij Scherban, der der Gründer einer großen Industrieholding namens Industrial Union of Donbass (ISD) war, und Ahat Bragin, der auch als Mentor von Achmetow bekannt war (Yurchenko 2012: 133). Aus dem Donezk-Clan stammt auch Wiktor Janukowitsch, der die wirtschaftlichen Interessen des Clans als Gouverneur

des Donezker Oblasts (1997-2002), als Premierminister (2002-2005/ 2006-2007) und später als Präsident (2010-2014) politisch repräsentierte (Matuszak 2012: 14). Die Oligarchen aus dem Donezk-Clan hatten ihr größtes Interesse an der Schwerindustrie und waren damit vom Energiebereich abhängig (Becker 2015: 418). Dies war der Hauptfaktor, warum die regionalen Untergruppen von Oligarchen, um die Kontrolle des Energiesektors gekämpft haben (ebd.)

Der dritte Clan „die Kiewer Sieben“ war vor allem in der zweiten Amtszeit von Kutschma, während die Schlüsselfigur des Clans Wiktor Medvedchuk die Präsidialverwaltung leitete, sehr einflussreich (Matuszak 2012: 14f). Neben Medvedchuk waren die Surkis Brüder, Jurij Lyach, Zgurskyj Valentin, Bogdan Gubskij, Jurij Karpenko die Schlüsselfiguren der Gruppe, die insbesondere durch die Privatisierung der Energieverteilungsunternehmen „Oblenergos“ sowie durch die Kontrolle um mehrere Ferrolegierungs-Unternehmen profitierten (Kudelia 2012).

Vom Ende der 1990-er bis zum Anfang von 2000-er Jahre entwickelt sich die dritte Etappe in der Bildung des oligarchischen Systems, die sich durch noch engere Zusammenarbeit des Präsidenten mit den großen Kapitalgruppen sowie durch den Kauf oder die Aneignung der großen Medienkanäle seitens Oligarchen von den ersten zwei Etappen unterscheidet (Kasyanov 2009: 167f). „Thus, oligarchs bought media outlets in the late 1990s, but not necessarily as financial investments. Instead, they did so as a means of accumulating political capital and enhancing their personal prestige“ (Ryabinska 2011: 9). Mit Hilfe seines Einflusses auf die Medien unterstützte Pinchuk die Wahlkampagne von Kutschma 1999, indem er für eine breite Fernsehberichterstattung für Kutschma auf mehreren landesweiten Kanälen sorgte (Kudelia 2012: 422). Mit der Einführung der speziellen täglichen Richtlinien und Anweisungen für die Berichterstattung – die sogenannten „Temnyky“ – für die großen Fernsehsender seitens Medvedchuk, konnte Kutschma seinen politischen Einfluss durchsetzen (ebd.).

Eine große Rolle spielte bei dieser Etappe auch die Schaffung der Sonderwirtschaftszonen, die durch die Verabschiedung des Gesetzes „Über die allgemeinen Positionen der Schaffung und Funktionsweise spezieller (freier) Wirtschaftszonen“ zwischen 1998 und 2005 etabliert wurden, und zu einem verstärkten Einfluss der Donezk Kapitalgruppe führte (Yurchenko 2012: 134). In den

etablierten Sonderwirtschaftszonen wurden den Investoren einige Vorteile, wie beispielsweise Steuervergünstigungen, ermöglicht, was ausländische Direktinvestitionen, die aber in Wirklichkeit häufig durch Offshore-Gelder von ukrainischen Oligarchen kamen, in diesen Regionen förderte (ebd.: 135). Gemeinsam mit der für die oligarchischen Finanz-Industrie-Gruppen vorteilhaften rechtlichen Basis, die beispielsweise den Kohlebergbau oder die Stromerzeugung zu den vorrangigen Sektoren in der Region zurechnete, führte dies nicht zur allgemeinen Verbesserung des Investitionsklimas in der Region, sondern zur Verstärkung der Finanz-Industrie-Gruppen des Donezk Kapitals (ebd.).

Yulia Yurchenko (2012) argumentiert in ihrer Analyse, dass die Schaffung und die Funktionsweise spezieller Wirtschaftszonen gepaart mit den Vorschriften für ausländische Direktinvestitionen, den Privatisierungen durch die von Oligarchen kontrollierten Finanz-Industrie-Gruppen und dem Missbrauch von Ausschreibungs- und staatlichen Beschaffungsprozessen zur Schaffung der „black holes“ im Wirtschaftssystem der Ukraine führte, die zur oligarchischen Bereicherung genutzt wurden (ebd.: 128). Diese „black holes“ sieht Yurchenko als neoliberale Akkumulationsmechanismen, die unter dem Deckmantel marktdemokratischer Reformen nach dem Vorbild von IWF, EBWE, EU und WTO ermöglicht wurden und die zur Etablierung der oligarchischen Kontrolle in der Industrie führten (ebd.:124-128).

Die vierte Etappe in der Interaktion zwischen den Interessensgruppen und der politischen Elite beginnt im Jahr 2002, als aufgrund des „Kassetten-Skandals“ und der daraus folgenden Aktion „Ukraine ohne Kutschma“ die Niederlage von Kutschma bei den bevorstehenden Wahlen 2004 für ihn offensichtlich war (Kasyanov 2009: 172). Um die Vereinigung des großen Kapitals aus Donezk mit Juschtschenko verhindern zu können und seinen Einfluss zu behalten, wählte Kutschma Janukowitsch als Kandidat für seine Nachfolge (ebd.). Außerdem charakterisiert sich diese Etappe durch den Konkurrenzkampf zwischen den Donezk und Dnipropetrowsk Clans und den größten von ihnen kontrollierten Finanz-Industrie-Gruppen: System Capital Management (Achmetow), Industrieunion Donbass (Taruta und Mkrtchian), Interpipe Group (Pintschuk) und Privat Group (Kolomojskyj und Boholyubov) (Yurchenko 2012: 126f). Dies hatte nach der Orangen Revolution einen großen Einfluss auf die politische Lage im Land und führte zu einer politischen Krise, die auch später unter

anderem zum Sieg der Janukowitschs Partei der Regionen bei den Parlamentswahlen und zur Machtkonzentration des Donbass-Clans führte (ebd.).

Außenpolitisch war Kutschma für seinen multivektoralen Kurs bekannt. Im Vergleich zu seiner ersten Amtszeit, mit einem eher pro-westlich orientierten außenpolitischen Kurs, war Kutschma während der zweiten Amtszeit politisch eher pro-russisch eingestellt (Kuzio 2009). So etablierte Kutschma in seiner ersten Amtsperiode eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden mit der NATO. Außerdem initiierte er die Gründung einer Sicherheitsallianz GUAM – Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – gemeinsam mit Georgien, Armenien und die Republik Moldau, die sich darauf einigten, gegen die Bedrohung durch den russischen Separatismus sowie gegen die Energieabhängigkeit von Russland zusammenzuarbeiten. Während seiner zweiten Amtszeit 2003 unterzeichnete Kutschma hingegen eine Vereinbarung über die Schaffung des Gemeinsamen Wirtschaftsraum gemeinsam mit Russland, Belarus und Kasachstan, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern vertiefen sollte. Nichtsdestotrotz behielt Kutschma auch während seiner zweiten Amtszeit die multivektorale Position, indem er 2002 die Absicht ankündigte, eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO anzustreben (ebd.).

Da das oligarchische Kapital auf der einen Seite stark von den Importen und Exporten, sowohl mit dem Westen als auch mit den GUS Ländern, insbesondere Russland, und auf der anderen Seite aber auch von Mechanismen der Kapitalakkumulation, wie Steuerhinterziehung, Offshoring und Geldwäsche durch das staatliche Beschaffungssystem, abhängig ist, war es für die oligarchische Staatlichkeit besonders wichtig ein harmonisches Verhältnis nicht nur zu den westlichen Partnern wie EU, USA, IWF sondern auch zu Russland zu halten (Yurchenko 2013: 21f). Dies erschwerte politische Entscheidungen der regierenden Klasse und zeigte sich in einem solchen multivektoriellen Kurs (ebd.).

#### **4.2. Die Orangene Revolution**

Die Orangene Revolution begann im November 2004 als Reaktion auf die gemeldeten Wahlfälschungen und den Wahlsieg von Janukowitsch. Diese führte zur Wiederholung der Präsidentschaftswahlen, bei denen Wiktor Juschtschenko zum dritten Präsidenten

der unabhängigen Ukraine gewählt wurde. Aus der außenpolitischen Perspektive war das „orangene“ politische Lager im Vergleich zu Kutschma, der einen multivektoralen Kurs hinsichtlich der EU und Russland verfolgte, und Janukowitsch, der am Anfang für die Annäherung zu Russland auftrat, deutlich pro-westlich orientiert (Becker 2015: 419). Für die EU und die USA waren die Präsidentschaftswahlen zwischen den pro-westlichen und pro-russischen Kandidaten entscheidend (Yurchenko 2013: 117). Dies sollte zeigen, ob die Ukraine einen Weg einer westlichen liberalen Demokratie und damit eine engere Zusammenarbeit mit der EU, den USA und der NATO oder der Vereinigung mit Russland und des autokratischen Regimes nach dem russischen Modell verfolgen würde (ebd.). Um ersteres zu erreichen bekamen „die Orangenen“ bereits während der Orangen Revolution die Unterstützung aus den USA und der EU (Becker 2015: 419).

Die außenpolitische Orientierung der Kandidaten war auch eines der Hauptwahlmotive in der Unterstützung von entweder Juschtschenko oder Janukowitsch: so erhielt der pro-westlich orientierte Juschtschenko die Unterstützung der Wähler in zentralen und insbesondere westlichen Regionen, während die Wählerschaft vom Janukowitsch zum Großteil aus den südlichen und östlichen Regionen, insbesondere aus dem Donbass stammte (Barkar/ Petruk 2019).

Das politische Versprechen des „orangenen“ Lagers während der Orangen Revolution war der Kampf gegen Korruption und gegen die Oligarchen. Für viele Oligarchen aus dem „alten“ politischen Lager, waren die von Juschtschenko erklärten Absichten nicht wünschenswert (Kasyanov 2009: 173f). Zu diesen gehörten vor allem Viktor Pintschuk, der die Patronage von seinem Schwiegervater Kutschma verloren hat, die Vertreter des Donezk-Clans unter Rinat Achmetow, sowie der Kiew-Clan, der ziemlich schnell auseinandergefallen ist, nachdem Medwedchuk seine Positionen in der Präsidentialverwaltung verloren hat (ebd.).

Die Premierministerin Tymoschenko führte während ihrer ersten Amtszeit Maßnahmen im Kampf gegen die Oligarchen ein, wie beispielsweise die Reprivatisierung von Unternehmen wie Kryworischstal – das größte Stahlunternehmen der Ukraine, das 2004, sechs Monate vor dem Ende der Amtszeit von Leonid Kutschma an die SCM Holding, die sich im Eigentum von Achmetow befindet, und Interpipe, das Pintschuk gehört, zu einem „Schnäppchen“-Preis verkauft

wurde (Kasyanov 2009: 174). Die Reprivatisierung des größten ukrainischen Stahlunternehmens Kryworischstal durch den größten Stahlproduzenten der Welt AcelorMiittal im Oktober 2005 eröffnete den Weg für ausländisches Kapital (Bojcun 2014 zit. nach Plank 2016a: 92), was zu einer Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen von 1,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2004 auf 7,8 Milliarden im Jahr 2005 führte (Mykhnenko/ Swain 2010: 157 zit. nach Plank 2016a: 92). Ein anderer Konflikt entfaltete sich um die Rückgabe der Mehrheitsanteile am Unternehmen „Nikopol Ferroalloy Plant“, von Pintschuk an den Staat und den Kontrollwechsel über das Unternehmen (Kudelia 2012: 423).

Juschtschenko unterstützte aber den Reprivatisierungsplan von Tymoschenko nicht, sowie auch ihre Versuche die Monopole der Gasversorgung aus Russland durch das Unternehmen von Firtasch RosUkrEnergo, das vom russischen Unternehmen Gasprom kontrolliert wird, aufzuheben (Kasyanov 2009: 175). Infolge mehrerer Interessenkonflikte entfaltete sich 2008/2009 ein großer Gaskonflikt zwischen der Ukraine und Russland.

Infolge der inneren Konflikte kam es zu einer Spaltung innerhalb des „orangenen“ politischen Lagers, was auf einer Inkohärenz der „Orangenen“ im Vergleich zum politischen Lager von Kutschma hinwies (Becker 2015: 419). Die erste Gruppe bildete sich um den Präsidenten Juschtschenko und die Partei „Unsere Ukraine“, die zweite entwickelte sich mit Julia Tymoschenko im Zentrum (Matuszak 2012: 25). Im Gegensatz zu ihnen bildete sich aus dem Oppositionslager, insbesondere aus der Partei der Regionen, eine weitere politische Gruppe (ebd.). Letztere nutzte die fehlende Kohärenz des „orangenen“ Lagers und konnte mit der Unterstützung des Donezk-Clans ihre politischen Positionen stärken (Becker 2015: 419).

Während der Amtszeit von Tymoschenko gewann die Privat-Gruppe, der die Zusammenarbeit mit Tymoschenko vorgeworfen wird, an Bedeutung (Kasyanov 2009: 174f). Außer ihren anderen Interessenbereichen, wie der Bankensektor und die Metallurgie konnte die Privat-Gruppe ihren Einfluss über die Kontrolle eines großen Teils einflussreicher Medien, wie beispielsweise die Fernsehkanäle 1+1, sowie auch die Nachrichtagenturen Unian News Agency und Glavred, sowie auch die Zeitung Komsomolskya Pravda v Ukraine ausbauen (Ryabinska 2009: 7ff). Einer der einflussreichsten Oligarchen, der die Partei „Unsere Ukraine“ und Wiktor

Juschtschenko selbst unterstützte, war Petro Poroschenko, der während der Präsidentschaft von Juschtschenko das Amt als Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates und später als Außenminister übernommen hatte (Matuszak 2012). Dem Parteienbündnis „BJuT“ mit Tymoschenko an der Spitze wurden die Verbindungen mit Kostyantyn Zhevago, der sein Vermögen im Bankensektor und Metallurgie aufgebaut hat, Tariel Vasadze, der den größten Automobilhersteller in der Ukraine UkrAvto Group besaß, sowie die Buriak-Brüder, die die Besitzer der Brokbiznesbank waren, vorgeworfen (ebd.: 28). Außerdem kam es während der Präsidentschaft von Juschtschenko zu einer stärkeren Kontrolle über Medien seitens der Oligarchen. Im Jahr 2007 wurden 77 Prozent aller ukrainischen Fernsehsender durch Oligarchen kontrolliert (Redlich 2018: 307).

Infolge der internationalen Wirtschaftskrise 2008 und dem Rückgang der Exporte schrumpfte das BIP im Jahr 2009 um fast 15 Prozent und das Land schlitterte in eine tiefe wirtschaftliche Krise (Becker 2015: 419). Dies führte zum Sieg von Wiktor Janukowitsch bei den Präsidentschaftswahlen 2010 und damit zum Beginn des vertikalen Herrschaftssystems des Donezk-Clans, der seine Positionen im Zuge der Interessenkonflikte innerhalb des „orangenen“ Lager deutlich verstärken konnte.

#### **4.3. Die Herrschaft der „Familie“ von Janukowitsch und der Euromaidan**

Wiktor Janukowitsch begann seine Präsidentschaft mit der Abschaffung der Verfassungsreform von 2004 und dem Zurückkehren zur Verfassung, die während der Präsidentschaft von Kutschma in Kraft war, mit der eine größere Macht in den Händen des Präsidenten vorgesehen war. Mit diesen Änderungen gewann die Exekutive, die von seiner Partei der Regionen vertreten wurde, und die damit verbundenen oligarchischen Kapitalgruppen – nämlich SCM (Achmetow) und RosUkrEnergo (Firtasch) eine starke Dominanz (Matusczak 2012: 50-54). Während der Regierungszeit der Partei der Regionen war der Einfluss von anderen oligarchischen Strukturen ziemlich begrenzt.

Rinat Achmetow, der einflussreichste Vertreter des Donezk-Clans und schon seit mehreren Jahren der reichste Mensch der Ukraine, unterstützte kontinuierlich die Partei der Regionen und später ihren Nachfolger „Oppositionsblock“ (Matuszak 2012: 14). Diese Unterstützung brachte Achmetow während der Präsidentschaft von

Janukowitsch und der Regierungszeit der Partei der Regionen einige Vorteile, durch die Achmetow ein Monopol im Stromsektor aufbauen konnte. So konnte er durch Bergbaukonzessionen für staatliche Unternehmen seinen Marktanteil an der Kohleproduktion von 35 Prozent auf 50 erhöhen (Malygina 2013: 2). Als Resultat der Privatisierungsgenehmigung von staatlichen Unternehmen der Stromzeugung und Stromversorgung von 2011 seitens der Regierung konnte Achmetow seine Aktienanteile auf vier der insgesamt sechs Wärmekraftwerken ausbreiten und seinen Anteil an diesen Vermögenswerten auf 70-73 Prozent erhöhen (ebd.: 3). Außerdem ist es dem Oligarchen im Zeitraum zwischen 2011 und 2012 gelungen, seine Aktienanteile an den regionalen Unternehmen der Stromversorgung „Donetskoblenergo“, „Dneproblenergo“ und „Krimenergo“ zu erhöhen. Die Kontrolle über die anderen regionalen Unternehmen der Stromversorgung wurde weiterhin zwischen Kolomojskyj (Privat-Gruppe), den Surkis-Brüdern (Ukrenergokonsalting) sowie dem russischen Unternehmer Grigorischin (Energy Standard) und Babakov (VS Energy) aufgeteilt. Später befahl Janukowitsch außerdem der staatlichen Energieregulierungsbehörde, die Tarife für lokale und regionale Behörden, die den Strom aus Kohlekraftwerken von DTEK gekauft haben, auf das Niveau der Tarife, die ähnlich zu den an staatlich betriebene Kernkraftwerke gezahlt wurden, zu erhöhen (ebd.).

Bereits zu Beginn seiner Präsidentschaft gründete Janukowitsch seinen inneren Kreis, der als „die Familie“ bekannt ist. Die Geschäftsinteressen „der Familie“ erstreckten sich von Öl- und Gassektoren bis hin zum Immobiliengeschäft. Als der Hauptgeldgeber „der Familie“ galt Serhiy Kurtschenko, der 2012 mit 27 Jahren innerhalb kurzer Zeit zum jüngsten ukrainischen Oligarchen geworden ist, weshalb er auch oft in den Medien als „Wunderkind“ bezeichnet wurde (Scherbyna 2013). Sein Vermögen besaß er im Unternehmen „Gas Ukraina“, der Mediaholding UMH Group, dem Fußballklub Metallist Kharkiv und er war weiters an verschiedenen illegalen und korrupten Schemen beteiligt. Eines der größten Korruptionsschemen von Kurtschenko bildete sich um den Ankauf von Gas vom größten Ölproduzenten des Landes „Ukrnafta“ und der staatlichen Aktiengesellschaft und größtem Gasproduzent „Ukrigasvydobyvannya“. Kurtschenko kaufte Gas auf speziellen Auktionen angeblich für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu sehr niedrigen Preisen und verkaufte es

danach überteuert durch die Kontrollstrukturen, infolgedessen der Staat Verluste in Höhe von mehr als zwei Milliarden Hrywna erlitt (ebd.)

Viele Korruptionsschemen wurden unter Janukowitsch durch die Kanäle der öffentlichen Beschaffung durchgeführt. Aufgrund des großen Einflusses der klientelistischen Netzwerke auf das Parlament, konnten zahlreiche Gesetzesänderungen zugunsten der einzelnen Interessenpersonen durchgeführt werden, was „auf eine gefährliche Symbiose von Politik und Wirtschaft hin[weist], die sich in der Janukowitsch-Phase stark verdichtet hat“ (Stewart 2017: 3).

Außenpolitisch äußerte sich Janukowitsch in seinem Wahlkampf für die Bewahrung des „neutralen Status der Ukraine“ und orientierte sich eher pro-russisch (Kuzio 2009). Während seiner Präsidentschaft führte er zahlreiche Verhandlungen mit Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion auf der einen Seite und der EU auf der anderen (Pereguda 2014). Wobei der Weg zum Assoziierungsabkommen mit der EU bereits 2008 begann, wurde das Abkommen aufgrund der unerfüllten Voraussetzungen, wie die Bekämpfung der Korruption und selektiver Justiz unter Janukowitsch (wie z.B. die Haft von Tymoschenko) noch lange verhandelt (Kempe 2013: 2017ff). Ein paar Tage vor dem Gipfel vom 28. – 29. November 2013, als das Abkommen kurz vor der Unterzeichnung war, änderte der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch plötzlich die politische Richtung und gab bekannt, dass er das Abkommen nicht unterschreiben wird (Böttger 2014: 99). Hierbei zeigt sich unter anderem der Einfluss Russlands, das durch die Annäherung der Ukraine an die EU, die Ukraine als einen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner verlieren könnte. Kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens hat Wladimir Putin der Ukraine „sowohl einen Kredit im Wert von 15 Mrd. US-Dollar als auch einen erheblich reduzierten Preis für russisches Erdgas angeboten“ (Stewart 2017: 3), was auch den plötzlichen Kurswechsel von Janukowitsch in der Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklären kann.

Das Nichtunterzeichnen des Abkommens löste massive Proteste der pro-europäischen Aktivisten in Kiew aus. Diese forderten die Unterzeichnung des Abkommens und später den Rücktritt von Janukowitsch. Während in der ersten Welle der Proteste hauptsächlich Studenten protestierten, unterstützten die Proteste in der zweiten Welle auch der Oligarch Poroschenko, pro-westlich orientierte oppositionelle

Politiker sowie rechtsradikale Formierungen, die auch die Unterstützung aus den westlichen Ländern erhielten (Becker 2015: 420). Vom 18. bis 20. Februar 2014 kam es zu Eskalationen der Proteste und zu Zusammenstößen zwischen Protestierenden und den Sicherheitskräften, was zu etwa 80 Toten, zum Großteil durch Schüsse seitens der Spezialeinheit der ukrainischen Polizei Berkut, unter den Demonstranten führte (Bötgger 2014: 99f). Schließlich führte das zur Absetzung Janukowitsch und zu seiner Flucht nach Russland.

#### **4.4. „Deoligarchisierung“ nach dem Euromaidan?**

„Ukraine has invented a word – “de-oligarchisation” – though as yet it is more rhetoric than reality. On the ground, little has been done to challenge the power of the oligarchy at its source. As a result, Ukraine’s new leaders have been accused not just of tolerating the oligarchic system, but of participating in it. [...] The oligarchy remains intact, and there has been no real change in those named on the “rich lists” popular in the Ukrainian media“. (Wilson 2016: 4)

Die Flucht von Janukowitsch und der Wechsel der Regierung verursachten eine große politische Krise, die schließlich zu immer noch nicht gelösten Konflikten, wie die Annexion der Krim, dem andauernden Krieg in der Ostukraine, sowie zur Wirtschaftskrise und der starken Abwertung der Hrywnja führte. Infolgedessen wurde Arsenij Jazenjuk vom Parlament zum Premierminister gewählt und eine neue Regierung gebildet, die Jazenjuk selbst aufgrund der schwierigen und unpopulären Reformen, die durchzusetzen waren, als „Kamikaze Regierung“ bezeichnete (Barkar 2014). Am 21. März 2014 unterzeichnete die ukrainische Übergangsregierung unter Jazenjuk den politischen Teil des Assoziierungsabkommens in Brüssel. Der politische Teil bedeutete für die Ukraine eine nähere politische Zusammenarbeit mit der EU, sowie die intensive Zusammenarbeit im Bereich Recht, Sicherheit und Freiheit (Ministry of Foreign Affairs of Ukraine 2019). Der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens, das die Regelungen für ein Freihandelsabkommen enthält, wurde erst am 27. Juni 2014 vom neu gewählten ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko unterschrieben. Die Freihandelszone (DCFTA) wird aber erst seit 2016 umgesetzt (ebd.).

Als Petro Poroschenko im Jahr 2014 zum Präsidenten gewählt wurde, war eines seiner zentralen Themen, gegen die Korruption, sowie den Einfluss der Oligarchie, vorzugehen. Im Rahmen seiner Deoligarchisierungspolitik kündigte er die Bekämpfung der Korruption und der oligarchischen Wirtschafts- und Politstrukturen an (Halling/ Stewart 2016). Hier ist auch nicht zu vergessen, dass Poroschenko selbst einer der reichsten Männer der Ukraine ist und neben einem großen Schokoladenkonzern Roshen, infolgedessen er auch als „Schokoladenkönig“ bekannt ist, auch den Fernsehsender „5 Channel“ sowie Agrar- und Immobilienunternehmen besitzt (Chizhevskaja 2017).

Infolge der Euromaidan-Proteste und der Flucht von Janukowitsch brach das vertikale Patronagesystem des Präsidenten und seiner „Familie“ zusammen (Melnykovska 2014). Dies beendete aber nicht die Herrschaft der Oligarchie im Land, sondern führte zu neuen Transformationen der Kraftverhältnisse. So entstanden zwei Machtzentren in der Ukraine: das eine mit den neu gewählten Präsidenten Petro Poroschenko und das andere mit dem Regierungschef Arsenij Jazenjuk an der Spitze (Melnykovska 2014). Auch im Parlament wurden die Interessen der Oligarchen durch die Parteien vertreten, was „durch die Rückkehr zur Verfassung von 2004, das heißt die erneute Einführung eines stärker parlamentarisch geprägten Regierungssystems, an Bedeutung gewonnen“ (Halling/ Stewart 2016: 4) hat.

Durch die Anti-Korruptionspolitik von Poroschenko konnten einige Reformen und Veränderungen, die aber nicht ohne Druck der EU und des IWF im Gegenzug für IWF-Kredite und EU-Hilfspakete durchgeführt wurden, erreicht werden. Dazu gehört die Schaffung des Antikorruptionsbüro (NABU) im Jahr 2015, was eine der Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Liberalisierung des Visumregimes zwischen der Ukraine und der EU war (NABU o.D.). Außerdem wurde im Jahr 2016 das Transparenzgesetz für das öffentliche Eigentumsregister über die Vermögenserklärung von Beamten, das auch eine der Voraussetzungen des IWF für die finanziellen Hilfspakete an die Ukraine war, sowie des Gesetzes zum Schutz der Rechte von Immobilien und Eigentum verabschiedet. Die IWF Kredite, die die Ukraine durch die Implementierung der Reformen bekam, führten aber zur weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen durch die an die IWF-Kredite geknüpften Austeritätspolitiken (Plank 2016a: 96f).

Bei der Analyse der EU-Hilfe am Weg zur Reformierung und Liberalisierung der Ukraine sind auch die damit verbundene Interessen zu beachten (Chromiec/ Koenig 2015: 18). Für die EU war die Demokratisierung der Ukraine nach der Annexion der Krim seitens Russlands ein wichtiges Instrument für die Verteidigung der Europäischen Sicherheitsordnung, die „auf dem Prinzip der nationalen und territorialen Souveränität, als auch auf friedlicher Konfliktlösung“ (ebd.) basiert. Außerdem könnte der Zusammenbruch des ukrainischen Staates große Risiken für die EU, wie Flüchtlingsströme und Kriminalität, mit sich ziehen. Und schließlich ist die reformierte und stabile Ukraine aus wirtschaftlicher Perspektive für die EU sehr wichtig. Die Ukraine könnte nicht nur ein attraktiver Standort für europäische Unternehmen werden, sondern auch eine Brücke für den wirtschaftlichen Austausch zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion werden (ebd.).

Von den Oligarchen verloren während der Präsidentschaft von Poroschenko Firtasch und Kolomojskij die größte Bedeutung. Firtasch verlor die Nadra Bank, die Kontrolle über Titanlagerstädten, die er während der Präsidentschaft von Janukowitsch gewann, sowie auch seinen Anteil an „Zaporozhye Titanium and Magnesium Combine“, das verstaatlicht wurde (Wilson 2016: 9). Auch mit Kolomojskij ist während der Präsidentschaft Poroschenkos ein Konflikt zu sehen. Er zeigt sich vor allem im Kampf um das Unternehmen Ukrnafta, bei dem er aufgrund eines neu verabschiedeten Gesetzes seine Minderheitskontrolle und infolgedessen seine Position als Gouverneur von Dnipropetrowsk verlor (Wilson 2016: 9). Schließlich wurde 2016 auch die Privatbank, die einen großen Teil seines Vermögens ausmachte, verstaatlicht (Halling/ Stewart 2016.: 4f).

Die politische und wirtschaftliche Krise im Land sowie der Krieg im Osten der Ukraine führte auch zu starken finanziellen Verlusten der Oligarchen (Halling/Stewart 2016: 2). Im Vergleich zum April 2013 ist das Gesamtvermögen der hundert reichsten Unternehmer in der Ukraine im Mai 2014 um 13,5 Milliarden US-Dollar, also etwa 25 Prozent zurückgegangen (Melnykovska 2014). Am meisten war Renat Achmetow vom Konflikt im Osten der Ukraine betroffen, da seine Produktionsaktivitäten hauptsächlich in der Donbass-Region konzentriert waren. Sein Vermögen ist von 12,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014 auf 2,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2016 geschrumpft (Halling/Stewart 2016: 2). Seine Energieholding DTEK berichtete über Verluste von

7,6 Milliarden US-Dollar in der ersten Hälfte von 2014 (Melnykovska 2014). Auch seine Metall-Holding Metinvest meldete einen Umsatzrückgang von 46 Prozent im Vergleich zum Jahr 2013 (ebd).

Nichtsdestotrotz ist Achmetow einer der einflussreichsten Oligarchen im Land geblieben, dem auch die Zusammenarbeit mit Poroschenko vorgeworfen wird (Gorchinskaya 2020). Dies zeigt sich vor allem im Jahr 2016 in der Einführung des sogenannten „Rotterdam+“ Schemas – der neuen Methode zur Festlegung des Preises für die Kohleverstromung –, das für den Ausgleich des kriegsbedingten Verlusts des Zugangs zu Kohlebergwerken in der Region Donezk sowie zur Unterstützung des Betriebs von Wärmekraftwerken, eingeführt wurde (ebd.). Diese hatte große Vorteile vor allem für Achmetow, dessen Unternehmen DTEK für 86 Prozent der gesamten Kohlegewinnung und 80 Prozent der Wärmeenergie verantwortlich war (Andrusiv et al. 16).

„Dieser basiert nun auf dem Kurs des Rotterdam Coal Futures Index, wobei jedoch für den in den heimischen Gruben geförderten Energieträger noch fiktive Lieferkosten von Rotterdam in die Ukraine addiert werden.“ (Halling/ Stewart 2016: 4).

Auch Ihor Kononenko, als einer der engsten Verbündeten von Präsident Petro Poroschenko hatte während seiner Präsidentschaft einen großen politischen Einfluss und war als Vermittler zwischen den Vertretern des großen Kapitals und der Regierung in den Korruptionsschemen im Energiebereich bekannt, weshalb er auch „graue Eminenz“ und „*Kurator energetyky*“ („Dirigent der Energiepolitik“) genannt wurde (Gorchinskaya 2020). Im März 2019 veröffentlichten die Journalisten des Programms „Schemen“ eine Untersuchung nach dem Erhalt der Gesprächsaufzeichnungen zwischen Kononenko und dem Eigentümer des Unternehmens Energomerezha Holding Company Dmytro Kryuchkow über die Ermittlung der Beteiligung von Kononenko an Korruptionsschemen hinsichtlich der Unterschlagung hunderter Millionen Hrywnya vom Zaporizhzhyaoblenerho im Jahr 2016 (Radiosvoboda 2019). Gegen die Hauptfigur des Korruptionsskandals Kryuchkow wurde eine Untersuchung wegen Verdachts der Unterschlagung von Geldern der Zaporizhzhyaoblenerho, von der mehr als 60 Prozent der Anteile im Staatsbesitz sind, gestartet. Während der Gerichtsverhandlung im Prozess gegen Kryuchkow und in zahlreichen Medieninterviews erwähnte Kryuchkow die Beteiligung

von Kononenko und Poroschenko in Energieaffären, indem sie laut seinen Angaben 50 bis 75 Prozent des Gewinns bekamen (ebd.).

#### **4.5. Aktuelle Entwicklungen unter Selenskyj**

Der sechste ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der am 20. Mai 2019 seine Präsidentschaft begann, positionierte sich während des Wahlkampfs als „neues Gesicht“ der ukrainischen Politik, der keine Verbindungen zu anderen Politikern und Oligarchen hatte, an keinen politischen Skandalen im Gegensatz zu seinen Hauptkonkurrenten involviert war, und deswegen neue unpopulistische Reformen einführen kann (Kravets/ Romaniuk 2020).

Trotz der Positionierung als „neues Gesicht“ ukrainischer Politik wurde Selenskyj die Verbindung zu einem der einflussreichsten ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskij vorgeworfen (Kravets/ Romaniuk 2020). Das Medienimperium von Kolomojskij unterstützte aktiv Selenskyj während seines Wahlkampfes. Auch die Tatsache, dass Kolomojskij nach dem Sieg von Selenskyj aus dem Exil in die Ukraine zurückkehrte und eine Reihe von Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der PrivatBank, die er bis 2016 besaß, gewann, bestätigte eine mögliche Zusammenarbeit (ebd.).

„Zelensky is a puppet of Ihor Kolomoisky. Kolomoisky, who owned the largest bank in country, PrivatBank, has been accused of looting the bank to the tune of \$6 billion before losing it in 2016. Now he's doing everything he can in multiple courts in multiple countries to get the bank, or at least some of the cash, back.“ (Haring 2020)

Später veränderten sich aber die Verhältnisse zwischen Selenskyj und den Oligarchen. Am 13. Mai 2020 stimmte das Parlament für das sogenannte "Anti-Kolomojskij" Gesetz, wonach Kolomojskij nicht in der Lage sein wird, das Eigentum an der verstaatlichten Privatbank wiederzugewinnen (Kravets/ Romaniuk 2020). In dieser Entscheidung sehen einige ExpertInnen die Verringerung des Einflusses von Kolomojskij auf den Präsidenten und seine politischen Anhänger, während die anderen das als eine erzwungene Entscheidung von der Seite des Präsidenten sehen, weil er während der schwierigen wirtschaftlichen Situation im Land infolge der COVID-Krise die Unterstützung des IWF braucht, dessen Hauptforderung der Beschluss des Gesetzes war (ebd.).

Trotz des Beschlusses des "Anti-Kolomojskij" Gesetzes bleibt dem Oligarchen eine große Gruppe von Abgeordneten, die oft in den Medien als „Kolomojsky-Gruppe“ genannt werden, im Parlament treu. Unter ihnen sind Oleksandr Dubinskij und Oleksandr Tkachenko, die beide Moderatoren der politischen Programme auf dem 1+1 Kanal von Kolomojskij waren und Ihor Palitsa, der ehemalige Leiter des Unternehmens Ukrnafta, das von Kolomojskij kontrolliert wird (Solonyna 2020). Auch die 15 Mitglieder der Partei Sluga Narodu (Diener des Volkes) sowie die Vertreter anderer politischer Kräfte, die gegen das Gesetz gestimmt haben oder sich bei der Abstimmung enthalten haben, werden als Teil der Kolomoisky-Gruppe bezeichnet (ebd.).

Darüber hinaus sehen auch viele ExpertInnen einen Einfluss von Achmetow auf den Präsidenten Selenskyj sowie auf die Entscheidungen der Regierung (Interview 1/ Interview 2/ Interview 3). Auch die Entlassung der Regierung von Oleksiy Hontscharuk - des jüngsten Premierministers der Ukraine - am 4. März 2020 nach nur sechs Monaten und die Ernennung des neuen Premierministers Schmygal führte zu zahlreichen Vorwürfen gegen Präsident Selenskyj und weist auf die Umverteilung der Interessen zugunsten Achmetows hin (Interview 3). So hat beispielsweise der neue Premierminister Denys Schmygal eine Verbindung zu Achmetow, da er der Leiter des Byrschtsynska Wärmekraftwerks, das dem Unternehmen DTEK von Achmetow gehört, war (Barkar 2020). Auch der ehemaligen Ministerin für Energie Olga Buslavets wurde selektive Politik zugunsten der Energieholding DTEK vorgeworfen (Lashtchenko 2020).

#### **4.6. Zwischenfazit**

Seit dem Zerfall der Sowjetunion konnte sich im Laufe der kapitalistischen Transformation die oligarchische Herrschaft im ukrainischen Staat fest etablieren. Kutschma, der die politische Macht in sich vereinte, konnte ein starkes Patronage-System aufbauen, indem er den ihm nahestehenden Oligarchen den Zugang zu Bereicherungskanäle öffnete und im Gegenzug dafür eigene Vorteile, wie die Kontrolle der Medien, für den Ausbau seiner politischen Macht bekam. Durch die Kontrolle über die Medien konnten die Oligarchen einen Einfluss auf die Bevölkerung nehmen, was man als eine begrenzte Hegemoniefähigkeit (nach Becker 2015) bezeichnen kann.

Mit dem direkten Einfluss auf den Staatsapparat im klientelistischen System von Kutschma wurde den Oligarchen die Durchsetzung ihrer Interessen ermöglicht. Unter Kutschma bildeten sich die sogenannten oligarchische Clans mit den Zentren in Donezk, Dnipropetrowsk und Kiew, deren Interessen insbesondere im Energiebereich lagen. Diese konnten die Kontrolle über den Energiebereich vor allem durch die Mechanismen der Privatisierungen, der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, der Regulierung ausländischer Direktinvestitionen sowie der gesetzlichen Regulierungen im Beschaffungswesen und Ausschreibungsverfahren zugunsten der Oligarchen etablieren.

Mit der Unterstützung des Westens sowie der unterschiedlichen Kapitalgruppen im Rahmen der Orangen Revolution gewann der pro-westlich orientierte Juschtschenko die Präsidentschaftswahl, was in weiterer Folge den Weg für westliches Kapital eröffnete. Mit dem Eingang des ausländischen Kapitals konnten sich die oligarchischen Kapitalgruppen als innere Bourgeoisie etablieren, weil sie mit dem ausländischen Kapital verwoben wurden. Die durch die EU geförderte Liberalisierung und Deoligarchisierung, die für die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der EU und für ausländische Kapitalgruppen so wichtig war, konnte aber unter „den Orangen“ aufgrund des oligarchischen Widerstands nicht erreicht werden. Die Interessenskonflikte innerhalb des Orangen Lagers führten zu einer politischen Krise im Land, welche gepaart mit einer tiefen Wirtschaftskrise, zur Etablierung des vertikalen oligarchischen Systems von Janukowitsch und einem Anstieg des Donezk Kapitals führte. Janukowitsch und seine Vertreter schafften einen Staatsapparat zu bilden, der ihnen erlaubte, die politisch-ökonomischen Interessen „der Familie“ und der Donezk Kapitalgruppen zu erweitern und ihre Positionen in unterschiedlichen Bereichen, insbesondere im Energiebereich zu stärken. Dies zeigt sich vor allem durch die Schaffung eines Monopols im Stromsektor durch Achmetow, das er bis jetzt aufrecht erhalten konnte.

Durch den politischen Machtwechsel nach den Ereignissen des Euromaidans, wurde aber trotz des Versprechens der Politiker die erhoffte Deoligarchisierung des Staates nicht durchgeführt. Trotz einiger Schritte in die Richtung der Deoligarchisierung und mehr Transparenz des politischen Systems unter dem Druck der EU und des IWF, konnte die Reform des politisch-ökonomischen Systems des Landes im erwarteten Ausmaß nicht durchgesetzt werden. Während der bereits fast zwei Jahre

andauernden Präsidentschaft von Selenskyj, auf den als „neues Gesicht“ der ukrainischen Politik große Hoffnungen seitens der Bevölkerung gesetzt wurden, zeigt sich bis jetzt keine Tendenz zur Deoligarchisierung.

## **5. Der Weg zur Energiewende im Lichte der oligarchischen Staatlichkeit**

In diesem Kapitel analysiere ich vor dem Hintergrund der oligarchischen Staatlichkeit die Energie- und Klimapolitik der Ukraine im Rahmen der Energiewende. Ich gebe einen Überblick über die internationalen Verpflichtungen der Ukraine zur Emissionsreduktion und beschreibe welche Rolle die EU bei der Energiepolitik der Ukraine spielt und wie die "sectoral acquis" der EU mit den oligarchischen Interessen zusammenspielen.

Darüber hinaus analysiere ich die Herausforderung bei der Umsetzung der internationalen Verpflichtungen im Rahmen der Energiewende im Hinblick auf die oligarchische Staatlichkeit, indem ich die Kräfteverhältnisse im ukrainischen Energiebereich erläutere und zeige, wie die Oligarchen diese dominieren, durch welche Institutionen und Mechanismen sie diese prägen und wie sie damit die Energiewende im Land beeinflussen. Schließlich diskutiere ich mögliche Maßnahmen und Hindernisse am Weg zur Energiewende.

### **5.1. Die Ukraine im Rahmen der internationalen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion**

Als ein neu entstandener Staat, war es für die Ukraine wichtig, ein Teil der internationalen Gemeinschaft zu werden, und sich auf der internationalen Ebene zu etablieren (Myhajlenko 2020). Im Rahmen des globalen Diskurses im Bereich des anthropogenen Einflusses auf das Klimasystem und der damit verbundenen globalen Erwärmung, die insbesondere durch die Steigerung der Treibhausgasemissionen verursacht wurde, schloss sich die Ukraine als ein energieintensives Land den internationalen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion an.

Die Ukraine ist eine der energieintensivsten Volkswirtschaften Europas. Stand 2016 war die Kraftstoffverbrennung für 67 Prozent aller Treibhausemissionen in der Ukraine verantwortlich (Heinrich Böll Stiftung 2019). Der Anteil von Kohle in der Energiebilanz der Ukraine ist sehr hoch: circa 40 Prozent des Stroms im Land wird Stand 2019 durch Kohlekraftwerke erzeugt, während in der EU diese Zahl viel niedriger ist und nur bei 15 Prozent liegt (Zorkin 2020). Um die globalen Ziele des Pariser Klimaabkommens und die Klimaneutralität erreichen zu können, ist es für die Ukraine deshalb wichtig,

richtige Schritte und Reformen zur Reduktion der Emissionen im Energiebereich zu setzen, wie beispielsweise die Reduktion des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energiequellen sowie die Gewährleistung der Energieeffizienz.

### **5.1.1. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

Als Wendepunkt im Bereich der Klimapolitik gilt das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, das 1992 in Rio de Janeiro, Brasilien unterzeichnet wurde und zwei Jahre später in Kraft trat (UNFCCC 2002). Das Ziel dieses Abkommens ist die Stabilisierung von Treibhauskonzentrationen auf dem Niveau, das den gefährlichen anthropogenen Einfluss auf das Klima verhindern kann (UNFCCC 1992: 5).

„Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann“ (UNFCCC 1992: 5)

Die Ukraine unterzeichnete das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Juni 1992, das Parlament ratifizierte es im Oktober 1996 (UNFCCC 1998: 3). Als Basisjahr für die Abschätzung der anthropogenen Emissionen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen, die nicht durch das Montrealer Protokoll geregelt sind, hat die Ukraine 1990 angenommen (ebd.)

Die Ukraine hatte in den internationalen Verhandlungen in Bezug auf das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sowohl vor als auch nach der Ratifizierung Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit dem UNFCCC-Sekretariat (Sabonis-Helf 2002: 8). Laut dem Bericht war die Ukraine das einzige Land der Annex I Länder, in dem die erste nationale Mitteilung vor der dritten Konferenz der Vertragsparteien (COP - Conference of the Parties) nicht eingereicht wurde. Ihre erste nationale Mitteilung legte die Ukraine erst 1998 vor. Auch bei der zweiten nationalen Mitteilung hat die Ukraine die Frist vom 15. April 2001 überschritten (ebd.).

### 5.1.2. Kyoto-Protokoll

Da das vorher ausgearbeitete Klimaprogramm nicht verbindlich und quantifiziert war, wurde 1997 auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kyoto das Kyoto-Protokoll angenommen, das 2005 in Kraft trat (UFCCC o.D.). Das Kyoto-Protokoll verpflichtet Industriestaaten und Transformationsländer zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, weil genau diese Länder für hohe Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre verantwortlich sind (ebd.).

Am 12. April 2004 ratifizierte die Ukraine als Transformationsland (Annex-1) das Kyoto-Protokoll (Stavchuk 2008: 237). In der ersten Phase von 2008 bis 2012 verpflichtete sich die Ukraine, nicht mehr Emissionen als im Jahr 1990 auszustößen (ebd.). Da die Emissionen seit 1990 durch den Zusammenbruch der Wirtschaft zurückgingen und 2006 die Zahl der Emissionen auf 48 Prozent der Menge von 1990 lag, kann dieses Ziel als nicht sehr ambitioniert gesehen werden. Hier ist auch wichtig zu beachten, dass die Ukraine Stand 2007 zu den 20 Ländern mit den höchsten Emissionen sowie zu einem der Länder mit der ineffizientesten Energienutzung gehörte und 70 Prozent aller Emissionen aus dem Energiesektor stammen (ebd.: 238). Die Ukraine hat formal das Ziel der Reduktion von Treibhausemissionen des Kyoto-Protokolls erfüllt. Im Jahr 2011 sind die CO<sub>2</sub> Emissionen in der Ukraine um 58 Prozent gegenüber 1990 gesunken (Ukrenergo 2013: 41f). Die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls wurde 2012 in Doha angenommen. Gemäß der Doha-Änderung verpflichtet sich die Ukraine in der zweiten Verpflichtungsperiode von 2013 bis 2020 76% der Treibhausgasemissionen von 1990 nicht zu überschreiten (Ukrenergo 2017: 70).

Im Jahr 2016 hat der Ausschuss für die Einhaltung des Kyoto-Protokolls des Sekretariats der UN-Klimarahmenkonvention beschlossen, dass die Ukraine ihre Berichtsverpflichtungen vom Kyoto-Protokoll nicht erfüllt (hromadske 2017). Wie später der damalige Minister für Ökologie und natürliche Ressourcen Ostap Semerak erklärte, war der Grund dafür die Schließung des Nationalen Elektronischen Registers für anthropogene Emissionen und Absorption von Treibhausgasen in der Ukraine im August 2015. Die Schuld dafür gibt er der vorherigen Regierung. Im September 2017 teilte Ostap Semerak mit, dass die Ukraine dank der zahlreichen Verhandlungen seitens des Ministeriums für Ökologie ihre zuverlässige Position bei der Erfüllung des

Kyoto-Protokolls nachweisen konnte. Infolgedessen traf der Ausschuss für die Einhaltung des Kyoto-Protokolls auf einer Sitzung in Bonn die Entscheidung, dass die Ukraine aus dem Verstoßverfahren im Rahmen des Kyoto-Protokolls aussteigen konnte und darüber hinaus die Berichtsverpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls vollständig erfüllt (ebd.).

Ein großer Kritikpunkt am Kyoto Protokoll ist die Tatsache, dass ausschließlich Industrieländer und nur manche Transformationsländer zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen verpflichtet wurden, während der größte Anstieg bei Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren aus den Entwicklungsländern stammt (oesterreich.gv.at o.D.). Außerdem haben die USA als Land mit dem zweitgrößten Anteil an den Treibhausgasemissionen weltweit das Kyoto Protokoll (Suhr 2017) nie ratifiziert. Auch Kanada erklärte 2011 seinen Ausstieg aus dem Kyoto Protokoll. Russland, Japan und Neuseeland weigerten sich auch, an der zweiten Verpflichtungsperiode teilzunehmen (Angres 2020). Das bedeutet, dass die Länder, die als Teilnehmer des Kyoto-Protokolls geblieben sind, nur für 15 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich waren (ebd.)

Da das Kyoto-Protokoll nicht so effektiv war, wie erwartet, und nur einzelne Länder inkludierte, wurde am 12. Dezember 2015 auf der internationalen Klimakonferenz (COP21) nach jahrelangen Verhandlungen das Pariser Klimaabkommen angenommen, das im November 2016 in Kraft trat. (UNFCCC o.D.). Das Ziel des Pariser Klimaabkommens ist die Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, idealerweise unter 1,5 Grad zu begrenzen. Im Vergleich zum Kyoto-Protokoll umfasst das Pariser Klimaabkommen alle Staaten der Welt. Nach der Ratifizierung sind die Länder dazu verpflichtet, nationale Klimaschutzziele sowie die Pläne für Klimaschutzmaßnahmen (nationale Beiträge) zu definieren und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu ergreifen. Außerdem sind diese Länder dazu verpflichtet, ihre Ziele alle fünf Jahren zu erneuern und kontinuierlich zu steigern (ebd.)

### **5.1.3. Pariser Klimaabkommen**

Das Pariser Klimaabkommen ist ein rechtsverbindlicher internationaler Vertrag, der am 12. Dezember 2015 auf der Pariser Klimakonferenz geschlossen wurde, am 4. November 2016 in Kraft getreten ist und darauf abzielt, dem globalen Klimawandel

entgegenzuwirken (UNFCCC 2020). Das Ziel des Übereinkommens ist es, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius, vorzugsweise auf 1,5 Grad Celsius, gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erfüllen ist es notwendig, so schnell wie möglich den globalen Höchststand der Treibhausemissionen zu erreichen, um bis Mitte des 21. Jahrhunderts die Klimaneutralität zu erlangen (ebd.).

Die Ukraine hat das Abkommen am 22. April 2016 gemeinsam mit 175 anderen Ländern unterschrieben und am 14. Juli 2016 ratifiziert (Government Portal of Ukraine 2016). Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens hat sich die Ukraine zum Ziel gesetzt, bis 2030 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Jahres 1990 nicht zu überschreiten (Interview 3). Die ExpertInnen für Klima- und Energiepolitik beschreiben dieses Ziel eher als ein Anti-Ziel, weil es in Wirklichkeit eine mögliche Steigerung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes vorsieht (Interview 1/ Interview 3). Der Grund dafür ist die Setzung des Emissionsziele gegenüber den Werten vom Jahr 1990, da der CO<sub>2</sub> Ausstoß in der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion durch den wirtschaftlichen und industriellen Niedergang zurückgegangen ist (Interview 1/ Interview 3). Da die Ukraine Stand 2016, also bei der Ratifizierung des Abkommens, ungefähr 30 Prozent des CO<sub>2</sub> Ausstoßes gegenüber den Werten des Jahres 1990 ausmachte (Gozak 2016), bedeutet das, dass das Land die Emissionen gegenüber den aktuellen Werten im Rahmen der Ziele des Pariser Klimaabkommens bis 2030 fast verdoppeln kann (Interview 3).

Die Ukraine arbeitet gerade an der Entwicklung des zweiten nationalen Beitrags zum Pariser Klimaabkommen und „es besteht die Hoffnung, dass dieses Ziel viel ambitionierter sein wird“ (Interview 3). Am 12. Dezember 2020 präsentierte Präsident Selenskyj auf dem Climate Ambition Summit, der 2020 im Online-Format stattgefunden hat, die ersten möglichen Zahlen des zweiten nationalen Beitrags zur Reduzierung von Treibhausemissionen in der Ukraine, die aber noch weiter ausgearbeitet werden (Ministry of Ecology and Natural Resources of Ukraine 2020). Er teilte mit, dass das nächste Ziel im Rahmen des Pariser Klimaabkommens die Reduktion von Treibhausemissionen bis 2030 um 58 bis 64 Prozent (im ersten nationalen Beitrag wurde die Reduktion um 40 Prozent beschlossen) gegenüber 1990 vorsieht (ebd.).

Ein großes Problem ist dabei nicht nur das gesetzte Ziel des Klimaabkommens selbst, sondern die unverantwortliche Umsetzung der Maßnahmen, die im Rahmen dieser Ziele vorgesehen sind. Die fehlenden Ambitionen im Bereich der Klimapolitik in der Ukraine können durch viele Faktoren erklärt werden. Diese sind beispielsweise die Erwartung der Regierung des noch kommenden Wirtschaftswachstums im Land, die fehlenden Finanzmittel, die Hoffnung auf die Unterstützung seitens Europas aber auch das Lobbying fossiler Interessen durch oligarchische Gruppen (Interview 1)

Für die Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens wurde am 7. Dezember 2016 das Konzept der Umsetzung der staatlichen Politik im Bereich des Klimawandels für den Zeitraum bis 2030 angenommen (Government Portal of Ukraine 2016). Dieses war das erste Dokument, das eine systematische Klimastrategie sowie die möglichen Maßnahmen der nationalen Behörden zur Reduktion der Treibhausmissionen vorlegte. Die Hauptrichtungen dieses Konzeptes sind die Stärkung der institutionellen Fähigkeit für die Umsetzung der staatlichen Politik im Bereich der Klimapolitik, die Verhinderung des Klimawandels durch die Reduzierung anthropogener Emissionen und die Gewährleistung einer schrittweisen kohlestoffarmen Entwicklung des Landes (ebd.). Um das Konzept umsetzen zu können, genehmigte das Ministerkabinett der Ukraine am 6. Dezember 2017 einen Aktionsplan, der Maßnahmen, wie die Genehmigung des Verfahrens zur Überwachung, Meldung und Überprüfung von Treibhausgasemissionen, die Genehmigung eines umfassenden Nationalen Plans für Energie und Klimawandel für den Zeitraum zwischen 2021 und 2030, die Genehmigung der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel der Ukraine für den Zeitraum bis 2030 etc. vorsieht (Eremenko et al. 2019: 11).

## **5.2. Die Rolle der EU in der Energiepolitik der Ukraine**

Die Ukraine ist ein wichtiger strategischer, politischer und wirtschaftlicher Partner für die EU im Osten. Das erklärt sich vor allem durch die geografische Lage der Ukraine – sie ist ein direkter Nachbar der EU und Russlands und bildet eine Pufferzone zwischen der EU und Russland – und durch die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Rolle in Europa. Deswegen ist es für die EU wichtig, die Ukraine als einen Partner mit einer sicheren politischen Lage sowie einem stabilen und

liberalen Markt zu haben. Außerdem ist es für die EU wesentlich, die Europäisierung der bedeutenden Nicht-EU Partner durchzuführen, indem die „acquis communautaire“ in die Länder übertragen werden müssen: „It can be said that the formation of a European legal space is not possible without the successful Europeanization of third countries. One of the means of successful Europeanization of third countries is the gradual granting of access to the EU internal market and, as a consequence, the adaptation of the EU’s ‘sectoral acquis’” (Petrov 2020: 51). Die Interessen der EU gegenüber der Ukraine liegen vor allem in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Banken (Plank 2016a: 77). Mit der Förderung der Übernahme der “sectoral acquis” und der Liberalisierung des ukrainischen Marktes, versucht die EU ihre Interessen in diesen Bereichen durchzusetzen. Es geht hier also für die EU um „die Eroberung neuer Märkte und den Zugriff auf Ressourcen“ (Plank 2016a: 77).

Der Prozess der Europäisierung der Ukraine durch die EU begann bereits Mitte der 1990-er Jahre mit der Unterzeichnung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens im Jahr 1994 und wurde mit der Verabschiedung des Aktionsplans EU-Ukraine im Jahr 2005, der bis 2009 in Kraft war, vertieft (Petrov 2020: 43). Mit dem Ziel die „sectoral acquis“ in die Rechtssysteme der Drittstaatsländer zu übertragen und damit einen gemeinsamen Rechtsrahmen zwischen der EU und den Drittstaaten sowie einen Paneuropäischen Energiemarkt zu schaffen wurde am 25. Oktober 2005 der Vertrag zur Gründung einer Energiegemeinschaft in Athen unterzeichnet, der am 1. Juli 2006 in Kraft trat (ebd.: 51). Mit der Unterzeichnung des Vertrages wurden die Drittstaatsländer dazu verpflichtet, die „sectoral acquis“ anzunehmen und den Energiemarkt nach den Richtlinien der EU zu reformieren. Erst nach der erfolgreichen Übernahme der „acquis“ durch den Partnerstaat, kann die tiefe Integration des Energiesektors des Staates in den EU-Markt ermöglicht werden (ebd.).

Die Ukraine verabschiedete das Gesetz „Über die Ratifizierung des Beitragsprotokolls zum Vertrag der Energiegemeinschaft“ am 15. Dezember 2010, womit das Land am 1. Februar 2011 zum Vollmitglied der Energiegemeinschaft wurde (NKREKP o.D.). Damit sollte die Ukraine einige EU-Richtlinien im Bereich der Energieeffizienz in nationales Recht umsetzen, nämlich die Richtlinie 2006/32/EU über die Energieendnutzungseffizienz und Energiedienstleistungen; die Richtlinie 2012/27/EU über die Energieeffizienz; die Richtlinie 2010/31/EU über die Energieeffizienz von

Gebäuden und die Richtlinie 2010/30/EU über die Kennzeichnung von Energieerzeugnissen (Ukrenergo 2017: 78). Die Ukraine wurde dazu verpflichtet, die Bestimmungen der Richtlinien in nationales Recht umzusetzen und die Ziele zur Energieeffizienz festzulegen, während die Ziele der Strategie des Landes alle drei Jahre aktualisiert werden müssen (ebd.).

Der wichtigste Schritt in der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine war die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens, der vor allem die Regelungen für ein Freihandelsabkommen enthält, wurde am 27. Juni 2014 vom Präsidenten Petro Poroschenko unterzeichnet (Ministry of Foreign Affairs of Ukraine 2019). Die Freihandelszone (DCFTA), deren Ziel der Zugang für die Ukraine zum EU-Binnenmarkt und der gegenseitige Freihandel ist, wird seit 2016 umgesetzt (ebd.). Trotz der tiefen Zusammenarbeit, die im Assoziierungsabkommen vorgesehen ist basiert der DCFTA-Teil auf einem expliziten Marktzugang, laut der die Ukraine erst nach einer erfolgreichen Implementierung der EU-Richtlinien nach einem strengen Überwachungsverfahren seitens der EU einen zusätzlichen Zugriff zu einem Teil des EU-Binnenmarktes bekommen kann (Van der Loo et al. 2014:12 zit. nach Petrov 2020: 48).

Darüber hinaus fehlen im Assoziierungsabkommen, trotz den erhaltenen Prinzipien einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Kooperation, jegliche Hinweise auf die künftigen Mitgliedschaftsperspektiven. Jegliche künftigen Perspektive der Ukraine in der EU sind im Assoziierungsabkommen auf die Begriffe „europäische Wahl“ und „europäische Bestrebungen“ begrenzt, die aber keinerlei politische und rechtliche Verpflichtungen im Bereich der EU-Erweiterung bedeuten (Petrov 2020: 46). Nichtsdestotrotz musste die Ukraine rechtliche Verpflichtungen zur Umsetzung der EU „acquis“ im fast gleichen Umfang, der für die EU-Beitrittskandidaten vorgesehen ist, annehmen (ebd.).

Bei der Liberalisierung des Handels und der Umsetzung der Regulierungen der EU, die von der EU so stark gefordert werden, sind aber auch mögliche soziale Konsequenzen zu beachten. Diese Prozesse könnten laut ExpertInnen zu negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für die einzelnen Regionen der Ukraine, und damit für die Bevölkerung dieser Regionen führen (Jarabik et al. 2018: 4). Hier geht es vor allem

um den Südosten der Ukraine, der auf die Schwerindustrie fokussiert und wirtschaftlich stark mit Russland verbunden ist. Das mögliche Wachstum der Landwirtschaftssektoren und der IT-Bereiche, in denen die EU ihr Hauptinteresse hat, könnte dazu führen, dass der Bereich der Schwerindustrie schwere Verluste erleidet, was zur Vertiefung des Konfliktes um die regionalen Differenzen führen könnte (ebd.). Außerdem könnten die Liberalisierungsprozesse gleichzeitig zu Preissteigerung in diesen Sektoren für die Bevölkerung führen, was weitere Konflikte mit sich ziehen könnte. Diese negativen Auswirkungen könnten also einen Widerstand gegen die Wirtschaftsreformen seitens der Bevölkerung auslösen (ebd.)

Unter anderen Zielen des Assoziierungsabkommens, ist es für meine Analyse vor allem wichtig, mich auf die sektorale Kooperation zwischen der EU und der Ukraine zu fokussieren, nämlich auf die Kooperation im Energiesektor. Im Rahmen der Vertiefung der Zusammenarbeit im Energiesektor wurde 2016 eine bilaterale Absichtserklärung über eine strategische Energiepartnerschaft abgeschlossen, in der das Ziel der vollständigen Integration der Energiemärkte der EU und der Ukraine zum Nutzen der Verbraucher und im Hinblick auf die Stärkung der gegenseitigen Energiesicherheit sowie der Erreichung der Umweltverträglichkeit bestätigt wurde (Europäische Kommission 2016).

Im Rahmen der Implementierung des Assoziierungsabkommen mit der EU wurde 2017 eine Energiestrategie „Sicherheit, Energieeffizienz, Wettbewerbsfähigkeit“ für den Zeitraum bis 2035 von der Regierung genehmigt (Eremenko et al. 2019: 12). Die Strategie basiert auf einem dreistufigen Verfahren, jede Etappe dessen eigene Ziele und Aufgaben beinhaltet. Gemäß der ersten Etappe der Strategie, die sich auf die Entwicklung des Energiesektors bis 2020 fokussiert, soll der Energiesektor der Ukraine reformiert werden und der Anteil der erneuerbaren Energiequellen im Endverbrauch im Land, bis 2020 11 Prozent erreichen (Verhovna Rada of Ukraine 2017: 12-15). Stand Oktober 2020 liegt der Anteil der erneuerbaren Energie im Endverbrauch bei 7,3 Prozent, was bedeutet, dass das Ziel dieser Strategie bis 2020 nicht erreicht wurde (Interview 5).

Die zweite Etappe der Strategie (bis 2025) zielt darauf ab, die Optimierung und die Innovation der Energieinfrastruktur zu fördern, indem Prozesse, wie die Integration des ukrainischen Stromnetzes in den Verband Europäischer

Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E), die Integration in das europäische Gastransportsystem, die intensive Förderung von Investitionen in den Bereich erneuerbaren Energien etc. durchgeführt werden müssen (Eremenko et al. 2019: 12f). Und schließlich in der dritten Etappe (bis 2035) soll eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet sein, indem solche Aufgaben wie eine innovative Entwicklung des Energiesektors, die Erhöhung des Anteils erneuerbaren Energiequellen bei der gesamten Primärenergieversorgung auf 25 Prozent, die Erreichung transparenter und wettbewerbsfähiger Betriebsbedingungen des Kohlesektors etc. erreicht werden sollen. Ein großer Kritikpunkt der Strategie ist der Fokus auf die wirtschaftlichen Interessen über die Klimainteressen. Die vorgesehenen Ziele der Strategie sind für die Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommen nicht ausreichend und sind auch viel zu stark auf fossile Brennstoffe orientiert, was den Prozess der Energiewende erschwert und verlangsamt (ebd.).

Im Dezember 2020 teilte die Ukraine das Vorhaben mit, an der EU Green Deal Politik teilzunehmen. Bereits im Januar 2020 veröffentlichte das Ministerium für Energie und Umweltschutz das Konzept der Grünen Energiewende bis 2050 im Rahmen des EU Green Deals (Nitsovych et al. 2020). Das war das erste strategische Konzept in der Ukraine, das die langfristigen Ziele und Perspektiven der Transformation des Energiebereichs im Rahmen der Bekämpfung des Klimawandels vorstellt. Das Konzept zielt darauf ab, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, die Energieeffizienz zu steigern und die Entwicklung erneuerbarer Energien zu fördern (ebd.). Diese Strategie beinhaltet das Projekt der Energiewende in der Ukraine mit dem Ziel, bis 2050 auf 70 Prozent fossilfreie Energie und bis 2070 zur vollständigen Energiewende zu kommen. Einige ExpertInnen sehen aber die Möglichkeit die Klimaneutralität bereits bis 2050 zu schaffen und würden dies als ein ambitioniertes Ziel sehen (Interview 1). So zeigen die veröffentlichten Zahlen einer 2017 vom Institut für Volkswirtschaft und Prognose durchgeführten Studie, dass es für die Ukraine möglich ist, sowohl technisch als auch finanziell, den Übergang zur Klimaneutralität auf 91 Prozent fossilfreie Energie bis 2050 zu erreichen (Diachuk et al. 2017). Ein großes Problem bei solchen langfristigen Strategien in der Ukraine liegt darin, dass sie von keinen genauen Verfahrensprozessen sowie keinen konkreten finanziellen Berechnungen begleitet sind und dass ihre Bestimmungen nicht „legally enforceable“

sind, was bedeutet, dass die Nichtbefolgung der Strategiebestimmungen keine rechtlichen Konsequenzen mit sich ziehen (Interview 3, Interview 4).

### **5.3. Die Rolle von Oligarchen in der Energiepolitik der Ukraine**

Die Energiewende ist in der Ukraine durch verschiedene Faktoren eingeschränkt, wie beispielsweise die falsche staatliche Regulierung (Interview 2), der Mangel an langfristigen Strategien (Interview 3) und der politische Populismus, der zu einem Zurückhalten des Preiswachstums für Haushalte führt. (Interview 2). Außerdem ist das schlechte Investitionsklima für internationale Investoren aufgrund der instabilen politischen und wirtschaftlichen Lage sowie auch die Präsenz von staatlichen und privaten Interessen, die ihre Anliegen in unterschiedlichen Energiebereichen lobbyieren, ein Hindernis am Weg zur Energiewende (Interview 1). Dies führt in weiterer Folge dazu, dass die Ukraine ihre internationalen Verpflichtungen in der Energiewende nicht im vollen Umfang umsetzen kann.

Um die Rolle von Oligarchen auf dem Weg zur Energiewende besser verstehen zu können, ist es wichtig die Interessen von Oligarchen in unterschiedlichen Energiesektoren zu definieren und ihren Einfluss auf die Gestaltung der Energiepolitik zu analysieren.

Die Ukraine ist schon seit den sowjetischen Zeiten im zentralisierten System der fossilen Energie - Atom-, Wasser-, Wärmekraftwerke gefangen (Interview 1). Die in den 90-er Jahren gestartete Welle der Privatisierungen löste den oligarchischen Einfluss auf den Energiebereich aus, der bis heute noch stark vorhanden ist (ebd.) Der Energiesektor der Ukraine wird daher vom Staat durch die informelle Kontrolle der großen Energieunternehmen und durch die oligarchischen Kapitalgruppen kontrolliert (Andrusiv et al. 2018: 17). Um die ökonomischen Interessen durchsetzen zu können und die Kontrolle über die Energiesektoren zu behalten, nutzen die Oligarchen unterschiedliche Einflusskanäle. Diese können durch informelle Netzwerke mit der politischen Elite im Staatsapparat, basierend auf für beide Seiten vorteilhaften Bedingungen, durchgesetzt werden (Halling/ Stewart 2016: 2). Die anderen Einflusskanäle von Oligarchen sind das Übernehmen politischer Ämter sowie die Kontrolle der Medien (ebd.)

### 5.3.1. Interessenbereiche der Oligarchen im Energiesektor

„Ukraine is not energy-rich, but it had just enough raw materials (iron ore, coal, minerals, uranium), heavy industry (steel, chemicals), and foreign resources (thanks to its role as an energy transit corridor) to enrich a handful of individuals, who then sought to make themselves as rich as their Russian equivalents by corrupting the polity, offloading their costs onto the state, and fleecing the budget.” (Wilson 2016: 5).

#### 5.3.1.1. Stromsektor

##### *DTEK*

Der einflussreichste Akteur am Energiemarkt bleibt nach wie vor Renat Achmetow. Seine Energie Holding DTEK behält seit Jahren eine wesentliche Monopolstellung im Stromsektor und ist für die Erzeugung fast eines Viertels des gesamten Stroms im Land verantwortlich. Dies erreicht sie dadurch, dass sie 86 Prozent der gesamten Kohlegewinnung, 80 Prozent der Wärmeenergieerzeugung, sowie 25 Prozent der grünen Energieerzeugung kontrolliert (Andrusiv et al. 2018: 22). Außerdem kontrolliert DTEK einige lokale Stromverteilungsunternehmen, die sogenannten „Oblenergos“, nämlich Kieweroblenergo, Kiewenergo, Odessaoblenergo, Donetskoblenergo sowie Diproblenergo, was zu einem Anteil von 48 Prozent der Stromversorgung führt (Vinnichuk 2019)

##### *Staatliche Unternehmen*

Die anderen großen Akteure im Stromsektor sind die staatlichen Unternehmen. Die Atomenergie, deren Anteil an der Stromenergie etwa 50 bis 55 Prozent ausmacht (Prokip 2019), befindet sich aus Sicherheitsgründen vollständig unter der Kontrolle des Staates, und zwar des staatlichen Unternehmens „Energoatom“ und ist damit der am wenigsten von Oligarchen kontrollierten Energiebereich (Andrusiv et al. 2018: 16). Nichtsdestotrotz sind mit der Atomenergie viele Korruptionsskandale verbunden sowie beispielsweise die Beteiligung des ehemaligen Abgeordneten Mykola Martinenko an den Korruptionsschemen in Verbindung zu „Energoatom“ unter Poroschenko (ebd.). Andere staatliche Unternehmen, die für die Stromerzeugung im Land verantwortlich sind, sind das Unternehmen von Centrenergo mit einem Anteil von etwa 10 bis 14

Prozent der gesamten Energieerzeugung sowie das Unternehmen für Wasserkrafterzeugung Ukrhydroenergo mit dem Anteil von 7 Prozent (Prokip 2019).

Trotz der starken staatlichen Kontrolle ist die Kernenergie für das System der oligarchischen Kontrolle über die fossilen Energien sehr wichtig. Die Kernenergie spielt eine zentrale Rolle, wenn es um die Balancierung des Energiesystems und um die für die Oligarchen notwendigen Verzerrungen auf dem Energiemarkt geht (OECD 2019: 39). Außerdem gilt die Kernenergie als Anbieter von „billigem“ Strom für die Erhaltung von niedrigen Strompreisen für die Bevölkerung (Sumlenny 2021: 5). Dies führt dazu, dass industrielle Verbraucher dazu gezwungen sind, teureren Strom aus den Wärmekraftwerken, die zum Großteil von Achmetow kontrolliert werden, zu kaufen (Kossov 2019 zit. nach OECD 2019: 39).

„But owning energy assets is not the most important way of the state’s influence on the energy sector. The most crucial are government regulations, attempts of rent seeking by those, who are close to government or by oligarchs themselves“ (Prokip 2019).

### *Grüne Energie*

Die zunehmende Klimakrise und damit die steigende Rolle erneuerbarer Energieträger in der Welt führte auch in der Ukraine zur gesetzlichen Förderung zur Entwicklung der grünen Energie. In der Ukraine konnte sich die grüne Energie mit der Einführung eines grünen Tarifs im Jahr 2009 aber eher nur als ein oligarchisches Projekt entwickeln. Die Einführung des grünen Tarifs 2009 wurde durch das Lobbying des Janukowitsch nahestehenden Andrij Klyujev eingeführt, der 2008 in das Solarunternehmen Activ Solar investierte und sich mit Hilfe eines hohen grünen Tarifs bereichern konnte (Golvnov/ Vinnichuk 2020). Bereits 2019 war Activ Solar für 90 Prozent der Sonnenenergieerzeugung verantwortlich. Nach der Krim-Annexion und der Flucht der Klyujev Brüder nach Russland ging das Unternehmen allerdings pleite (Oswald 2016).

Nach der Flucht der Klyujev Brüder wurde Renat Achmetow und sein Unternehmen DTEK Renewables zum größten Akteur auf dem Markt der grünen Energie (Andrusiv et al. 2018: 16f). Stand 2019 produzierte DTEK ein Viertel der gesamten grünen Energie im Land (Prokip 2019). Da die Zahlung des grünen Tarifs an grüne

Energieerzeuger durch das staatliche Unternehmen „Energorynok“ erfolgte, erhielten die grünen Projekte von Achmetow im Jahr 2018 Medienberichten zufolge rund 2,9 Milliarden Hrywnya von Energorynok (Epravda 2019). Zu den anderen großen Investoren in die grüne Energie, die durch den hohen grünen Tarif profitieren, gehören auch das Unternehmen Windcraft von Karl Sturen, der Politiker und Unternehmer Maksim Efimov, der ehemalige Abgeordnete der Verhovna Rada und Unternehmer Vasyl Khmelnytsky, der ehemalige Abgeordnete Anatolij Matvienko, der Abgeordnete Stepan Ivahiv und die Politikerin und Schwester des ehemaligen Leiters der Präsidentialverwaltung unter Janukowitsch Sergiy Ljowotschkin, der auch eine Zentralfigur vieler Korruptionsschemen war, Yulia Ljowotschkina (ebd.).

Anfang 2019 stieg die Anzahl der Unternehmen, die grüne Tarife erhielten auf 313, wovon viele mit Oligarchen und PolitikerInnen verbunden sind (Gorchinskaya 2019). So gehörten mindestens 35 Prozent dieser Unternehmen ukrainischen Abgeordneten, ihren Verwandten und/oder ehemaligen oder gegenwärtigen Mitarbeitern. Noch mindestens 19 Unternehmen waren mit lokalen Beamten verbunden und circa 30 Unternehmen gehörten den fünf reichsten Menschen in der Ukraine (ebd.). Der Grund dieses Anstiegs der Investitionen in die grüne Energie genau in den letzten Jahren war ein Plan zur graduellen Reduktion des garantierten hohen Tarifs zuerst nach 2019, dann noch einmal nach 2024, und zur Abschaffung 2030 (Andrusiv et al.2018: 16). Deswegen konnten vor allem die Oligarchen von den Investitionen in die grüne Energie vor 2020 profitieren. Mit den Änderungen des Gesetzes „Über den Strommarkt“ von 2019 wurden grüne Auktionen statt des Systems der garantierten grünen Tarife für die Zuteilung der Unterstützungsquoten für neue Energieerzeuger eingeführt (Krasiuk/ Lenga 2020). Dies reduziert aber nicht die Möglichkeit zur Bereicherung von Oligarchen im grünen Energiebereich, weil laut der Verordnung der Nationalen Kommission für staatliche Regulierung in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen (NKREKP) von 26.04.2019 Anlagen, die bis 2020 in Betrieb gesetzt wurden, weiterhin bis 2030 vom grünen Tarif profitieren können (ebd.).

### *Stromversorgung*

Ein weiterer Interessensbereich der Oligarchen ist die Stromversorgung durch die lokalen Stromversorgungsunternehmen „Oblenergos“, wo die Oligarchen einen weit größeren Gewinn als bei der Stromerzeugung machen können (Interview 4). Die

meisten „Oblenergos“ gehören Rinat Achmetow (DTEK), Konstantyn Grigoryshyn, Igor Kolomojskij, Ihor Surkis sowie dem russischen Unternehmen VS Energy (Prokip 2019). Die Kontrolle von DTEK über die „Oblenergos“ konnte durch den Einfluss auf die Regulierungsbehörde Nationale Kommission für Elektrifizierung bewirken, dass gesetzliche Vorschriften geändert wurden. Indem die Obergrenze für den Anteil der einzelnen Unternehmen bei der gesamten Stromerzeugung von 25 auf 33 Prozent angehoben wurde, konnte Achmetow seine steigernde Kontrolle über die „Oblenergos“ durch eine legale Grundlage absichern (Balmaceda 2021: 12).

#### **5.3.1.2. Gas und Öl**

Gas wird in der Ukraine zu 80 Prozent vom staatlichen Unternehmen Naftogas produziert. Zu den privaten Akteuren in der Gasproduktion gehören die Gesellschaft Naftogasydobuvanya, die zum Großteil DTEK von Achmetow gehört, und Burisma, das vom ehemaligen Umweltminister unter Janukowitsch Mykola Zlochevskyi, dem Korruption und die Zusammenarbeit mit Janukowitsch sowie später mit Poroschenko und Kononenko vorgeworfen wird, kontrolliert wird (Andrusiv et al. 2018: 19f). Die Gasversorgung wird dagegen zum Großteil nach wie vor von Firtasch kontrolliert (Prokip 2019).

Der größte Ölproduzent im Land ist das Unternehmen im Mehrheitseigentum des Staates Ukrnafta, das aber vom Oligarchen Ihor Kolomojskij kontrolliert wird, und an vielen Korruptionsschemen beteiligt war (Andrusiv et al. 2019: 21).

#### **5.3.2. Der oligarchische Einfluss auf die Gestaltung der Energiepolitik**

Seit der Etablierung der oligarchischen Herrschaft während der Präsidentschaft von Kutschma, haben die oligarchischen Kapitalgruppen einen großen Einfluss auf die Politikgestaltung. Auch die Energiepolitik ist hier keine Ausnahme: „Die Oligarchen beeinflussen nicht nur die Energiepolitik im Land, sondern sie formieren diese Politik und sind dominierende Akteure in allen politischen Diskussionen bezüglich der Zukunft der Energie“ (Interview 3). Dies gelingt vor allem durch die Kontrolle der Institutionen der Verwaltung und Regulierung im Bereich der Energiepolitik, wie das Ministerkabinett, das Ministerium für Energie und die Nationale Kommission für staatliche Regulierung in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen sowie durch den Einfluss auf das Parlament bei der Gesetzgebung.

„The conflict of interest between existing market players and the uptake of alternative sources of energy is evident. Most thermal power stations which produce electricity from coal are owned by oligarchs who for years have profited from their monopoly position, but not invested in the modernisation of production facilities or infrastructure” (Schöning/ Zubaka 2018: 8).

Der institutionelle Regulierungsrahmen des ukrainischen Energiesektors umfasst das Ministerkabinett der Ukraine, das Ministerium für Energie und die Nationale Kommission für staatliche Regulierung in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen (OECD 2019: 20). Das Ministerkabinett der Ukraine ist das höchste Exekutivorgan, das für die Aufsicht der staatlichen Politik im Energiesektor verantwortlich ist (ebd.). Zu Beginn der Präsidentschaft von Selenskyj wurde ihm insbesondere die Zusammenarbeit mit Kolomojskij vorgeworfen, während später auch über die starke Verbindung zu Achmetow berichtet wurde (Solonyna 2020). Dies zeigte sich beispielsweise indem die erste Regierung – „das progressive Team“ – im März 2020, bereits nach sechs Monaten des Regierens durch das „Korruptionsanglomerat“ ersetzt wurde, dem es nur um die eigene sowie auch um die Interessen von Oligarchen geht (Interview 3). Hier geht es vor allem um die Ersetzung des liberalen Premierministers von Hontscharuk, einschließlich der stellvertretenden Minister für Energie Olexij Rjabtschin (ein ehemaliger Abgeordneter, Experte im Bereich der Energieeffizienz und Befürworter der grünen Energie) und der stellvertretenden Ministerin Irina Stawtschuk (die ehemalige Leiterin einer der größten Umwelt-NGO „Ecoaction“). Das Ministerkabinett wurde vom ehemaligen Betriebsleiter der Burschtynska Wärmekraftwerk von Achmetow Denys Schmygal übernommen (Sumlenny 2021: 3).

Bereits die ersten Maßnahmen der Regierung von Schmygal wiesen auf die Veränderung, der von der Regierung Hontscharuk gesetzten grünen Richtung, hin. Aufgrund des Anstiegs der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Jahr 2019 mit dem Höhepunkt im März, gepaart mit einem warmen Winter und später noch mit dem Rückgang der Stromnachfrage aufgrund von Quarantänemaßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19, geriet der Kohlesektor durch eine Kohleüberproduktion in Schwierigkeiten (Savitsky 2020). Im Rahmen der COVID-19 Krise erklärte DTEK einen Ausfall bei seinen externen Darlehen, wobei es gleichzeitig mit Hilfe des Einflusses auf den Staatsapparat andere Schemen zur Erhöhung des Kohleanteils auf dem Markt förderte. So präsentierte die Regierung im April 2020 eine

Anpassung der geplanten Strombilanz für 2020, laut der die Auslastung der Kernkraftwerke reduziert und lange Ausfallzeiten für eine Reihe der Kernkraftwerke eingeplant wurden, wodurch auf der anderen Seite mehr Erzeugung durch die Kohlekraftwerke ermöglicht wurde (ebd.).

Im Mai 2020 veröffentlichte die Regierung eine Strategie zur Wirtschaftsbelebung nach der COVID-19-Krise, in der alle Maßnahmen in vier Prioritätsgruppen geteilt wurden. Für den Industriebereich wurde als höchste Priorität die „Unzulässigkeit der Festsetzung von ambitionierten Zielen zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen“ festgelegt (Sumlenny 2021: 3). Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass der Stromanteil aus erneuerbaren Energiequellen aufgrund von Schwankungen viel zu instabil sei, weswegen es für die Ukraine wichtig sei, die Gasfördermenge zu erhöhen und die Kohlekraftwerke so umzubauen, dass ukrainische und nicht importierte Kohle benutzt und damit die Energieunabhängigkeit der Ukraine erreicht werden kann (ebd.). Diese Entscheidungen gemeinsam mit dem starken Rückgang staatlicher Ausgaben für Umweltschutz und Energieeffizienz im Staatshaushalt für 2020 aufgrund der COVID-19 Krise sowie das Problem der großen Verschuldungen gegenüber der grünen Energie, das den Rückgang von Investitionen in die grüne Energie mit sich brachte, führte zu einer Krise des grünen Energiesektors und zur Förderung des fossilen Energiesektors, was die Energiewende weiterhin verzögern wird (Interview 2/ Interview 3/ Interview 4).

Das Ministerium für Energie ist dafür zuständig, die Politik im Energiesektor zu formulieren und umzusetzen sowie die Energiestrategien zu erstellen und die Vorlagen der Jahresberichte zu kontrollieren (OECD 2019: 20). Seit 2019 wurde das Ministerium bereits zweimal reorganisiert: im August 2019 wurde das Ministerium für Energie und Kohleindustrie und das Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen in ein Ministerium für Energie und Umweltschutz vereint und bereits nach weniger als einem Jahr im Juni 2020, nach dem Regierungswechsel, wurde das Ministerium auf das Ministerium für Energie und das Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen getrennt, was damit erklärt wurde, dass das Ministerium sich mit einer viel zu breiten Reihe von Themen beschäftigt, was zu ineffizienter Arbeit führte (UA-Energy 2020). Da das Ministerium für Energie für die Gestaltung der Energiepolitik verantwortlich ist, wird es zu einer „Arena“ für die Durchsetzung von

oligarchischen Interessen im Energiebereich. Daher ist das Ministerium nicht primär an der Energiewende interessiert, was sich auch an den Zielen der Energiestrategien sowie an der Umsetzung der Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausemissionen zeigt. Dies zeigt sich vor allem in den Entscheidungen des Energieministeriums, wie beispielsweise die Reduktion der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke im Jahr 2019, um die erforderliche Menge für die Kapazitäten des Oligarchen sicherzustellen sowie die Bereitstellung garantierter Zahlungen im Rahmen eines grünen Tarifs (Lashtchenko 2020). Eine Reduktion der Stromerzeugung aus den staatlichen Atomkraftwerken bedeutet, dass mehr Strom durch Achmetows Wärmekraftwerke produziert werden kann.

Der Einfluss von Oligarchen auf das Ministerium für Energie durch „eigene Leute“ oder durch die für beide Seiten vorteilhafte Vereinbarungen ist ein häufiges Instrument für die Förderung eigener Interessen und ein häufiger Grund der Verzerrung des Energiemarkts. Auch unter der Regierung von Hrojsman in den Jahren 2017 und 2018, also bereits zum Zeitpunkt der Liberalisierungsmaßnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit mit der EU, war ein Einfluss auf das Ministerium für Energie und Kohleindustrie festzustellen (OECD 2019: 48). Nach den Ergebnissen der Untersuchung durch das Antimonopolkomitee hinsichtlich der Festsetzung von Preisen in staatlichen Kohlebergwerken, die die Kohle für Wärmekraftwerke liefern, könnte das Ministerium für Energie und Kohleindustrie mit den Unternehmen DTEK und Ukrinterenergo an der Festsetzung der Kohlepreise für staatliche Bergwerke beteiligt sein. Dies ist der Grund dafür, dass die Kohlepreise für Wärmekraftwerke auf einem bestimmten Niveau gehalten wurden, was wiederum zu einer noch stärkeren Kontrolle des Marktes durch die Unternehmen führen konnte (ebd.).

Die staatliche Agentur für Energieeffizienz und Energieeinsparung, ein zentrales Exekutivorgan, dessen Aktivitäten vom Ministerkabinett der Ukraine über den Energieminister geleitet und koordiniert werden, ist dafür zuständig, die staatliche Politik in den Bereichen der effizienten Nutzung von Brennstoffen, der Energieeinsparung und erneuerbarer Energiequellen umzusetzen (Eremenko et al. 2019: 20). Da die staatliche Agentur für Energieeffizienz und Energieeinsparung einen niedrigeren Status als das Ministerium für Energie hat und nur im Rahmen der von

den anderen Ministerien festgelegten Richtlinien arbeitet, hat die Agentur einen geringeren Einfluss auf die Politikgestaltung (ebd).

Schließlich ist die Nationale Kommission für staatliche Regulierung in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen (NKREKP) ein zentrales Exekutivorgan für die Regulierung der Aktivitäten in den Bereichen Energie und Kommunaldienstleistungen und dafür zuständig, die Tarifpolitik und die geeignete Preisformel festzulegen, die Integration der ukrainischen Strom- und Erdgasmärkte mit den Energiemärkten anderer Staaten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zu fördern, die regulatorische Inspektionen und Lizenzierungen durchzuführen, die Rechte der Verbraucher zu schützen sowie die Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energiequellen in der gesamten Energieerzeugung zu ergreifen (OECD 2019: 53). Ende 2019 verabschiedete aber die Werchowna Rada der Ukraine ein Gesetz, laut dem der Status der Nationalen Kommission von einem unabhängigen Kollegialorgan auf ein zentrales Exekutivorgan, mit einem der Regierung unterstellten Sonderstatus, geändert wurde, was die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde in Frage stellt (Ackermann/ Pavlenko 2020: 3). Trotz des unabhängigen Status der Kommission, sind laut dem Korruptionsbekämpfungsbüro der Ukraine (NABU) einige Korruptionsschemen mit der NKREKP verbunden, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit DTEK im Rahmen der Festlegung der Rotterdam+ Preisformel zugunsten Achmetows (OECD 2019: 47).

Bei der Preisformel Rotterdam+, die für die Bestimmung des Kohlepreises im Zeitraum von 2016 bis 2019 benutzt wurde, ist auch das Lobbying der Interessen von Oligarchen durch die staatlichen Institutionen zu erkennen (OECD 2019: 47). Die Rotterdam+ Preisformel wurde zum Teil unter dem Deckmantel der Liberalisierung des Energiemarktes und der Einhaltung der Importparitätsanforderungen im Rahmen der Kooperation mit der EU eingeführt. Laut Untersuchungsergebnissen des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine, arbeiteten die Leiter von DTEK mit der NKREKP zusammen, indem die Tarife für die aus der Kohle erzeugte Energie zugunsten der Interessen von Achmetows kontrolliertem Unternehmen DTEK verzerrt wurden, infolgedessen DTEK etwa 560 Millionen US-Dollar erhielt (ebd.).

Mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes „Über den Strommarkt“ im April 2017 sind auch einige Veränderungen im Bereich der Regulierungsinstitutionen

festzustellen (OECD 2019: 38). So wurde beispielsweise gemäß dem neuen Gesetz die Beteiligung bei der Regulierung des Strommarkts auf das Finanzministerium und die Nationale Kommission für Wertpapiere und den Börsenmarkt ausgeweitet. Das Finanzministerium übernimmt dabei die Funktion der Genehmigung der Finanzpläne der staatlichen Unternehmen im Energiesektor sowie der Bereitstellung staatlicher Garantien für die Sicherung von Krediten und der Vorbereitung der Vorschläge der Regierung zur Höhe der Nettogewinne oder Dividenden, die den staatlichen Unternehmen ausgezahlt werden müssen. Die Nationale Kommission für Wertpapiere und den Börsenmarkt übernimmt die Funktion der Aufsicht der Unternehmen, die am Handel auf dem Strommarkt teilnehmen (ebd.).

Ein weiterer Mechanismus des Einflusses von Oligarchen auf die Energiepolitik ist das Lobbying ihrer Interessen bei der Gesetzgebung durch das Kreieren und die Nutzung von Gesetzeslücken, die den Energiebereich regulieren.

Der gesetzliche Rahmen der ukrainischen Energiepolitik basiert auf den folgenden Gesetzen: das Gesetz „Über Energieeinsparung“ von 1994, das das erste verabschiedete Gesetz im Bereich der Energieeffizienz war; das Gesetz „Über alternative Energiequellen“ von 2003, das den rechtlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmen für die Nutzung alternativen Energiequellen festlegte; das Gesetz „Über Änderungen des Gesetzes der Ukraine „Über Elektrizität“ zur Förderung der Nutzung alternativen Energiequellen“ von 2009, das das Verfahren zur Einführung eines „grünen“ Tarifs sowie die Prinzipien für den Verkauf und die Zahlung von aus alternativen Energiequellen erzeugten Strom festlegt (SAEE o.D.). Der hohe grüne Tarif und die für Oligarchen vorteilhafte Regelungen im Gesetz eröffneten einen weiteren Bereicherungskanal für die Oligarchen in der Form der grünen Energie.

Im April 2017 wurde das neue Gesetz „Über den Strommarkt“ für die Liberalisierung des Strommarkts im Rahmen der Zusammenarbeit mit der EU im Energiesektor verabschiedet (OECD 2019: 36ff). Das Gesetz reguliert rechtliche und organisatorische Grundlagen über die Erzeugung, Übertragung, Verteilung, Kauf, Verkauf und Lieferung von Strom. Die Hauptziele des Gesetzes sind die Förderung der Energieeffizienz, der Schutz von Rechten und Interessen der Verbraucher, die Minimierung der Kosten, die Entwicklung der Machtbeziehungen, sowie die Sicherstellung einer unabhängigen Regulierung und einer erhöhten Transparenz. Das

Gesetz sieht außerdem vor, das Einzelkäufermodell durch wettbewerbsfähige Elemente zu ersetzen. So wurden im Laufe der Liberalisierung des Strommarkts die Funktionen des staatlichen Unternehmens „Energoynok“ zwischen den Unternehmen „Operator Rynky“ (Marktbetreiber) und „Garantierter Käufer“ aufgeteilt. Die Aufgabe des „Marktbetreibers“ ist die Überwachung des Strommarktes sowie des Day-Ahead-Markts und die Organisation des Verkaufs und Kaufs von Strom, während der „Garantierte Käufer“ für die Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen durch den Kauf von Strom von Unternehmen, die Anspruch auf einen „grünen“ Tarif haben, verantwortlich ist (ebd.).

Das neue Strommarktsystem wurde am 1. Juli 2019 eingeführt, obwohl einige internationale Partner sowie ukrainische Beamte zur Verschiebung des Starts des neuen Energiemarkts, infolge einiger regulatorischer Einschränkungen sowie Befürchtungen der Fehlfunktionen aufgrund der schnellen Markteinführung, aufriefen (OECD 2019: 39). Trotz einiger Vorteile des neuen Regulierungssystems gemäß dem Gesetz „Über den Strommarkt“, sind die Auswirkungen des neuen Strommarktsystems bis jetzt nicht eindeutig bewertet. Auf die schnelle Einführung des Gesetzes war der ukrainische Strommarkt nicht ausreichend vorbereitet und die notwendigen Ausführungsmechanismen waren noch nicht vorhanden. Dadurch sind einige negative Auswirkungen auf den Energiesektor festzustellen, die ich detaillierter im Kapitel 5.4. analysiere.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Reform des Stromsektors im April 2019 das Gesetz „Über die Änderungen bestimmter Gesetze der Ukraine zur Gewährleistung wettbewerbsfähiger Bedingungen für die Stromerzeugung aus alternativen Energiequellen“ verabschiedet, das grüne Auktionen im Bereich erneuerbarer Energien einführt (Kradiuk/ Lenga 2020). Grüne Auktionen, auf denen die Investoren, die den niedrigsten Tarif für Strom aus erneuerbaren Energiequellen anbieten, staatliche Beihilfe bekommen, sollen durch das ukrainische elektronische Beschaffungssystem ProZorro durchgeführt werden (OECD 2019: 44). Die neuen Regelungen zielen darauf ab, das System der staatlichen Unterstützung im Bereich des grünen Tarifes zu transformieren. Durch das neue System von Auktionen für die Zuteilung von Unterstützungsquoten für neue Energieerzeuger aus alternativen Energiequellen sollte die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Marktteilnehmern und

der Interessenausgleich auf dem Markt erreicht werden (Krasiuk/ Lenga 2020). Die Möglichkeit für den Anspruch großer Energieerzeuger auf den garantierten grünen Tarif besteht nur für Kraftwerke, die vor dem 1. Jänner 2020 in Betrieb genommen wurden (ebd.). Dies führt dazu, dass vor allem Oligarchen, die in den letzten Jahren aufgrund des hohen grünen Tarifs in die erneuerbare Energie investierten, weiterhin vom grünen Tarif profitieren können.

Dadurch sehen wir, dass der Weg zur Energiewende in der Ukraine nicht durch die Herausforderungen der Klimakrise, sondern durch politisch-ökonomische Interessen von Oligarchen bestimmt wird. In diesem Zusammenhang entsteht auch die Frage der politischen Verantwortung der regierenden Klasse auf der einen Seite und der ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse auf der anderen Seite. So ist beispielsweise die Frage der Schließung der Kohlekraftwerke ein wichtiger Aspekt der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Zusammenarbeit mit der EU und der Verpflichtungen auf internationaler Ebene, aber ist gleichzeitig auch eine sensible und politisch unpopuläre Frage, weil sie auch mit den Arbeitsplätzen des Großteils der Bevölkerung in manchen Regionen des Landes verbunden ist und deshalb Wählerstimmen in diesen Regionen kosten könnte (Interview 1). Außerdem sind bei der Frage der Schließung von Kohlekraftwerken soziale Auswirkungen zu beachten, weil Kohlekraftwerke den Großteil der Bevölkerung dieser Regionen beschäftigen. Gleichzeitig stößt diese Entscheidung mit den Interessen großer Kapitalgruppen im Bereich der fossilen Energie zusammen. Der Staat versucht also den Status Quo im Energiebereich zu behalten und gemeinsam mit der grünen Energie auch Atom- und Kohleenergie weiterzuentwickeln, weil die Schließung der Kohlekraftwerke und die Umstellung auf die grünen Energieträger politisch eine sehr sensible Frage ist (ebd.).

Da die Besitzer von Kohlebergwerken und Wärmekraftwerken oft dieselben Personen sind, wie im Fall von Achmetow, und sich ein großer Teil ihrer geschäftlichen Interessen im Osten befindet, wo immer noch Krieg herrscht, versuchen die Oligarchen ihre Interessen im Kohlebereich auch durch die Darstellung von Kohle als eine lebenswichtige Energiequelle in Zeiten des Konflikts zu fördern und damit die soziale Aspekte des Problems der Reduzierung der Kohleerzeugung für eigene Interessen zu nutzen (Schöning/ Zubaka 2018: 8). Da immer noch viele Leute in den vom Krieg betroffenen Regionen im Kohlesektor beschäftigt sind, stellen die

Oligarchen, insbesondere Achmetow, die Entwicklung des Kohlesektors im Osten als einen wichtigen Teil der wirtschaftlichen Unterstützung betroffener Teile der Gesellschaft sowie der nationalen Unabhängigkeit dar, was die Energiewende wiederum verlangsamt (ebd.).

Hier ist auch wichtig zu betonen, dass DTEK ein zweifaches Interesse im Energiebereich hat (Interview 1). Einerseits wurde das Geschäft des Unternehmens rund um die Kohle aufgebaut, andererseits investiert das Unternehmen auch aktiv in die erneuerbare Energie (ebd.). DTEK liegt mit 25 Prozent Marktanteil auf dem ersten Platz unter den Unternehmen, die in die grüne Energie investieren (Epravda 2019). Stand 2018 betrug der Umsatz des Unternehmens von der grünen Energie drei Milliarden Hrywnya während 2019 der Umsatz um 56 Prozent gestiegen ist und damit die Zahl von 4,7 Milliarden Hrywna erreicht hat (ebd.). Das plötzliche Interesse an der grünen Energie kann dadurch erklärt werden, dass Achmetow in der grünen Energie die Möglichkeit der persönlichen Bereicherung sieht sowie die Möglichkeit das Monopol im Stromsektor beizubehalten (Interview 1). In der langfristigen Perspektive ist es für Achmetow eine gute Plattform zur Beibehaltung seiner Macht im Energiesektor im Fall, dass es zum Rückgang der fossilen Energieerzeugung kommen sollte. Darüber hinaus ist die Expertin für Energiepolitik davon überzeugt, dass DTEK für die Laufzeit der Kohle- und Wärmekraftwerke höchstwahrscheinlich eine Frist eingeplant hat, bis zu der Achmetow für den Kohlesektor weiter lobbyieren wird (ebd.).

Die Kontrolle der Oligarchen über die staatlichen Institutionen im Bereich der Energiepolitik und dadurch das Lobbying ihrer wirtschaftlichen Interessen ist der Grund, warum die Umsetzung der Ziele und Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausemissionen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens sowie die Energiewende ziemlich skeptisch von vielen KlimaexpertInnen gesehen werden (Interview 2).

#### **5.4. Mögliche Maßnahmen und Hindernisse am Weg zur Energiewende**

Das monopolisierte Energiesystem bleibt nach wie vor eines der größten Hindernisse am Weg zur Umstellung auf erneuerbaren Energiequellen und daher zur Energiewende, deswegen ist die Demonopolisierung des Energiesektors einer der wichtigsten Schritte, die durchgesetzt werden müssen (Interviews 1-5). Zu den

konkreten Maßnahmen, die die Regierung einführen sollte, um den Energiemarkt zu demonopolisieren, gehören die gesetzlichen Änderungen, um die Entwicklung der dezentralen Stromerzeugung aus kleinen Energiequellen zu stimulieren, wie beispielsweise die Entwicklung unterschiedlicher Lizenzbedingungen für Unternehmen mit unterschiedlichen Kapazitäten sowie die Entwicklung eines erleichterten Verfahrens für kleine Kraftwerke (Interview 5). Außerdem ist hier die Implementierung des vierten Energiepakets der EU wichtig, weil es konkrete Maßnahmen beinhaltet, wie beispielsweise die Wichtigkeit der Entwicklung der Community Energy und die Integration der Energiemärkte der Ukraine zum ENTSO-e (Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber), die die dezentrale Stromerzeugung und der Wettbewerb auf dem Energiemarkt fördern können (Interview 1).

„One of the basic ideas of the energy transition is to place more energy production and distribution into the hands of citizens. (...) Under a perfect democratic transition, non-natural monopolies would not exist; since citizens or groups of citizens would be able to produce the amount of energy they need themselves, rendering large monopolistic structures obsolete. The promotion of renewables in Ukraine would likely liberalise the domestic energy market and take power away from the oligarchs, for whom the monopolisation of energy is an important source of wealth and influence“ (Schöning/ Zubaka 2018: 8).

Damit solche Energiegemeinschaften (Community Energy) funktionieren können, müssen wichtige gesetzliche Änderungen durchgeführt werden, wie beispielsweise die Erstellung der Definitionen von Community Energy in Verbindung mit der Definition im vierten Energiepaket, die Sicherstellung der Nichtdiskriminierung solcher Gemeinschaften auf den Strommärkten durch die Stromversorgung, durch die Verteilernetzbetreiber, die Erstellung der Verbraucherdefinition, die Definition der Gruppenverbraucher, die Bestimmungen zur Nichtdiskriminierung von Verbrauchern, die Schaffung des horizontalen Handels etc. (Interview 5). Die große Verantwortung bei der Entwicklung der Community Energy liegt aber auch auf den lokalen Behörden, die mehr Initiative zeigen sollen, um die Entwicklung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz zu fördern (Interview 3). Damit die Bevölkerung, sowie kleine und mittlere Unternehmen in die grüne Energie investieren können, müssen die nationalen Behörden mit lokalen Behörden effektiv zusammenarbeiten, um mögliche lokale Projekte und Initiativen durchzuführen (Interview 2). Ein gutes Beispiel für das

effektive und entwickelte System der Community Energy ist das System in Kalifornien, wo es möglich ist, Strom aus eigener Anlage an zwei Nachbarn ohne Lizenz zum gemeinsam vereinbarten Preis zu verkaufen und es spielt dabei keine Rolle, ob es sich um gewerbliche Verbraucher handelt oder nicht (Interview 2). Genau solche Praktiken können dazu führen, horizontale (P2P) Märkte zu schaffen und damit den Energiesektor zu dezentralisieren (Kunbutaeva/ Zinchenko 2020: 7).

Damit ein solches System der Community Energy als Instrument am Weg zur Energiewende funktionieren kann, ist es also notwendig einen gesetzlichen Rahmen sowie Regulierungsmechanismen einzuführen, was zeitaufwändig sein könnte (Interview 5). Hier stellt sich noch die Frage, wie genau den Leuten die Community Energy vorgestellt und kommuniziert wird. Laut einer von der Dixi Group veröffentlichten Studie von 2018 antworteten 74 Prozent der Befragten, dass ihnen die Informationen über erneuerbare Energien fehlen (Dixi Group 2018). Aktuell assoziiert die Bevölkerung die grüne Energie als teurere Energie und kommt für viele als Energiequelle nicht in Frage. Außerdem wird die Energie immer noch als „Allgemeingut“ verstanden, was sich noch aus der sowjetischen Zeit entwickelte und sich mit den niedrigen Preisen für Energie weitergeprägte (Schoening/ Zubaka 2018: 8).

Ein wichtiger gesetzlicher Schritt am Weg zu Liberalisierung des Strommarkts, der den Wettbewerb und damit die Dezentralisierung auf dem Strommarkt fördern sollte, war das Gesetz „Über den Strommarkt“, das 2017 verabschiedet wurde. Trotz der vielen wichtigen Bestimmungen des Gesetzes, war das ukrainische Energiesystem auf die schnelle Umstellung des Stromsektors nicht vorbereitet (Sumlenny 2021: 3ff). Im Moment der Einführung des neuen Strommarktsystems im Juli 2019 hatte der Stromsektor bereits mit Problemen, wie das geringe Wettbewerbsniveau auf dem Energiemarkt, mit Milliarden-Dollar-Schulden im Stromsektor sowie mit der Unklarheit rund um die Kompensierung niedriger Tarife für die Bevölkerung zu kämpfen (ebd.). Bereits ein paar Monaten nach der Einführung des neuen Strommarkts, kritisierten einige ExpertInnen das neue Strommarktsystem dafür, dass ihm definierte Mechanismen der Begleichung von Schulden auf dem Strommarkt, der Festlegung von Tarifen für Stromübertragung, der Entschuldung des Garantierten Abnehmers sowie der Balancierung des Stromsystems mit der Steigerung des Anteils der grünen Energie fehlen (OECD 2019: 39). Die Notwendigkeit der Balancierung des

Energiesystems bei der Zunahme des Anteils der Energie aus erneuerbaren Energiequellen ist mit der unbeständigen Natur der Stromerzeugung aus Sonne und Wind verbunden und ist daher ein wichtiger Schritt bei der Energiewende (ebd.).

Die Steigerung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2019, die Senkung des Strombedarfs aufgrund der COVID-19-Maßnahmen Anfang 2020, sowie die zugewiesenen Verpflichtungen, die auf die Kern- und Wasserkraftenergie gelegt wurden, führten zu großen Verzerrungen auf dem Strommarkt (Sumlenny 2021: 2f). Die Lage im Energiesektor verschlechterte sich im Laufe des Jahres 2020 rasant. Der Rückgang der Wirtschaftszahlen aufgrund der COVID-19-Pandemie führte zu noch größeren Verschuldungen im Energiebereich: „Schon Anfang Juni 2020 erreichte die Verschuldung des „Garantierten Abnehmers“ insgesamt 20 Milliarden Hrywnja (480 Millionen €), 14 davon waren Schulden an den Erneuerbare Energien-Sektor“ (Sumlenny 2021: 3). Große Verschuldungen auf dem grünen Energiemarkt führten zur deutlichen Verschlechterung des Investitionsklimas im Bereich erneuerbarer Energie, was eine große Gefahr für die Weiterentwicklung des grünen Energiesektors und für die damit verbundenen Energiewende darstellt (Interview 2).

„Die von den Oligarchen aufgebauten Monopole in einzelnen Wirtschaftssektoren behindern ferner die Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Schließlich wirken sich die Dominanz der Oligarchen und ihre ökonomischen Wettbewerbsvorteile, gepaart mit mangelnder Rechtssicherheit und einem eklatant hohen Korruptionsniveau, negativ auf die Bereitschaft ausländischer Akteure aus, in der Ukraine zu investieren.“ (Halling/ Stewart 2016: 2).

Aber auch die Einführung des neuen Stromsystems, die theoretisch zur Liberalisierung der Strompreise und zur Demonopolisierung des Stromsektors führen sollte, ist nicht unbedingt eine Lösung dieses Problems. So besteht laut des Antimonopolausschusses der Ukraine, der für den Schutz und Förderung eines fairen Wettbewerbes im Bereich der Unternehmerschaft und des öffentlichen Beschaffungswesens verantwortlich ist, auch nach der Einführung des neuen Strommarktes, das Risiko des Einflusses auf die Festlegung der Strompreise seitens der Unternehmen mit einem großen Marktanteil (OECD 2019: 47f). Dies kann beispielsweise durch den Mechanismus der künstlichen Schaffung eines Mangels an Stromversorgung, indem unterschiedliche Preise oder Bedingungen auf ähnliche Verträge angewendet werden, beziehungsweise durch die Offenlegung von

Insiderinformation, erreicht werden (ebd.). Nach fast zwei Jahren im neuen Strommarktsystem, sind schon einige Mechanismen der Förderung fossiler Energie durch die staatlichen Institutionen seitens der großen Monopole zu sehen, wie im Kapitel 5.3.2. beschrieben, was auch zeigt, dass die Reform zur Liberalisierung des Strommarkts bis jetzt keine wesentlichen Verbesserungen bei der Demonopolisierung des Stromsektors brachte und zu weiteren Schwierigkeiten auf dem Energiemarkt führte.

Einer der größten Hindernisse am Weg zur Reformierung des Energiesektors am Weg zur Energiewende ist außerdem das System der Quersubventionierung und der Subventionierung der Bevölkerung im Energiebereich (Schöning/Zubaka 2018: 4). Dabei liegen die Preise für Strom und Gas für die Verbraucher stark unter dem Marktpreis. Im Jahr 2016 versuchte die Regierung die Subventionen im Gassektor zu reduzieren und vereinheitlichte die Gaspreise für Verbraucher und die Industrie. Dies führte auf der einen Seite zur Reduzierung der Ausgaben aus dem Staatshaushalt, auf der anderen aber zu einer großen Unzufriedenheit und Protestwelle in der Bevölkerung (ebd.). Die Subventionierung der Kohleerzeugung führt hingegen zur Weiterentwicklung fossiler Energie und zur Beibehaltung der Monopole im Strombereich (Interview 4).

Aus Sicht der Energiewende ist die Erhöhung der Stromtarife für die Bevölkerung ein sehr wichtiger Schritt, weil dies das Problem mit den Verschuldungen auf dem Energiemarkt lösen konnte und damit die Weiterentwicklung grüner Energie gewährleisten konnte (Interview 1/ Interview 2/ Interview 3). Außerdem könnte durch die Steigerung der Stromtarife für Verbraucher, der Anreiz zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen für die Haushalte geschaffen werden (ebd.). Auf der anderen Seite sollten bei der Strompreiserhöhung auch soziale Konsequenzen beachtet werden. Insbesondere jetzt, aufgrund der sinkenden Reallöhne oder Verlust des Grundeinkommens infolge der COVID19-Krise, ist die Bevölkerung finanziell stark belastet. Die Ergebnisse einer Studie des Instituts für Demografie und Sozialforschung über die Auswirkungen der COVID19-Krise auf die Armut in der Ukraine von April 2020, zeigten, dass bis Ende 2020 die Armutsrate von 45 Prozent erwartet wurde, was um 17 Prozent höher als im Jahr 2019 ist (Chernenko et al. 2020). Deswegen ist es wichtig, dass die Energie auch für sozial geförderte Bevölkerung zugänglich bleibt.

Ein weiterer wichtigerer Schritt am Weg zur Energiewende ist die Steigerung der Energieeffizienz. Das ukrainische Energiesystem charakterisiert sich durch eine hohe Energieabhängigkeit, was man daran erkennt, dass ein Drittel der Primärenergie im Land importiert werden muss (Ministry for Communities and Territories Development of Ukraine 2018: 12). Im Prozess der Verarbeitung und beim Transport gehen 44 Prozent der Energie verloren, während diese Zahl in der EU im Durchschnitt bei 32 Prozent liegt (ebd.). Das Potenzial für Energieeffizienz im Wohnungssektor, im öffentlichen Sektor und bei der Energieversorgung wird auf ungefähr 19 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> oder 8 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt (ebd.: 4). Auch im Wohnungssektor ist das Problem der Energieverschwendung ziemlich groß. Da fast 70 Prozent aller Wohnungen in der Ukraine zwischen 1946 und 1990 mit niedrigen Energieeffizienzstandards gebaut wurden, führt das zu einem übermäßigen Energieverbrauch, was doppelt oder manchmal auch dreimal mehr ist als in anderen europäischen Ländern ist (ebd.: 32). Nach Schätzungen von ExpertInnen verursacht ein ineffizienter Energieverbrauch im Bereich des Heizens in der Ukraine jährlich Verluste in Höhe von 2,7 Milliarden Euro, was etwa 3 Prozent des BIPs des Landes ausmacht (Heinrich Böll Stiftung 2019).

Hier ist besonders wichtig, ein Gesetz über die Energieeffizienz, welches auch im Rahmen der Implementierung der Richtlinie 2012/12/EU vorgesehen ist, zu verabschieden (Interview 1). Die weiteren Hindernisse am Weg zur Steigerung der Energieeffizienz sind die langsame Umsetzung von Reformen im Bereich der Energieeffizienz, fehlende effiziente Strategien des Energiebereichs und fehlende langfristigen Investitionen und Mechanismen der Finanzierung. (Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie 2019: 62f).

Ein wichtiges Instrument zur Stimulierung der Energieeffizienz im Wohnsektor war die Einführung des staatlichen Programms der sogenannten warmen Kredite (*Tepli kredyty*) im Jahr 2014. Das Programm zielt auf die Unterstützung von Privatpersonen und Eigentumswohnungen ab, die für Maßnahmen, wie Wärmedämmung oder Fenstertausch, eine Erstattung in Höhe von 20 bis 70 Prozent bekommen (Olijnyk 2020). Bis 2020 nutzten etwa 850 Tausend Menschen die Möglichkeit in die Energieeffizienz zu investieren. Im Jahr 2020 wurde aber aufgrund der Wirtschaftskrise und der großen Verschuldungen auf dem Energiemarkt die Finanzierung von 1,1 Milliarden Hrywna im Jahr 2019 auf 400 Millionen Hrywna

reduziert, wobei nach Schätzungen der staatlichen Agentur für Energieeffizienz rund 2,2 Milliarden Hrywna für das Programm zur Deckung der Nachfrage zugewiesen werden müssten (ebd.). Die schwierige Wirtschaftslage, die fehlenden Mechanismen zur Regulierung, aber auch das Desinteresse der staatlichen Institutionen führt dazu, dass die Maßnahmen zur Energieeffizienz reduziert werden, was wiederum die Effizienz der anderen Maßnahmen zur Energiewende wie die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energiequellen oder die Tarifierhöhung abwertet.

### **5.5. Zwischenfazit**

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine globale Verantwortung, die auf den einzelnen Staaten liegt und von den Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen der einzelnen Staaten abhängt. Für die Ukraine als eine der energieintensivsten Volkswirtschaften Europas, mit einem hohen Kohleanteil in der Energiebilanz, ist es daher wichtig den Weg zur Energiewende zu verfolgen. Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens hat sich die Ukraine als Ziel gesetzt, bis 2030 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Jahres 1990 nicht zu überschreiten, was aber den globalen Zielen im Kampf gegen den Klimawandel nicht entspricht. Auch den von der Regierung verabschiedeten Strategien und Konzepten zur Reformierung des Energiesektors im Rahmen der internationalen Verpflichtungen zur Energiewende fehlen ambitionierte Ziele und Vorgehensweisen. Der Grund dafür ist vor allem die Förderung der fossilen Energien – der Hauptinteressensbereich der oligarchischen Gruppen - seitens der Oligarchen durch den direkten Einfluss auf die Institutionen, insbesondere auf das Ministerium für Energie, das einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Energiepolitik hat, sowie durch Gesetzeslücken, die durch das Lobbying ihrer Interessen von ihnen kontrollierten Parteien beziehungsweise parlamentarische Gruppen bei der Gesetzgebung entstehen.

Die wichtigsten Maßnahmen, die auf dem Weg zur Energiewende, gesetzt werden müssen, wie beispielsweise die Förderung der grünen Energieerzeugung durch die Demonopolisierung des Energiesektors und Entwicklung der Community Energy, werden durch oligarchische Interessen verhindert. Dabei zeigt sich vor allem bei den Reformen zur Liberalisierung des Energiemarkts im Rahmen des Assoziierungsabkommen mit der EU, die zur Deoligarchisierung führen sollten, ein

starker Widerstand durch die oligarchische Herrschaft. Hier ist vor allem die Rolle des Monopols DTEK von Achmetow wichtig. Seine starke Dominanz im Energiebereich und die Kontrolle über das Ministerien für Energie sowie die NKREKP durch Mechanismen, wie staatliche Subventionen, Verzerrungen auf dem Strommarkt, Preiskontrolle etc., führt dazu, dass er seine Interessen in der Kohleerzeugung weiter stärkt. Die Interessen von Achmetow in der grünen Energie sind im Vergleich zur fossilen sehr gering, was auch dazu führt, dass der Staat den Status Quo behält und den Weg zur Energiewende nicht verfolgt.

Für die EU und die ausländischen Kapitalgruppen ist die Liberalisierung der Ukraine vor allem wichtig, um Zugang zum ukrainischen Markt und Rohstoffen zu bekommen. Mit der Überwindung der oligarchischen Kontrolle im Energiebereich, könnten die wirtschaftlichen Interessen des ausländischen Kapitals im Energiebereich durchgesetzt werden. Diese Interessen stehen aber im Widerspruch zu den Interessen der ukrainischen inneren Bourgeoisie. Außerdem ist hier wichtig zu beachten, dass die durch die EU angestrebte Liberalisierung zu weiteren Konflikten führen und auch zahlreiche soziale Auswirkungen mit sich bringen könnte.

## 6. Schlussfolgerungen

In dieser Arbeit habe ich die oligarchische Staatlichkeit und ihre Rolle auf die Energiewende, die eine zentrale Rolle für die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rahmen der globalen Klimakrise spielt, analysiert. Dabei verstehe ich den ukrainischen Staat, der eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse spielt, als einen oligarchischen Staat, in dem sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die in der Ukraine von Oligarchen dominiert werden, verdichten, und soziale Interessen durchgesetzt werden können. Hier spielt auch die geografische Lage des ukrainischen Staates, der sich zwischen der EU und Russland befindet, eine zentrale Rolle, weil dies die politisch-ökonomischen Entwicklungen und damit die oligarchischen Kräfteverhältnisse in der Ukraine prägte. Da sich der ukrainische Staat im Gegensatz zum Westen aus dem Sozialismus entwickelte, war es für meine Analyse wichtig, die historischen Dynamiken und sozioökonomischen Transformationsprozesse zu analysieren.

Die ukrainische Sowjetrepublik entwickelte sich als Teil des zentralisierten und durch die Industrialisierung geprägten sowjetischen Systems. Dabei wurde die UdSSR zu einer der führenden Wirtschaften der Sowjetunion, in der vor allem die Kohlegewinnung, die Wärme- und Atomenergie sowie die Metallurgie gefördert wurden. Dies hatte später einen großen Einfluss auf die Kapitalinteressen, die sich um den Energiebereich bildeten, und damit auch auf die ukrainische Energiepolitik. Die sowjetische Energiepolitik fokussierte sich auf schnelles Wirtschaftswachstum, was für die UdSSR als die hegemoniale Macht, von zentraler Bedeutung war. Hier war es vor allem wichtig, den Energiesektor schnellstmöglich auszubauen, was aber dazu führte, dass der Ausbau ohne die Verwendung effizienter Technologien und moderner Ausrüstung passierte. Dies hatte vor allem zur Folge, dass das sowjetische Energiesystem eine hohe Ineffizienz aufwies und damit auch das Energiesystem der unabhängigen Ukraine beeinflusste. Dieses infrastrukturelle Erbe der Sowjetunion erschwert bis heute die Energiewende in der Ukraine. Nicht nur die Energieeffizienz, sondern auch der Umweltschutz und die Sicherheit von Menschen, waren in der sowjetischen Ära nicht prioritär. Die ökologischen Probleme wurden dabei oft als vorübergehende Hindernisse am Weg zur Planwirtschaft gesehen. Die Informationen über Umweltkatastrophen hatten eine strategische Bedeutung und wurden daher geheim gehalten. Als Folge der Tschernobyl Katastrophe, die die gesellschaftlichen

Naturverhältnisse in der Ukraine stark prägte, kam es im Rahmen der Liberalisierungspolitik von Gorbatschow zu Umweltprotesten, was zu einer Arena für die Akkumulierung von gesellschaftlichen Interessen wurde. Dies gemeinsam mit anti-sowjetischer Stimmung in den einzelnen Sowjetrepubliken, hatte massive Auswirkungen für die Sowjetunion.

Aufgrund der wirtschaftlichen Krise und der steigenden Armut und Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung in den ersten Jahren der unabhängigen Ukraine hatten Umweltprobleme nicht die höchste Priorität. Das fehlende Vertrauen in den Staat und die Angst vor weiteren Nuklearunfällen führten zu einer starken anti-nuklearen Einstellung der Bevölkerung am Anfang der Unabhängigkeit. Dies prägte auch die ersten wichtigen Schritte der Energiepolitik im Rahmen der Kernenergie wie die Verankerung, dass die Sicherheit von Menschen die zentrale Priorität ist, auf gesetzlicher Ebene sowie die Entstehung von wichtigen Institutionen, die den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken gewährleisten sollten. Später änderte sich aber das Verhältnis zur Atomenergie von einer stark ablehnenden Haltung bis zum erzwungenen Akzeptieren. Dies erklärt sich dadurch, dass die Bevölkerung in der nahen Zukunft keine Alternative zur Atomenergie sah, da die bereits bestehenden Atomkraftwerke die Nachfrage nach billigem Strom decken konnten. Für die Oligarchen bietet billiger Strom aus den staatlichen Atomkraftwerken, der die Nachfrage der Bevölkerung deckt, die Gelegenheit, aus den Wärmekraftwerken produzierten teuren Strom für industrielle Verbräuche zu verkaufen und damit hohe Gewinne zu erzielen.

Die Energiepolitik der unabhängigen Ukraine wurde stark durch die oligarchische Staatlichkeit geprägt. Mit den Privatisierungswellen in den 1990-er Jahren unter Kutschma, konnten die oligarchischen Clans in der Ukraine entstehen und sich durch die Protektion von Kutschma und der Erweiterung ihrer Einflusskanäle durch die Kontrolle von Medien Ende der 1990-er Jahre fest etablieren. Die Vorherrschaft von ökonomischen Interessen der Finanz- und Industriegruppen führte dazu, dass sie einen direkten Einfluss auf den Staatsapparat und damit auf die Politikgestaltung bekamen, was ihnen ermöglichte, diese Politik vor allem im Energiebereich zu beeinflussen. Dies wurde vor allem durch die Mechanismen der Privatisierungen, der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen, der Regulierung ausländischer

Direktinvestitionen sowie der gesetzlichen Regulierungen im Beschaffungswesen und Ausschreibungsverfahren zugunsten von Oligarchen ermöglicht.

Trotz der Versuche zur Liberalisierung und Demokratisierung des Staates unter dem pro-westlich orientierten Juschtschenko, der vom Westen unterstützt wurde, konnte sich die oligarchische Herrschaft weiter ausbreiten. Der Konflikt zwischen den oligarchischen Kapitalfraktionen, die sich in Form der Inkohärenz des Orangen Lagers zeigte, gepaart mit der Wirtschaftskrise führte zur Präsidentschaft von Janukowitsch und zur Stärkung des Donezk-Kapitals. Durch die Schaffung eines vertikalen Herrschaftssystems, konnten unter Janukowitsch fast ausschließlich die Donezker Kapitalgruppen profitieren, für die vor allem die wirtschaftliche Kooperation mit Russland wichtig war. Die wichtigsten Energiebereiche wurden daher fast völlig von den Donezker Finanz- und Industriegruppen kontrolliert. Dabei konnte Achmetow (SCM) seine Positionen stärken, indem er ein Monopol im Strombereich bildete und bis heute beibehalten konnte.

Auch nach dem Euromaidan, der auch vom ausländischen Kapital aus eigenen wirtschaftlichen Interessen unterstützt wurde, und trotz häufiger Versprechen von PolitikerInnen, konnte die Deoligarchisierung bis jetzt nicht erreicht werden, was mit der starken Dominanz von oligarchischen Interessen verbunden ist. Trotz der Änderungen der Herrschaftsverhältnisse innerhalb der oligarchischen Fraktionen, konnten diese ihren Einfluss (einige mehr, andere weniger) auf die Politik durch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder durch lobbiierte Gesetze behalten.

Da der Energiebereich einer der Hauptkanäle der Bereicherung der Oligarchen ist und sie weiterhin einen großen Einfluss auf die offiziellen Politiken haben, formieren sie die aktuelle Energiepolitik und damit auch die Klimapolitik der Ukraine. Die internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit der EU, die die Energiewende in der Ukraine prägen, prallen mit den fossilen Interessen der Oligarchen aufeinander. Deswegen versuchen die Oligarchen ihre Interessen durch lobbiierte Gesetzeslücken sowie durch den Einfluss auf die Institutionen, die die Energiepolitik gestalten, weiter zu fördern. Dabei spielt vor allem das Ministerium für Energie eine große Rolle, das stark von den Oligarchen kontrolliert wird, was sich auch in den nicht ambitionierten Zielen und Maßnahmen in den Strategien zur Entwicklung des Energiebereiches und zur

Energiewende zeigt. Außerdem ist es für die Oligarchen wichtig den Einfluss auf die NKREKP zu behalten, da diese die Tarifpolitik und eine geeignete Preisformel festlegt. Dabei werden auch die Reformen auf dem Strommarkt, die von der EU im Rahmen des Assoziierungsabkommens gefordert werden und zur Liberalisierung des Marktes führen sollten, durch die oligarchische Staatlichkeit verhindert.

Die durch die EU geförderte Liberalisierung würde für das ausländische Kapital den Zugang zum ukrainischen Markt und zu Rohstoffen öffnen, wodurch ihre wirtschaftlichen Interessen durchgesetzt werden könnten. Auf der anderen Seite sind bei der Umsetzung der Liberalisierungsmaßnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit mit der EU soziale Auswirkungen zu beachten. Hier ist vor allem die Frage der Steigerung der Energietarife für die Bevölkerung, die für die Liberalisierung und Energiewende zentral ist, sehr kontrovers, weil dies mit den positiven Veränderungen auf dem Energiemarkt auch die sozial geforderten Bevölkerungsgruppen stark treffen könnte.

Im Energiebereich spielt vor allem die Monopolposition von DTEK, das als Teil der von Achmetow kontrollierten Finanz- und Industriegruppe SCM, eine zentrale Rolle. DTEK und damit Achmetow, können durch den direkten Zugriff auf den Staatsapparat, weiterhin die Kohleerzeugung und die Wärmeenergie durch Mechanismen, wie staatliche Subventionen, Verzerrungen auf dem Strommarkt, Preiskontrolle etc. fördern.

Neben der Kontrolle von fossilen Energien, kontrolliert DTEK auch ein Viertel des grünen Energiemarkts. Seine Interessen in der grünen Energie sind aber im Vergleich zu fossilen sehr gering. Daher sieht er in der grünen Energie nur eine Möglichkeit zur Bereicherung mit Hilfe des hohen grünen Tarifes sowie zur Monopolbeibehaltung auf dem Strommarkt in der langfristigen Perspektive.

Schließlich führen die stark in den fossilen Energien geprägte Interessen der oligarchischen Herrschaftsgruppen sowie ihr Einfluss auf die Gestaltung der Energiepolitik, zur Weiterentwicklung des fossilen Energiebereichs, was mit den internationalen Verpflichtungen in Konflikt steht. Die durch die oligarchischen Mechanismen der Kontrolle über den fossilen Energiemarkt entstandenen Verschuldungen und Verzerrungen auf dem Energiemarkt könnten dazu führen, dass

die grüne Energieerzeugung zurückgeht und dadurch die Energiewende in der Ukraine deutlich verlangsamt wird.

## 7. Quellenverzeichnis

A Guide to the Climate Change Convention Process (2002). In: UFCCC, Bonn. Abgerufen unter: <https://unfccc.int/resource/process/guideprocess-p.pdf> [letzter Zugriff: 15.10.2020].

Ackermann, Anna/ Pavlenko, Olena (2020): Galysevij Bryf (Draft) „Energetychnyj sektor“ (Галузевий Бриф (Драфт) «Енергетичний сектор»). In: Reanimation Package of Reforms Coalition. Abgerufen unter: <https://rpr.org.ua/wp-content/uploads/2020/02/energy.pdf> [letzter Zugriff: 15.02.2021].

Akleyev, A.V. / Degteva, M.O. / Krestinina, L.Yu. / Tolstykh E.I. (2017): Consequences of the radiation accident at the Mayak production association in 1957 (the “Kyshtym Accident”). J. Radiol. Prot. 37 R19-42.

Andrusiv, Victor/ Ustenko, Oleg/ Romanenko, Yurii (2018): The future of the Ukrainian oligarchs. Ukrainian Institute for The Future.

Angres, Volker (2020): Warum das Kyoto-Protokoll kaum geholfen hat? In: ZDF online, 16. Februar 2020. Abgerufen unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kyoto-protokoll-15-jahre-100.html> [letzter Zugriff: 15.10.2020].

Annan, Kofi A. (2000): Foreword. In: Chernobyl. A Continuing Catastrophe, United Nations, New York and Geneva. Abgerufen unter [https://www.sortirdunucleaire.org/IMG/pdf/ocha-2000-chernobyl\\_a\\_continuing\\_catastrophe.pdf](https://www.sortirdunucleaire.org/IMG/pdf/ocha-2000-chernobyl_a_continuing_catastrophe.pdf) [letzter Zugriff: 15.10.2020].

Bailey, Sinead/ Bryant, Raymond (1997): Third World Political Ecology. London and New York: Routledge.

Balmaceda, Margarita (2021): Die Ukraine ist an einem Scheideweg in ihrer Erdgaspolitik. In: Ukraine-Analysen (246), 17. Februar 2020, 12-13.

Barkar, Dmytro (2014): „Uryad Kamikadze“ pryznachenij („Уряд Камікадзе“ призначений). In: Radiosvoboda, 27. Februar 2014. Abgerufen unter: <https://www.radiosvoboda.org/a/25279650.html> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Barkar, Dmytro (2020): Hto takyj Denys Schmygal: vse schtscho vidomo pro novogo premjera (Хто такий Деніс Шмигаль: все що відомо про нового прем'єра). In: Radiosvoboda, 04. März 2020. Abgerufen unter:

<https://www.radiosvoboda.org/a/denys-shmyhal-vse-shcho-vidomo/30416925.html>

[letzter Zugriff: 15.12.2020].

Barkar, Dmytro/ Petruk, Natalia (2019): Jak golosujut ukraintzi. Sim kart, jaki pojasnjujut vybory presyidenta (Як голосують українці? Сім карт, які пояснюють вибори президента). In: Radiosvoboda, 25. Februar 2019. Abgerufen unter: <https://www.radiosvoboda.org/a/istoriya-vyboriv-prezydenta-ukrayiny/29779081.html>

[letzter Zugriff: 25.03.2021].

Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: Polit-ökonomische Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik 24(2), 10-32.

Becker, Joachim (2015): Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer semi-peripherer Kapitalismus. In: Prokla 180 (3), 409-432.

Bolotova, Alla (2006): Gosudarstvo, Geology, y kolonyzatsija pryrodu v SSSR (Государство, геологи и колонизация природы с СССР). In: Neprykosnovennij zasras (Неприкосновенный запас), 2(46), 68-84.

Böttger, Katrin (2014): Auf dem sicherheitspolitischen Auge blind: die EU-Außenpolitik angesichts der Ukraine Krise: Zustand und Entwicklungsoptionen. Abgerufen unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2017/04/Katrin-Böttger-Auf-dem-sicherheitspolitischen-Auge-blind.pdf> [Letzter Zugriff 23.04.21].

Brad, Alina/ Brand, Ulrich (2016): Die Macht der ökologischen Krise. In: Politische Ökologie. Politix, 40. IPW, 5-10.

Brand, Ulrich (2010): Der Staat als soziales Verhältnis. In: Lösch, B./ Thimmel, A.: Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 145-156.

Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft (ÖZP), 42 (4), 425-442.

Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise: Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS), 36 (2), 12-34.

Busch-Lüty, Christiane (1987): Zum Verhältnis von Gesellschaft und Umwelt im Realen Sozialismus. Berlin: IUG.

Buttinger, Scott (2017): The Kyshtym Disaster. In: Introduction to Nuclear Energy. Reports. PH241, Stanford University, 22. Februar 2017. Abgerufen unter <http://large.stanford.edu/courses/2017/ph241/buttinger1/> [letzter Zugriff: 14.10.2020]

Cheban, Oleksandr (o. D.): Ukraine and Soviet nuclear history. In: Wilson Center. Abgerufen unter: <https://www.wilsoncenter.org/publication/ukraine-and-soviet-nuclear-history> [letzter Zugriff: 24.02.2021].

Chernenko, L./ Polyakova. S/ Shyshkyn V./ Reut A./ Vasiliev O./ Kogatko Y./ Zayaz V./ Klymenko Y./ Novosilska T. (2020): Vplyv koronavirusnoji kryzy na bidnist: pershi naslidku (Вплив коронавірусної кризи на бідність: перші наслідки для України). In: Institute of Demography and Sociological Research, Kyiv.

Chernobyl. A Continuing Catastrophe (2000). In: OCHA. United Nations, Geneva. Abgerufen unter [https://www.sortirdunucleaire.org/IMG/pdf/ocha-2000-chernobyl\\_a\\_continuing\\_catastrophe.pdf](https://www.sortirdunucleaire.org/IMG/pdf/ocha-2000-chernobyl_a_continuing_catastrophe.pdf) [letzter Zugriff: 15.10.2020].

Chernobyl 30 years on: Environmental and health effects. (2016). In: European Parliament. Abgerufen unter [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS\\_BRI\(2016\)581972](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2016)581972) [letzter Zugriff: 02.09.2020].

Chizhevska, Maria (2017): Poroshenko volodije 76 kompanijamy v Ukraini ta postupajutsya (narazi) za tsym pokaznzkom tilky Ahmetovu (Порошенко володіє 76 компаніями в Україні та поступається (наразі) за цим показником тільки Ахметову). In: Antikor, 05. September 2017. Abgerufen unter: <https://antikor.com.ua/articles/189211-poroshenko-volodije-76-kompanijami-v-ukrajini-ta-postupajetjsja-narazi-za-tsim-pokaznikom-tiljki-ahm> [letzter Zugriff: 02.04.2021].

Chromiec, Jan Jakob/ Koenig, Nicole (2015): Die Ukraine auf ihrem schwierigen Reformweg unterstützen. In: Policy Paper (143), Jacques Delors Institut Berlin. Abgerufen unter: <https://www.hertie->

[school.org/fileadmin/user\\_upload/Ukraine\\_KoenigChromiec\\_JDI-B\\_DE\\_Oct2015.pdf](https://www.school.org/fileadmin/user_upload/Ukraine_KoenigChromiec_JDI-B_DE_Oct2015.pdf)

[letzter Zugriff: 02.04.2021]

Convention on Nuclear Safety (o. D.). In: International Atomic Energy Agency. Abgerufen unter: <https://www.iaea.org/topics/nuclear-safety-conventions/convention-nuclear-safety> [letzter Zugriff: 24.02.2021].

Country Nuclear Power Profiles: Ukraine (2020). In: IAEA. Abgerufen unter: <https://cnpp.iaea.org/countryprofiles/Ukraine/Ukraine.htm> [letzter Zugriff: 24.02.2021].

Das Erbe von Tschernobyl: Einfluss auf die Gesundheit, sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Empfehlungen für die Regierungen von Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Das Tschernobyl Forum 2003-2005 (2006). In: IAEA. Abgerufen unter: [https://www.iaea.org/sites/default/files/chernobyl\\_ger.pdf](https://www.iaea.org/sites/default/files/chernobyl_ger.pdf) [letzter Zugriff 02.08.2020].

Das Übereinkommen von Paris (2020). In: oesterreich.gv.at. Abgerufen unter: [https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen\\_wohnen\\_und\\_umwelt/klimaschutz/1/Seite.1000325.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/bauen_wohnen_und_umwelt/klimaschutz/1/Seite.1000325.html) [letzter Zugriff: 11.08.2020].

Diachuk, O./ Chepeleev, M./ Podolets, R./ Trypolska, G./ Venger, V./ Saprykina, T./ Juchymets, R. (2017): Perehid Ukrainy na vidnovljuvalny energetyku do 2050 roku (Перехід України на відновлювальну енергетику). In: Heinrich Böll Stiftung. Abgerufen unter: [https://ua.boell.org/sites/default/files/perehid\\_ukraini\\_na\\_vidnovlyuvanu\\_energetiku\\_do\\_2050\\_roku.pdf](https://ua.boell.org/sites/default/files/perehid_ukraini_na_vidnovlyuvanu_energetiku_do_2050_roku.pdf) [letzter Zugriff: 21.03.2021].

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl (2017). In: Global 2000. Abgerufen unter: <https://www.global2000.at/tschernobyl> [letzter Zugriff: 02.08.2020].

Dietz, Kristina/ Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und „natürliche Grenzen“: Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 39 (156), 351-369.

Digges, Charles (2017): The worst nuclear disaster you've heard of celebrates its 60<sup>th</sup> birthday. In: Bellona Online, 2. October 2017. Abgerufen unter <https://bellona.org/news/nuclear-issues/2017-10-the-worst-nuclear-disaster-youve-never-heard-of-celebrates-its-60th-birthday> [letzter Zugriff: 14.10.2020].

Dobudova energoblokov №3-4 Khmelnytskoji atomnoji elektrostanzii. Krytychni zauvazhennya do otsinki vplyvy na navkolyshne pryrodne seredovyschtche (Добудова енергоблоків №3-4 Хмельницької атомної електростанції. Критичні зауваження до оцінки впливу на навколишнє природне середовище) (2011). In: National Ecological Centre of Ukraine. Abgerufen unter: [https://www.necu.org.ua/wp-content/uploads/krytyka\\_teo\\_ta\\_ovns\\_haes.pdf](https://www.necu.org.ua/wp-content/uploads/krytyka_teo_ta_ovns_haes.pdf) [letzter Zugriff: 24.02.2021]

Dosvid krajin Evrosouzu u pydvyshtshennya enegoefektyvnosti energoaudyty ta energomenedjmentu z energooschadnosty v ekonomizi Ukrainu (2017). In: Ukrenerg. Abgerufen unter: <https://ua.energy/wp-content/uploads/2018/01/Pidvyshhennya-energoefektyvnosti-v-YES.pdf> [letzter Zugriff: 04.02.2021].

Drugij Natsionalno vyznachenij vnesok Ukrainia do Paryzkoj ugodu (Другий Національно визначений внесок України до Паризької угоди (HBB2): амбітність та перспективи) (2020). In: Ministry of Ecology and Natural Resources of Ukraine. Abgerufen unter: <https://mepr.gov.ua/news/36563.html> [letzter Zugriff: 15.01.2021].

Eremenko, Ilyya/ Vynarska, Mariana/ Melnyk, Yulia (2019): Klimatychna polityka Ukrainy: Energetychna skladova (Кліматична політика України: Енергетична складова). In: Heinrich Böll Stiftung. Abgerufen unter: [https://ua.boell.org/sites/default/files/hbs\\_klimatichna\\_politika\\_ukrayini\\_energetichna\\_skladova.pdf](https://ua.boell.org/sites/default/files/hbs_klimatichna_politika_ukrayini_energetichna_skladova.pdf) [letzter Zugriff: 24.02.2021]

Ermolaev, Sergei (2017): The Formation and Evolution of the Soviet's Union Oil and Gas Dependence. In: Carnegie Endowment for International Peace, 29. März 2017. Abgerufen unter: <https://carnegieendowment.org/2017/03/29/formation-and-evolution-of-soviet-union-s-oil-and-gas-dependence-pub-68443> [letzter Zugriff: 24.02.2021].

Fact sheet: Climate Change science – the status of climate change science today (2019). In: UFCCC. Abgerufen unter: [https://unfccc.int/files/press/backgrounders/application/pdf/press\\_factsh\\_science.pdf](https://unfccc.int/files/press/backgrounders/application/pdf/press_factsh_science.pdf) [letzter Zugriff: 24.03.2021].

Fajzulin, Yaroslav (2020): Poshyrennya bud yakoji informatzii pro Chornobyl organu KGB URSS traktuvaly yak naklepy na radyansky dijsnist ta panichni chytky

(Поширення будь якої інформації про Чорнобиль органи КГБ УРСР трактували як «наклепи на радянську дійсність» та «панічні чутки»). In: Ukrainisches Institut für Nationales Gedächtnis. Abgerufen unter: <https://old.uinp.gov.ua/news/poshirennya-bud-yakoi-informatsii-pro-chornobil-organi-kgb-ursr-traktuvali-yak-naklepi-na-radya> [letzter Zugriff: 02.08.2020].

Foders, Federico (1991): Energiekrise in der Sowjetunion. Die Weltwirtschaft. In: Weltwirtschaft, 1, 151-165.

Gestwa, Klaus (2003): Ökologischer Notstand und sozialer Protest: ein umwelthistorischer Blick auf die Reformunfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion. In: Archiv für Sozialgeschichte 43, 325-348.

Gorchinskaya, Katya (2019): Ukraine's green oligarchs. In: Politico, 15. April 2019. Abgerufen unter: <https://www.politico.eu/article/ukraines-green-oligarchs-energy-subsidies-electricity-tariffs/> [letzter Zugriff: 08.11.2020].

Gorchinskaya, Katya (2020): A brief history of corruption in Ukraine: the Poroscheno Era. In: Eurasianet, 11. June 2020. Abgerufen unter: <https://eurasianet.org/a-brief-history-of-corruption-in-ukraine-the-poroshenko-era> [letzter Zugriff: 20.10.2020].

Gozak, Natalia (2016): Shcho znachyt dlia Ukrainu ratyfikatsia Paryzkoji klimatzchnoji ugodu (Що значить для України ратифікація Паризької кліматичної угоди). In: WWF. Abgerufen unter [https://wwf.panda.org/wwf\\_news/?273490/climate-agreement-for-Ukraine](https://wwf.panda.org/wwf_news/?273490/climate-agreement-for-Ukraine) [letzter Zugriff: 20.12.2020]

Halling, Steffen / Stewart, Susan (2016): Die „Deoligarchisierung“ in der Ukraine: Vielversprechende Visionen, trübe Realitäten. In: SWP, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Abgerufen [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A69\\_hll\\_stw.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A69_hll_stw.pdf) [letzter Zugriff: 04.01.2021].

Haring, Melinda (2020): Five reasons of failing in Ukraine. In: The National Interest, 6. Juli 2020. Abgerufen unter: <https://nationalinterest.org/feature/five-reasons-why-zelensky-failing-ukraine-164181> [letzter Zugriff: 12.12.2020].

Haury, Heinz-J. (2007): Hintergrundinformation: 50 Jahre Strahlenunfall von Kysthym. In: Helmholtz Zentrum München, 20. September 2007. Abgerufen unter

<https://www.helmholtz-muenchen.de/aktuelles/uebersicht/pressemitteilungnews/article/18253/index.html>

[letzter Zugriff: 14.10.2020].

Hellmann, Joel/ Kaufmann, Daniel (2001): Confronting the challenge of state capture in transition economies. In: Finance Development, 38(3). Abgerufen unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2001/09/hellman.htm> [letzter Zugriff: 28.03.2021].

Holstenkamp, Lars / Radthke, Jörg (Hg.) (2018): Handbuch: Energiewende und Partizipation. Wiesbaden: Springer VS.

Intended Nationally-Determined Contribution (INDC) of Ukraine to a New Global Climate Agreement (2015). In: UNFCCC. Abgerufen unter: <https://www4.unfccc.int/sites/ndcstaging/PublishedDocuments/Ukraine%20First/Ukraine%20First%20NDC.pdf> Letzter Zugriff [15.08.2020].

Istoriya stanovlennya (o. D.). In: Staatsdienst der Ukraine für Notfälle. Abgerufen unter: [https://web.archive.org/web/20140702061539/http://mns.gov.ua/content/history\\_1996\\_99.html](https://web.archive.org/web/20140702061539/http://mns.gov.ua/content/history_1996_99.html) [letzter Zugriff: 22.02.2021].

Jarabik, Balazs/ Sasse, Gwendolyn/ de Waal, Thomas (2018): EU und Ukraine: Atempause vor den Wahlen. In: Carnegie Endowment for International Peace, 27. Februar 2018. Abgerufen unter: [https://carnegieendowment.org/files/EU\\_Ukraine\\_Reform\\_DE\\_Final.pdf](https://carnegieendowment.org/files/EU_Ukraine_Reform_DE_Final.pdf) [letzter Zugriff: 02.04.2021]

Jaroschinskaja, Alla (2006): Lüge-86: Die Geheimen Tschernobyl-Dokumente. In: Sam, A./ Sapper, W./ Weichsel, V. (Hg.): Tschernobyl: Vermächtnis und Verpflichtung. Berlin: BWV. Osteuropa 4/2006. 39-56.

Kalinina, Natalia (2011): Ecologicheskaya jurnalistika: Uchebnoe posobije. (Экологическая журналистика: Учебное пособие). Blagoweshchensk: АМГУ.

Kalnytsky, Mikhailo (2020): Elektroenergetyka Ukraini: Istorichnij ekskurs (Електроенергетика України: Історичний екскурс). Kiew: Artek.

Kasyanov, Georgij (2009): Systema wladnyh widnosyn y suchasnij Ukraini: grupy interesu, klany ta oligarchia (Система владних відносин у сучасній Україні: групи інтересу, клани і олігархія). In: Ukrainskyj istorichnij journal. 160-180.

Kempe, Iris (2013): Russland und die Staaten der östlichen Nachbarschaft, die Ukraine, die Republik Moldawien, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidshan in.: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2013, Baden-Baden: Nomos, 313-318.

Krasiuk, Z./ Lenga, Y. (2020): Nuansy zakonu pro "zeleny auktsionu" (Нюанси закону про «зелені аукціони»). In: European Business Association. Abgerufen unter: <https://eba.com.ua/nyuansy-zakonu-pro-zeleni-auktsiony/> [letzter Zugriff: 21.02.2021].

Kravets, Roman/ Romaniuk, Roman (2020): Leonid Danylovytsch Zelenskij. President mezdu Kolomojskym y Achmetovim (Леонид Данилович Зеленський. Президент между Коломойським и Ахметовим). In: Epravda, 29. April 2020. Abgerufen unter: <https://www.pravda.com.ua/rus/articles/2020/04/29/7249767/> Letzter Zugriff [15.10.2020]

Kopishinska, K./ Shyrokova I. (2019): Suchasnij stan ta perspektywy innowatsijnogo rozwytku atomnoji energetyky suchasnoji Ukraini (Сучасний стан та перспективи інноваційного розвитку атомної енергетики України). In: Economic bulletin of National Technical University of Ukraine „Kyiv Politechnical Institute“, 16, 350-359.

Kudelia, Serhiy (2012): The sources of continuity and change of Ukraine's incomplete state. In: Communist and Post-Communist Studies 45(3-4), 417-428.

Kuzio, Taras (2002): Staatskapazität, nationale Integration und Zivilgesellschaft. In: Gerhard, Simon (Hg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft-Wirtschaft-Politik (1991-2001). Köln: Böhlau Verlag, 51-73.

Kuzio, Taras (2009): Zovnishna polityka troh osnovnych kandydativ u prezysenty (Зовнішня політика трьох основних кандидатів у президенти). In: Ukrainska Pravda, 30. November 2009. Abgerufen unter: <https://blogs.pravda.com.ua/authors/kuzyo/4b13cd505d2f0/> [letzter Zugriff: 06.03.2021].

Kuzio, Taras (2012): The Ukrainian immobile state two decades after the desintegration of the USSR. In: Communist and Post-Communist Studies 45(3-4), 413-415.

Köhler, Bettina / Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, B./ Thimmel, A.: Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 217-227.

Lashtchenko, Oleksandr (2020): 2020-y Oligarchitschniyi: Zelenskij ne Ruswelt? (2020-й Олігархичний: Зеленський не Рузвельт?). In: Radiosvoboda, 17. Dezember 2020. Abgerufen unter: <https://www.radiosvoboda.org/a/31004466.html> [letzter Zugriff: 16.10.2020].

Malygina, Katerina (2013): Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsch 2010-2012. In: Ukraine-Analysen (112), 12. Februar 2013, 2-6.

Markevich, K./ Omelchenko, W. (2015): Jaderna energetyka u switi ta Ukraini: potochniy stan ta perspektywy rozwytku (Ядерна енергетика у світі та Україні: Поточний стан та перспективи розвитку). In: Razumkov Centre. Abgerufen unter: [https://razumkov.org.ua/upload/2015\\_atom-1.pdf](https://razumkov.org.ua/upload/2015_atom-1.pdf) [letzter Zugriff: 24.02.2021] .

Matuszak, Slawomir (2012): The Oligarchic Democracy. The Influence of Business Groups on Ukrainian Politics. OSW Studies 42. Warsaw. Abgerufen unter [https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace\\_42\\_en\\_0.pdf](https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_42_en_0.pdf) [letzter Zugriff: 04.01.2021] .

Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse [28 Absätze]. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 1(2), Art. 20. Abgerufen unter: <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2384> [letzter Zugriff: 30.03.2021].

Meadows, Donella/ Meadows, Dennis/ Randers, Jorgen/ Behrens III, William (1972): The Limits To Growth. New York: Universe Books.

Melnykovska, Inna (2014): Analyse: Die Oligarchen und die Politik in Kriegs- und Krisenzeiten. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen unter

<https://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/197897/analyse-die-oligarchen-und-die-politik-in-kriegs-und-krisenzeiten> [letzter Zugriff: 04.01.2021].

Memorandum der RSK zur Gewährleistung einer angemessenen Sicherheitskultur (2002). In: Reaktor-Sicherheitskommission. Abgerufen unter: <http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/epanlage2rsk352hp.pdf> [letzter Zugriff: 24.02.2021].

Memorandum of Understanding on a Strategic Energy Partnership between the European Union together with the European Atomic Energy Community and Ukraine (2016). In: Europäische Kommission. Abgerufen unter: [https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/mou\\_strategic\\_energy\\_partnership\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/mou_strategic_energy_partnership_en.pdf) [letzter Zugriff: 04.03.2021].

Mez, Lutz (1987): Mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken...den Kommunismus aufbauen oder die Energiepolitik der UdSSR. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 17(67), 99-118.

Mykhnenko, Vlad/ Swain, Adam (2010): Ukraine's diverging space-economy: The Orange Revolution, post-soviet development models and regional trajectories. In: European Urban and Regional Studies 17 (2), 141-165.

Nazarov, Nikolai/ Cook Hadrian F./ Woodgate Graham (2001): Environmental issues in the post-communist Ukraine. In: Journal for Environmental Management (63), 71-86.

Nitsovyh, Roman/ Serebrennikov, Bohdan/ von Mettenheim, Manuel/ Mykhailenko, Oleksii/ Meissner, Frank/ Stiewe, Clemens (2020): Quarterly Monitoring Report on the Implementation of Ukraine's Energy Action Plan. In: Low Carbon Ukraine. Abgerufen unter [https://lowcarbonukraine.com/wp-content/uploads/2020/03/MR6\\_Feb20\\_eng.pdf](https://lowcarbonukraine.com/wp-content/uploads/2020/03/MR6_Feb20_eng.pdf) [letzter Zugriff: 05.01.2021].

Normatyvno-pravova baza (Нормативно-правова база) (o. D.). In: SAEE. Abgerufen unter: <https://saee.gov.ua/uk/activity/vidnovlyuvana-enerhetyka/normatyvno-pravova-baza> [letzter Zugriff: 28.03.2021].

Nuclear Power in Ukraine (2021). In: World Nuclear Association. Abgerufen unter: <https://world-nuclear.org/information-library/country-profiles/countries-t-z/ukraine.aspx> [letzter Zugriff: 25.02.2021].

Oglad energetychnogo sektory Ukrainy: instytutskiji, upravlinnya ta polytychny zasady (Огляд енергетичного сектору України: інституції, управління, політичні засади) (2019). In: OECD. Abgerufen unter: <https://www.oecd.org/eurasia/competitiveness-programme/eastern-partners/Огляд-енергетичного-сектору-України-UKR.pdf> [letzter Zugriff: 12.02.2021]

Oglad svitovogo dosvidu znyzhennya obsyagiv antropogennyh vykydiv parnykovykh gaziv na objekrah energetyky (Огляд світового досвіду зниження обсягів викидів парникових газів на об'єктах енергетики) (2013). In: Ukrenergo. Abgerufen unter: <https://ua.energy/wp-content/uploads/2018/01/5.-Vykydy.pdf> [letzter Zugriff: 22.03.2021].

Olijnyk, Svitlana (2020): „Teplyh kredytiv“ vystachyt na misyats: shcho dali? («Теплих кредитів» вистачить на місяць: що далі?). In: UA-Energy, 30. September 2020. Abgerufen unter: <https://ua-energy.org/uk/posts/teplykh-kredytiv-v-ukraini-vystachyt-na-misiats-shcho-dali> [letzter Zugriff: 22.03.2021].

Opytuvannya: ukraintsi hochut bilshe znaty pro enrgergetyku (Опитування: українці хочуть знати більше про енергетику). In: Dixi Group. Abgerufen unter: <https://dixigroup.org/opytuvannia-ukraintsi-khochut-bilshe-znaty-pro-enerhetyku/> [letzter Zugriff: 22.03.2021].

Oswald, Günther (2016): Activ Solar: Großpleite mit Krim-Konnex wird zum Totalausfall. In: Der Standard, 7. April 2016. Abgerufen unter: <https://www.derstandard.at/story/2000034377989/grosspleite-mit-krim-konnex-wird-zum-totalausfall> [letzter Zugriff: 08.11.2020].

Paryaka klimatychna ugoda – mozhlywist dlya Ukraini buty u sviwimu trendi (Паризька кліматична угода - можливість для України бути у світовому тренді низьковуглецевого та сталого енергетичного розвитку, - Держенергоефективност) (2016). In: Government Portal of Ukraine. Abgerufen unter <https://www.kmu.gov.ua/news/249209857> [letzter Zugriff: 14.12.2020].

Perehid Ukraini na vidnovluvalny energetyku do 2050 roku (Перехід України на віновлювальну енергетику до 2050 року) (2017). In: Ecoaction. Abgerufen unter: [https://ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2017/10/perehid\\_ukraini\\_na\\_vidnovlyuvanu\\_energetiku\\_do\\_2050\\_r\\_oku.pdf](https://ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2017/10/perehid_ukraini_na_vidnovlyuvanu_energetiku_do_2050_r_oku.pdf) [letzter Zugriff: 12.12.2020].

Pereguda, E. (2014): The foreign policy concepts of the Ukrainian neoconservatism (in the context of European integration). In: *Studia polotologica Ucraino-polona*, 4, 115-122.

Petrov, Roman (2020): Peculiarities of a transposition of “an *acquis*” of the EU in the legal system of Ukraine: Energy and Customs Sectors. In: *Lex Portus*(2), 42-57. Abgerufen unter: <https://doi.org/10.26886/2524-101X.2.2020.3> [letzter Zugriff: 08.03.2021].

Pislya Chornobyla ukraintsi vidkynulu, a potim vymusheno sprijnalu atomnu energetyku (Після Чорнобиля українці відкинули, а потім вимушено сприйняли атомну енергетику) (2019). In: *Radiosvoboda*, 30. Mai 2019. Abgerufen unter: <https://www.radiosvoboda.org/a/chornobyl-nuclear-energy/29972500.html> [letzter Zugriff: 22.02.2021].

Plank, Christina (2016a): *Oligarchische Staatlichkeit: Das Agrartreibstoffprojekt in der Ukraine*. Dissertation. Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.

Plank, Christina (2016b): The agrofuels project in Ukraine: how oligarchs and the EU foster agrarian injustice. In: Pichler, M./Staritz, C./Küblböck, K./Plank, C./Raza, W./Ruiz Peyré F. (eds.): *Fairness and Justice in Natural Resource Politics*. Routledge: London, 218-236.

Poulantzas, Nikos (1978/2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*; Hamburg: VSA.

Pretenziji do Ukrainu shchodo nevykonannya Kiotskogo prokolu znyati – Minister Semerak (Претензії до України щодо невиконання Кіотського протоколу зняті – Міністер Семерак) (2017). In: *hromadske*, Abgerufen unter <https://hromadske.ua/posts/pretenzii-do-ukrainy-shchodo-nevykonannia-kiotskoho-protokolu-zniati-ministr-semerakb> [letzter Zugriff: 14.10.2020].

Prokip, Adrian (2019): Ukraine's energy: The State and the oligarchs in a deadlock. In: Bultic Rim Economies. Abgerufen unter: <https://sites.utu.fi/bre/ukraines-energy-the-state-and-oligarchs-in-a-deadlock/> [letzter Zugriff: 08.11.2020].

Pro Ugodu pro asoziatziju Ukraina – ES (Про Угоду про асоціацію Україна-ЄС) (2019). In: Ministry of Foreign Affairs of Ukraine. Abgerufen unter: <https://mfa.gov.ua/yevropejska-integraciya/ugoda-pro-asociaciyu-mizh-ukrayinoyu-ta-yes/pro-ugodu-pro-asociaciyu-ukrayina-yes> [letzter Zugriff: 18.12.2020].

Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (1992). In: UNFCCC. Abgerufen unter <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> [letzter Zugriff: 10.08.2020].

Redlich, Martin (2018): Die politische und wirtschaftliche Transformation der Ukraine: Vom Ende der Sowjetunion bis zum Ausbruch der Majdan-Protteste im November 2013. Dissertation. Universität Rostock, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Riabchuk, Mykola (2009a): Agony of a 'Blackmail State': Rise and (Possible) Fall of Post-Soviet Semi-Authoritarian Regimes. In: Lushnycky, Andrej N./Riabchuk, Mykola (Hg.): Ukraine on Its Meandering Path between East and West. Bern: Peter Lang, 15-40.

Riabchuk, Mykola (2009b): Ukraine's Nuclear Nostalgia. In: World Policy Journal, 26(4), 95-105.

Riecke, Hennig (2002): The most ambitious agenda: Amerikanische Diplomatie gegen die Entstehung neuer Kernwaffenstaaten und das Nukleare Nichtverbreitungsregime in den Neunzigern Jahren. Dissertation. Freie Universität Berlin. Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften.

Rozwytok atomnoji eneretyky w Ukraini (Розвиток атомної енергетики в Україні) (2014). In: Energieministerium der Ukraine. Abgerufen unter: [http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art\\_id=244957908&cat\\_id=244916056](http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art_id=244957908&cat_id=244916056) [letzter Zugriff: 24.02.2021]

Rudenko, Leonid/ Dathe, Claudia (2010): In der Krise: Die ökologische Lage in der Ukraine. In: Osteuropa vol. 60 (2/4), Stichwechsel: Politische Metamorphosen in der Ukraine. 301-307.

Ryabinska, Nataly (2011): The Media Market and Media Ownership in Post-Communist Ukraine. In: Problems of Post Communism vol.58 (6), 3-20.

Sabonis-Helf, Theresa (2002): Climate Change Policy in Russia, Ukraine and Kazakhstan. In: The National Council for Eurasian and East European Research, Washington D.C. Abgerufen unter [https://www.ucis.pitt.edu/nceeer/2002\\_816-18g\\_Sabonis-Helf.pdf](https://www.ucis.pitt.edu/nceeer/2002_816-18g_Sabonis-Helf.pdf) [letzter Zugriff: 11.08.2020]

Sauer, Birgit (2011): Staat. In: Göhler, G./ Iser M./ Kerner I. (Hg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 339-355.

Savitsky, Oleg (2020): Shchtcho chekaje na Ukrainy: dekarbonisatzija chy monopolizatsija? (Що чекає на Україну: декарбонізація чи монополізація?). In: Heinrich Böll Stiftung, 5. Februar 2020. Abgerufen unter: <https://ua.boell.org/uk/2020/05/05/what-store-ukraine-decarbonization-or-monopolization> [letzter Zugriff: 21.02.2021].

Scherbyna, Sergij (2013): Hto takij Sergij Kurchenko? (Хто такий Сергій Курченко?). In: Epravda, 14. Februar 2013. Abgerufen unter: <https://www.epravda.com.ua/publications/2013/02/14/361568/> [letzter Zugriff: 20.03.2021].

Schmidt, Matthias (2016): Politische Ökologie des Postsozialismus. In: Geographica Helvetica 71 (4): 259-270

Schöning, Simon/ Zubaka, Vasyl (2018): Energy transition in Ukraine: Renewable Energy in the context of institutional change. In: emecon 7(1), 1-13.

Schröder, Hans-Henning (1987): Gorbatschows Wirtschaftspolitik und die Verteidigung des Vaterlands: Die sowjetische Rüstungswirtschaft in der Ära der Reformen. In: Osteuropa 37(8), 603-619.

Schröder, Hans-Henning (2018): Revolutionäre Neuordnung und Stalin-Diktatur (1918-1953). In: Bundeszentrale für politische Bildung, 14. Juni 2018. Abgerufen

unter: <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47918/revolutionaere-neuordnung-und-stalin-diktatur-1918-1953?p=0&rl=0.7359019410774157#rate5>

[letzter Zugriff: 20.02.2021]

Seidl, Hannah Elisabeth (2016): Analyse des Pariser Klimaabkommens. In: Politische Ökologie. Politix, 40. IPW. 18-20.

„Shemy“ pokazaly, jak drug presidenta Kononeko zaroblyav na aferah w energetytsy (Схеми показала як друг президента Кононенко заробляв на аферах в енергетиці) (2019). In: Radiosvoboda, 28.Marz 2019. Abgerufen unter: <https://www.radiosvoboda.org/a/news-schemes-kononenko/29848318.html> [letzter Zugriff: 12.12.2020].

Sinyak, Yuri (1991): Soviet Energy Dilemma and Prospects. In: Annual Review of Energy and The Environment 16, 123-144.

Solonyna, Yevhen (2020): Rik Kolomojskogo: yak zminivsyia vplyv Oligarcha pislya toho yak Zelenskij peremig na vyborah (Рік Коломойського: як змінився вплив олігарха після того, як Зеленський переміг на виборах). In: Radiosvoboda, 08. April 2020. Abgerufen unter: <https://www.radiosvoboda.org/a/kolomoyskiy-empire-in-zelenskyi-age/30537948.html> [letzter Zugriff: 11.12.2020]

Sporudzennya atomnyh blokiv №3 ta 4 Khmelnytskoi AES: Analiz ryzykiv proektu (Спорудження атомних блоків №3 та 4 Хмельницької АЕС: Аналіз ризиків проекту) (2018). In: Ecoaction. Abgerufen unter: [https://ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2018/07/KhAES-3-4-UA\\_web.pdf](https://ecoaction.org.ua/wp-content/uploads/2018/07/KhAES-3-4-UA_web.pdf) [Letzter Zugriff: 22.02.2021].

Stavchuk, Iryna (2008): Ukraine: Doppelter Klimawandel: Treibhausgase senken, Wissen vermehren. In: Osteuropa 58 (4/5), Grundbuch: Politische Ökologie im Osten Europas, 237-250.

Stavlennya naselenya Ukrainu do atomnoi enegytyky. Rezume za rezyltatamy focus-grupovyh duskusij ta soziologichnogo opytuvannya (Ставлення населення України до атомної енергетики. Резюме за результатами фокус-групових дискусій та соціологічного опитування) (2015). In: National Ecological Centre of Ukraine. Abgerufen unter: [https://necu.org.ua/wp-content/uploads/2016/04/Social-Survey-on-Nuclear-Energy-in-Ukraine-NECU\\_ua.pdf](https://necu.org.ua/wp-content/uploads/2016/04/Social-Survey-on-Nuclear-Energy-in-Ukraine-NECU_ua.pdf) [letzter Zugriff: 22.02.2020].

Stewart, Susan (2017): Das öffentliche Beschaffungswesen in der Ukraine: Hintergründe und Einschätzungen des Reformprozesses. In: Ukraine-Analysen (178), 25. Januar 2017.

Suhr, Frauke (2017): USA haben den höchsten CO2-Ausstoß pro Kopf. In: Statista. Abgerufen unter <https://de.statista.com/infografik/9658/laender-mit-den-hoechsten-co2-emissionen-pro-kopf/> [letzter Zugriff: 28.09.2020].

Sukha, Nadia (2019): Vijskovej expert Taras Chmut: Zayavki pro povernennya jadernogo statusu dlia Ukraini – vidwertij populism (Військовий експерт Тарас Чмут: Заявки про повернення ядерного статусу для України – відвертий популізм). In: Epravda, 18. Juli 2019. Abgerufen unter: <https://vybory.pravda.com.ua/articles/2019/07/18/7150041/> [letzter Zugriff: 23.02.2021].

Sumlenny, Sergei (2021): Eine Riesenverschuldung gegenüber den Erneuerbaren: Selenskyjs Energiepolitik könnte katastrophale Folgen für die Ukraine haben. In: Ukraine-Analysen (246), 2-6. In: Länder-Analysen. Abgerufen unter: <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/246/> [letzter Zugriff: 02.03.2021].

Systema energoefektyvnosti v Ukraini: Proekt do obgovorennya (Система енергоефективності в Україні: Проект до обговорення) (2018). In: Ministry for Communities and Territories Development of Ukraine, GIZ. Abgerufen unter: <https://www.minregion.gov.ua/wp-content/uploads/2018/09/GIZ-brochure.pdf> [letzter Zugriff: 04.04.2021].

The First National Communication on Climate Change: Ukraine (1998). In: UNFCCC. Abgerufen unter <https://unfccc.int/resource/docs/natc/ukrnc1.pdf> [letzter Zugriff: 08.10.2020].

The Paris Agreement (2020). In: UNFCCC. Abgerufen unter: <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement> [letzter Zugriff: 04.12.2020]

The Rise and Fall of the USSR as a Global Power – Chris Miller (2017). In: Foreign Policy Research Institute, YouTube, 26. October 2017. Abgerufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=rMRU369GaMo&t=2209s> [letzter Zugriff: 30.03.2021].

Tschernobyl: Der Super-GAU im Protokoll (2016). In: Spiegel, 25. April 2016. Abgerufen unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/tschernobyl-der-super-gau-im-protokoll-a-1089220.html> [letzter Zugriff: 02.08.2020].

Top 10 benefiziarov „zelenogo tarifa“ v 2018 godu: Achmetow y drygye (Топ-10 бенефіціаров «зеленого тарифа в 2018 году: Ахметов и другие» (2019). In: Epravda, 24. Mai 2019. Abgerufen unter: <https://www.epravda.com.ua/rus/news/2019/05/24/648107/> [letzter Zugriff: 18.11.2020].

UdSSR: „Jeden Tag Sorge um die Energie“ (1973). In: Spiegel, 16. Dezember 1973. Abgerufen unter: <https://www.spiegel.de/politik/udssr-jeden-tag-sorge-um-die-energie-a-75cd2adf-0002-0001-0000-000041810665?context=issue> [letzter Zugriff: 28.03.2021].

U Radi proponujut rosednatu ministerstwo energetyki ta zahysty dowkillja (У Раді пропонують роз'єднати міністерство енергетики та захисту довкілля) (2020). In: UA-Energy, 14. Mai 2020. Abgerufen unter: <https://ua-energy.org/uk/posts/z-ministerstva-enerhetyky-ta-zakhystu-dovkillia-proponuiut-stvoryty-dva> [letzter Zugriff: 28.03.2021].

Ukraine and EU: Towards a decarbonisation partnership (2019). In: Heinrich Böll Stiftung. Abgerufen unter [https://ua.boell.org/sites/default/files/2020-01/Ukraine\\_Energie\\_2019.pdf](https://ua.boell.org/sites/default/files/2020-01/Ukraine_Energie_2019.pdf) [letzter Zugriff: 04.01.2021].

Ukraine: Energieeffizienz und erneuerbare Energie in Gebäuden mit Fokus auf Solarenergie. Zielmarktanalyse 2019 mit Profilen und Marktakteure (2019). In: Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. DEinternational Ukraine. Abgerufen unter: [https://www.german-energy-solutions.de/GES/Redaktion/DE/Publikationen/Marktanalysen/2019/zma\\_ukraine\\_2019\\_energieeffizienz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.german-energy-solutions.de/GES/Redaktion/DE/Publikationen/Marktanalysen/2019/zma_ukraine_2019_energieeffizienz.pdf?__blob=publicationFile&v=4) [letzter Zugriff: 08.01.2021].

Uryadu Ukrainskoj Rjadyanskoj Socialistyčnoj Respubliku – Istorija (Уряди Української Соціалістичної Республіки – Історія) (o. D.). In: Government Portal of Ukraine. Abgerufen unter: [http://old.kmu.gov.ua/kmu/control/uk/publish/article?art\\_id=661998&cat\\_id=661258](http://old.kmu.gov.ua/kmu/control/uk/publish/article?art_id=661998&cat_id=661258) [letzter Zugriff: 08.03.2021].

Vinnichuk, Jurij (2019): Jak Ahmetov otrymav monopoliju monopolij na rozpodil elektroenergiji v Ukraini (Як Ахметов отримав монополію монополій на розподіл електроенергії в Україні). In: biz.zensor.net, 28. Mai 2019. Abgerufen unter: [https://biz.censor.net/resonance/3129127/yak\\_ahmetov\\_otrimav\\_monopolyu\\_monopoly\\_na\\_rozpodil\\_elektroenerg\\_v\\_ukran](https://biz.censor.net/resonance/3129127/yak_ahmetov_otrimav_monopolyu_monopoly_na_rozpodil_elektroenerg_v_ukran) [letzter Zugriff: 03.04.2021].

Vinnichuk, Jurij/ Golovnov, Sergij (2020): Jak Rada zminyla pravyla dlja „zelenoji“ generatsii pid oligarchiv (Як Рада змінила правила для «зеленої» генерації під олігархів). In: biz.zensor.net. Abgerufen unter: [https://biz.censor.net/resonance/3209297/yak\\_rada\\_zmnila\\_pravila\\_dlya\\_zeleno\\_generats\\_pd\\_olgarhv](https://biz.censor.net/resonance/3209297/yak_rada_zmnila_pravila_dlya_zeleno_generats_pd_olgarhv) [letzter Zugriff: 28.03.2021].

Weselova, Oleksandra (2004): GOELRO (ГОЕЛРО). In: Encyclopedia of the history of Ukraine, 2, Institute of History of Ukraine, Kyiv: Naukova dumka.

What is the Kyoto Protocol? (o.D.). In: UNFCCC. Abgerufen unter [https://unfccc.int/kyoto\\_protocol](https://unfccc.int/kyoto_protocol) [letzter Zugriff: 28.09.2020].

What is the Paris Agreement (o.D.). In: UNFCCC. Abgerufen unter: <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement> [letzter Zugriff: 28.09.2020].

Wilson, Andrew (2016): Survival of the richest: How oligarchs block reform in Ukraine. In: European Council on Foreign Relations. Abgerufen unter: [https://ecfr.eu/wp-content/uploads/ECFR\\_160\\_SURVIVAL\\_OF\\_THE\\_RICHEST-HOW\\_OLIGARC1\\_BLOCK\\_REFORM\\_IN\\_UKRAINE.pdf](https://ecfr.eu/wp-content/uploads/ECFR_160_SURVIVAL_OF_THE_RICHEST-HOW_OLIGARC1_BLOCK_REFORM_IN_UKRAINE.pdf) [letzter Zugriff: 08.12.2020].

Yurchenko, Yuliya (2012): “Black holes” in the political economy of Ukraine: The Neoliberalization of Europe’s “Wild East. In: Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe, 20(2-3), 125-149.

Yurchenko, Yuliya (2013): Capitalist bloc formation, transnationalisation of the state and transnational capitalist class in post-1991 Ukraine. Doctoral thesis (PhD). University of Sussex.

Liste von Interviews:

*Interview 1:* Vertreterin des Zentrums für Umweltinitiativen. (Eigene Übersetzung aus Ukrainisch). Durchgeführt am 22.10.2020.

*Interview 2:* Mitbegründer der NGO für nachhaltige Unternehmerschaft und Entwicklung der grünen Energie; Mitbegründer der Community Energy. (Eigene Übersetzung aus Ukrainisch). Durchgeführt am 5.11.2020.

*Interview 3:* Experte für Klima- und Energiepolitik, Mitarbeiter in internationalen Netzwerken von Umweltorganisationen. (Eigene Übersetzung aus Ukrainisch). Durchgeführt am 25.11.2020

*Interview 4:* Vorsitzender des Verbands für energieeffiziente Städte; Mitglied der informellen Vereinigung von Experten und Aktivisten für die strategische Entwicklung. (Eigene Übersetzung aus Ukrainisch). Durchgeführt am 04.12.2020

*Interview 5:* Mitglied der Vereinigung von NGOs und Klimaschutzorganisationen für die Entwicklung der grünen Energie und Steigerung der Energieeffizienz. (Eigene Übersetzung aus Ukrainisch). Durchgeführt am 9.12.2020.

## **8. Anhang**

### **8.1. Abstract Deutsch**

Diese Masterarbeit untersucht die Energiewende im Rahmen der internationalen Verpflichtungen der Ukraine im Lichte der oligarchischen Staatlichkeit. Basierend auf den politisch-ökologischen und staatstheoretischen Ansätzen untersuche ich die Kräfteverhältnisse und Naturverhältnisse im ukrainischen Staat. Die Arbeit zielt darauf ab, herauszufinden, inwieweit die oligarchische Herrschaft in der Ukraine die Energie- und Klimapolitik und damit die Energiewende im Hinblick auf die globale Klimakrise beeinflusst und prägt. Die Analyse wird mit Hilfe der Dokumentenanalyse und ExpertInneninterviews durchgeführt.

In der Masterarbeit wird gezeigt, dass das zentralisierte Energiesystem der Sowjetunion das Energiesystem der unabhängigen Ukraine stark prägte, was die Energiewende erschwerte. Außerdem wird deutlich, dass auch die oligarchischen Kapitalgruppen, die ihr Hauptinteresse in der fossilen Energie haben, die Energiewende in der Ukraine verlangsamen. Dies wird durch den direkten Einfluss auf die Institutionen der Energiepolitikgestaltung sowie durch das Lobbying der fossilen Interessen bei der Gesetzgebung möglich. Die EU, die eine große Rolle in der Energiepolitik der Ukraine spielt, setzt ihre Interessen im Energiebereich durch die Liberalisierungsmaßnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit durch. Diese Interessen stehen aber im Widerspruch zu den Interessen der oligarchischen Kapitalgruppen, was weitere Konflikte im ukrainischen Staat auslöst.

## **8.2. Abstract English**

This master's thesis analyses the energy transition in Ukraine within the framework of international obligations in the light of the oligarchic state. Based on the political-ecological and state-theoretical approaches, I examine power relations and societal nature relations in the Ukrainian state. The aim of the thesis is to discover, to what extent the oligarchic dominance shapes and influences energy and climate policy and thus energy transition in Ukraine. The analysis is carried out with the methods of document analysis and expert interviews.

The master's thesis shows that the centralized energy system of the Soviet Union had a strong impact on the energy system of the independent Ukrainian state, what makes the energy transition even more difficult. The oligarchic capital groups, who have their main interest in fossil fuels, are also slowing down the energy transition in Ukraine. This is possible through the direct influence on the institutions of energy policy making and the lobbying of fossil fuel interests in legislative processes. The EU plays a major role in Ukraine's energy policy and asserts its interests in the energy sector through liberalization measures within the framework of cooperation. However, these interests are in conflict with the interests of the oligarchic capital groups, which leads to further conflicts within the Ukrainian state.